

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Nachhefter 10 Pf.  
 Postabonnements: 1,10 M. pro Monat, eingeschlossen in die Postgebühren.  
 Preisliste: Unter Frankreich für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Konzentration des Reichtums.

Unsere gestrigen Ausführungen über dieses Thema, die durch die Veröffentlichung des königlichen statistischen Landesamts in Berlin angeregt wurden, wollen wir heute noch einige Betrachtungen hinzufügen. Ist es doch in einer Zeit, wo die Klotzschlechter der Bourgeoisie sich über wachsenden Luxus der Arbeiterklasse aufhalten und dem Proletariate einen geringeren Fleischgenuss empfehlen, ganz besonders angebracht, ein wenig näher zu untersuchen, wie sich Milliarden und Abermilliarden in den Händen einer kleinen Ausbeutergruppe anhäufen!

Wir zeigten schon gestern, daß von den 16 Milliarden, um die in dem Zeitraum von 1902 bis 1908 das Vermögen der zur Ergänzungssteuer in Preußen herangezogenen Besitzten gewachsen war, ein sehr erheblicher Teil in die Taschen weniger Tausende der allergrößten Geldsäcke geflossen war. Während im Jahre 1902 noch 1853 Personen notwendig waren, um zusammen einen Besitz von 10 000 Millionen zu repräsentieren, waren sechs Jahre später nur noch 1107 Personen dazu erforderlich. Diese rund 1100 reichsten Personen Preußens besaßen im Jahre 1902 nur knapp acht Milliarden. Ihnen sind also innerhalb der sechs Jahre nicht weniger als zwei Milliarden, das heißt 2000 Millionen Mark, Vermögen zugewachsen!

Man vergegenwärtige sich doch diesen Prozeß einmal ein wenig näher: 1100 Personen vermochten in sechs Jahren ihrem Vermögen 2000 Millionen hinzuzufügen! Das sind mehr als 330 Millionen im Jahre. Nehmen wir an, daß ein Proletarier jährlich 500 M. Mehrwert erzeuge, so gehörte die Arbeit von 660 000 Proletariern dazu, für die 1100 Geldsäcke die 330 Millionen jährlichen Vermögenszuwachs aufzubringen! Jeder der 1100 reichsten Leute Preußens konnte in den sechs Jahren von 1902 bis 1908 sein Vermögen auf Kosten der stonenden Masse um 1 Million 800 000 M. vermehren!

Während 1902 30 545 Personen dazu gehörten, ein Vermögen von 30 Milliarden, das heißt 30 000 Millionen ihr eigen zu nennen, d. h. den dritten Teil des gesamten ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens Preußens, nannten im Jahre 1908 bereits 18 726 Personen diese 30 000 Millionen ihr Eigen! Die 18 726 reichsten Personen besaßen im Jahre 1902 rund 4 1/2 Milliarden, also 4500 Millionen weniger! 18 726 Personen hatten also innerhalb 6 Jahren einen Vermögenszuwachs zu verzeichnen, der größer ist als der gesamte Anteil, den nicht nur die ganze Arbeiterklasse, sondern auch noch der ganz kleine Mittelstand an den vielberufenen Spartasseneinlagen überhaupt hat!

Sehr interessant ist auch, in welchem Tempo die Zahl der Millionäre gestiegen ist. Im Jahre 1895 gab es deren erst 5236, im Jahre 1902 6601 und im Jahre 1908 bereits 7876 oder, wenn wir die genaueren Angaben des statistischen Jahrbuchs für Preußen vom Jahre zuvor zugrunde legen, 8377. Kein Wunder, daß der Anteil der Millionäre an dem Gesamtvermögen, der im Jahre 1895 erst 21,9 Proz. ausmachte, im Jahre 1908 auf mehr als 24 Proz. des Gesamtvermögens angewachsen war! Umgekehrt ist der Anteil der Vermögenden bis zu 52 000, ja bis zu 100 000 M. entsprechend zurückgegangen!

Namentlich aber verdient die Verteilung des Vermögens auf die einzelnen Einkommenklassen besondere Beachtung. Mehr als 70 Prozent aller Ergänzungssteuerpflichtigen haben ein Einkommen bis zu 3000 M. Diesen 70 Prozent gehören nur etwa 24 Prozent des Vermögens. Dagegen besitzen 6,8 Prozent der Besitzten, die ein Einkommen von mehr als 9500 Mark haben, nicht weniger als 52,3 Prozent des gesamten Vermögens! Oder mit anderen Worten: die Zahl aller Ergänzungssteuerpflichtigen beträgt über 1 1/2 Millionen. Von diesen 1 1/2 Millionen besitzen aber rund 100 000 Besitzten, also ein Fünftel aller Besitzten, mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens von 91 Milliarden!

Besonders trüb liegen die Dinge in den Städten. Dort besitzen 11 000 Besitzten nicht weniger als 37,5 Proz. des gesamten auf die Städte entfallenden Vermögens! Aber auch auf dem Lande ist der Besitz kaum minder ungerecht verteilt. Auch dort nannten 5500 Besitzten 25,5 Proz. des gesamten Vermögens ihr Eigen! D. h., diese 5500 Großgrundbesitzer besaßen annähernd ebenso viel Vermögen wie 660 000 Besitzer der Einkommenstufe von 800 bis 3000 M., auf die 42 Proz. des Vermögens entfielen!

Und angesichts solch ungeheuerlicher Zustände wagt man es noch, der Arbeiterklasse zu verargen, daß sie keinen Gedächtnis an dieser „göttlichen Weltordnung“ zu finden vermag, wagt man, das Proletariat zu beschimpfen, weil es durch rüstigen Ausbau seiner Organisationen und energischen wirtschaftlichen und politischen Kampf wenigstens der schlimmsten Ausbeutung durch ein unerträgliches Unternehmertum einigen Widerstand entgegenzusetzen sucht!

Um die nichtbesitzende Klasse, um den kleinen Mann in Stadt und Land zu verhöhnen, von der für unsere bestehende Klasse so überreich besetzten Tafel auch einige

Broden für sich zu erraffen, soll sie nach dem Rezept der Oldenburg und Konforten völlig geknebelt, ja am liebsten mit blauen Bohren regaliert werden!

## Neue Polizei-Blamage!

Verschiedene Blätter behaupteten, der britischen und amerikanischen Regierung sei auf eine Beschwerde wegen der Mißhandlung der vier Journalisten in Mosbit von der deutschen Regierung eine ablehnende Antwort zugegangen. Die deutsche Regierung habe es im Namen der preussischen Behörden abgelehnt, gegen die beteiligten Polizeibeamten vorzugehen. Denn nach den Aussagen der Beamten hätten die betreffenden Korrespondenten es sich selbst zugeschrieben, daß sie von den Schulleuten als Führer des Jahngangs betrachtet worden seien. Da die vier Journalisten trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei den Platz nicht geräumt hätten, seien die Polizeibeamten zu ihrem scharfen Vorgehen gezwungen gewesen. Die Meldung ist in dieser Form unrichtig. Tatsache ist, daß sich der Polizeiminister faktisch nicht geäußert hat, durch eine Antwort dieser Art die Polizeiatade, ja die ganze Mosbit-Polizeiaktion dem Fluche der Lächerlichkeit preiszugeben. Aber die Antwort ist nicht an die ausländischen Regierungen ergangen, sondern nur an den Verein der ausländischen Presse in Berlin. Dieser Verein teilt durch ein Zirkular folgendes mit:

In der gestern abend im Hotel Bristol abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins wurde Mitteilung gemacht von einer Antwort des Ministers des Innern auf unsere Eingabe an den Reichskanzler vom 1. Oktober. Der Minister teilt darin mit, daß die Vorgänge vom 28. September einer eingehenden Prüfung unterzogen sind. Diese Prüfung ergab:

„Daß von den Herren Lawrence und Genossen besetzte Automobil hielt an einer Stelle, wo die Polizei soeben mit Waffengewalt gegen eine zusammengewürfelte Menschenmenge hatte einschreiten müssen. Mehrfache Aufforderungen eines uniformierten Polizeiwachmeisters zum Weiterfahren hatte der Chauffeur unbeachtet gelassen. Da überdies einer der Automobilinsassen im Wagen aufrecht stand und lebhaft in der Richtung des zurückweichenden Polizeihäufchens gestikuliert, war ein Kriminalwachmeister der Meinung, daß das Auto mit den Exzedenten in Verbindung stehe und forderte es mit dem Rufe „Auto weg“ nochmals auf, sich zu entfernen. Als das Automobil trotzdem noch immer halten blieb und aus der Richtung beseligen sogar ein Steinwurf erfolgte, sahen drei uniformierte Schulleute, die gleichfalls Genossen der Rubeförder vor sich zu haben glaubten, veranlaßt, die Abfahrt zu erzwingen und zu diesem Zweck von der Waffe Gebrauch zu machen.“

Unter diesen Umständen ist der bedauerliche Irrtum der Beamten wohl erklärlich, zumal den Beamten bekannt war, daß schon bei früheren Straßenunruhen im Automobil hin- und herfahrende Personen die Exzedenten unterstützt und geleitet hatten. Wenn die betreffenden Herren sich darauf berufen, daß sie an anderer Stelle von Polizeibeamten durangelassen worden seien, so übersehen sie, daß damit keine Gewähr für ein gesichertes Hin- und Verfahren in dem ganzen Tumultgebiet gegeben war. Daß ein Verweilen auf dem Schauplatz eines Tumults unter Umständen den Tatbestand des § 125 des Reichsstrafgesetzbuchs erfüllen kann, steht außer Zweifel. Ob dieser Paragraph im vorliegenden Falle Anwendung finden würde, könnte nur durch gerichtliche Entscheidung festgestellt werden.“

Zum Schluß verweist der Minister, was die gewünschten Maßnahmen zum Schutze der Pressefreiheit anbetrifft, nach dem Schreiben des Herrn Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei.

Das Resultat der Beratungen über diesen Brief war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins der ausländischen Presse vom 25. Oktober hat von dem Briefe des Ministers Kenntnis genommen mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß diese Mitteilung sich auf Behauptungen stützt, die die betreffenden englischen und amerikanischen Kollegen als gänzlich unzutreffend bezeichnen.“

Der Herr, von dem durch die Untersuchung festgestellt sein soll, daß er in der Richtung der Menge gestikuliert, hielt lediglich seine Legitimation hoch, zeigte sie der Polizei mit der Bemerkung, daß er Mitglied der Presse sei, und konnte ebenso wenig wie seine Kollegen irgend eine Menge in Sichtweite überhaupt wahrnehmen.

Die vier englischen und amerikanischen Herren haben eine Aufforderung zur Weiterfahrt überhaupt nicht gehört. Wenn ein Ausruf wie „Auto weg“ erfolgt sein soll, so kann dies nur in dem Augenblicke geschehen sein, in dem der Angriff der Polizei bereits erfolgt. Ein Beamter hat den Chauffeur sofort angegriffen, so daß eine augenblickliche Polizeileistung ihm selbst beim besten Willen nicht möglich gewesen wäre.

Einen Steinwurf aus der Richtung des Automobils bemerchten die Herren ebenfalls nicht und finden diese Behauptung um so unbegreiflicher, als sich hinter dem Auto nur Schulleute befunden haben.

Da somit der Herr Minister des Innern von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen ist, bedauert der Verein der ausländischen Presse die Ansicht des Herrn Ministers des Innern nicht teilen zu können, und den Irrtum nicht für erklärlich anzusehen.

Es ist geradezu unglücklich, auf welche kindliche Ausreden unsere Polizeibehörde in ihrer schweren Bedrängnis verfallen ist. Da sollen die vier Journalisten auf einmal für Rädelführer gehalten worden sein! Schon bei „früheren Straßenunruhen“ sollen Leute im Automobil die Menge dirigiert haben. Da hat sich unsere biedere Polizei wieder einmal einen lächerlichen Wären auf die Nase binden lassen! Sollte sie vielleicht an

den Wahlrechtsparadisiern im Tiergarten denken? Von Straßenunruhen war damals ja freilich keine Rede. Die Arbeiterklasse bewachte eine geradezu glänzende Ruhe und Disziplin! Unruhe wurde lediglich durch die Polizei selbst erregt. Aber auch von Rädelführern im Automobil war damals nichts zu spüren. Die Sensationspresse hat ja allerdings von einem Führer geschwätzt, der bei seiner Fahrt durch den Tiergarten ein rotes Heft geschwenkt habe. Dieser Heftschwänker sollte sogar der Genosse Liebknecht gewesen sein, der damals gar nicht in Berlin weilte. Der gute Mann, der damals die „sozialistischen Monatshefte“ schwenkte, hatte weder mit der Demonstration noch mit der Sozialdemokratie überhaupt auch nur das geringste zu tun! Es ist also eine ganz kindliche Phantasie, von der Leitung früherer Straßenunruhen durch Automobilisten zu sprechen. Aber auch sonst ist die ganze Darstellung des Polizeiministers nur geeignet, unbändige Heiterkeit auszulösen.

Wohlfühler ist es, daß die Polizei auf einmal den Straben entdeckt hat, der die Uniformierten zu der verächtlichen Attade kommandierte. Nach dem Schreiben des Herrn v. Jagow war dieser Anführer der Säbelattade ja doch nicht zu entdecken gewesen! Nun hat sich auf einmal ein Kriminalwachmeister gefunden, der die glorreiche Säbellei veranlaßt haben will! Aber nicht nur den geheimnisvollen Strategen dieses polizeilichen Autoüberfalles hat man inzwischen entdeckt, sondern auch noch allerdings andere Dinge, von denen selbst Herr v. Jagow früher noch keinen blässen Schimmer hatte. Man hat es herausgebracht, daß das Automobil mehrfach aufgefordert worden war, sich zu entfernen, daß sich seine Insassen höchst verdächtig benommen hatten, ja daß sogar aus der Richtung des Automobils ein Stein gegen die Polizei geschleudert wurde! Schade nur, daß die vier Journalisten diese wunderbaren Polizeientdeckungen von a bis z besritten und bei ihrer Darstellung der Vorgänge beharren. Und diese Darstellung erscheint nicht nur deshalb glaubwürdig, weil sie von einer aus den Mosbit-Vorgängen absolut unbeteiligten Seite stammt, sondern auch deshalb, weil sie mit den allerersten Befundungen dieser vier Zeugen vollständig übereinstimmt, während die polizeiliche Darstellung sich ganz geradezu merkwürdig gewandelt und erst im Laufe der Zeit ihre seltsame phantastische Form angenommen hat!

Man kann es deshalb dem Verein ausländischer Journalisten nicht verdenken, daß er sich nicht damit zufrieden geben will, durch seine Eingaben die polizeiliche Phantasie angeregt zu haben, sondern daß er Sühne für den unglaublichen Ueberfall fordert. Und das ganze Ausland wird mit ihm über den Wert des ministeriellen Beschönigungsversuches nur einer Meinung sein! Wir fürchten deshalb, daß sich unsere Polizeibehörden umsonst den Fluch der Lächerlichkeit auf sich geladen haben, da nicht nur die beleidigten und mißhandelten Journalisten auf ihrem Rechte bestehen werden, sondern auch die ausländischen Regierungen ihren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen dürften.

## Die Türkei und die Großmächte.

Man schreibt uns aus Konstantinopel:

Die Gerüchte von neuen Bündnissen, die die türkische Regierung geschlossen habe oder zu schließen beabsichtigt, tauchen immer wieder auf, trotz aller Dementis der türkischen, deutschen und österreichischen „nachgebenden Kreise.“ Und im Zusammenhang damit wird viel über die türkische Anleihe gesprochen, deren Abschluß man eine beinahe ebenso große politische Bedeutung beimessen sieht, wie den Verträgen selbst. Wenn dies auch übertrieben ist, so erscheinen die Bündnisgerüchte doch nicht völlig grundlos. Die europäische Diplomatie hat ja augenblicklich überhaupt viel mit den Verhältnissen in der Türkei und auf dem Balkan zu tun. Die Orientfrage ist von neuem auf der Tagesordnung, jedoch — in ganz anderer Fassung als damals, zum Beispiel zur Zeit des Berliner Kongresses. Die türkische Regierung steht nicht mehr machtlos da, die „Großmächte“ wagen nicht mehr, ihr Befehle zu erteilen; sie wetteifern vielmehr untereinander, um die Gunst der türkischen Regierung zu gewinnen — auf einer Seite Deutschland und Österreich, auf der anderen England, Frankreich — und deren macht- und einflußloser Genosse Rußland. Aber nicht nur die Türkei, auch die kleineren Balkanstaaten wollen nicht mehr als passives, willenloses Objekt diplomatischer Experimente behandelt werden: jeder tritt selbständig auf, verlangt, daß seine Interessen und Bestrebungen berücksichtigt werden, sucht seinen Willen durchzusetzen, — mit Ausnahme von Griechenland, das nach wie vor alle seine Hoffnungen auf die diplomatischen Schuppel legt.

Die politischen Umwandlungen, die sich auf dem Balkan im Laufe der letzten zwei Jahre vollzogen haben, sind die Folge einer langen wirtschaftlichen Entwicklung — der Ausbehnung des Handels und Verkehrs, der Beteiligung einzelner Bestandteile des Balkans an dem Weltmarkt. Neue Gesellschaftsklassen sind entstanden und in den Vordergrund des politischen Lebens getreten, neue kulturelle Bedürfnisse erwachsen. Und insofern jene politischen Umwandlungen diesen den entstandenen Bedürfnissen entsprachen, haben sie sich als dauerhaft erwiesen. Der Unabhängigkeits-erklärung des wirtschaftlich fortgeschrittenen und längst selbständigen Bulgariens konnte ebenso wenig entgegen gewirkt werden, wie der endgültigen offiziellen Angliederung Bosniens und der Herzegovina an Österreich, die wirtschaftlich und kulturell schon längst mit Österreich-Ungarn zusammengewachsen sind. Die zahlreichen Versuche Rußlands, die pan-



statistische Idee auf dem Balkan wieder zu beleben, bleiben erfolglos, weil reelle, konkrete Interessen keinen Raum mehr übrig lassen für heuchlerisch-ideelle Fiktionen, wie Rassen- oder Konfessionsolidarität und Brüderlichkeit, die in der Tat nie das Wohl der schwächeren „Brüder“ gefördert haben.

Erfolglos blieb endlich der Versuch einer Konterrevolution in der Türkei im April vorigen Jahres, er endete mit der Entthronung Abdul-Hamid's, weil das Osmanische Reich nur als moderner, großkapitalistischer, konstitutioneller Staat mit der allgemeinen Entwicklung auf dem Balkan Schritt halten und Gleichberechtigung unter den europäischen Staaten erlangen kann. Die Anfänge einer Entwicklung zum Großkapitalismus sind bereits im Handel und Verkehr gemacht, jetzt ist die Türkei im Begriff auch die Industrie zu entwickeln. Die neue Entwicklung wird durch die Konstitutionalisten aller Gattungen repräsentiert, das Haupthindernis bildete der Absolutismus. Der Absolutismus mußte mit Abdul Hamid fallen, der Konstitutionalismus — siegen. Als Hauptträger des Konstitutionalismus traten die Jungtürken hervor; der Umstand, daß sie über die Armee verfügen konnten, hat freilich ihren Sieg erleichtert und beschleunigt, aber die Vorbedingungen für den Sieg lagen viel tiefer, als in der Verfügung über die Armee. Eins muß den Jungtürken zugegeben werden: sie haben es rechtzeitig verstanden, den richtigen Weg zu finden und konsequent zu verfolgen, um alle äußeren Hindernisse zur weiteren Entwicklung aus dem Wege zu räumen. Durch den Verzicht auf die inhaltslos gewordenen Souveränen Rechte der Krone in Bulgarien und in Bosnien-Herzegowina haben sie nicht nur gefährliche Konflikte verhütet, sondern auch den Boden für neue Vereinbarungen geschaffen, die die Selbständigkeit und die weitere Entwicklung des Reiches zum Großstaat fördern können.

In der wirtschaftlichen Entwicklung des Balkans und besonders in dem Aufbau des Verkehrs hat das deutsch-österreichische Kapital eine sehr große und wichtige Rolle gespielt. Dies hatte die Annäherung der Türkei an Deutschland schon vor der türkischen Revolution veranlaßt. Der Ausbruch der Revolution hat eine Schwankung in den guten Beziehungen hervorgerufen: die deutschen Machtverhältnisse haben sich nicht nur gefährliche Konflikte verhütet, sondern auch den Boden für neue Vereinbarungen geschaffen, die die Selbständigkeit und die weitere Entwicklung des Reiches zum Großstaat fördern können.

### Ein neuer Unfall der Juitizkommission.

Am Montag wurde in der Kommission der Versuch unternommen, mit dem ungeheuren Unfug auszuräumen, der mit dem Verweigern von Beamtenausagen, die angeblich dem Wohl des Staates nachteilig sein würden, in zahlreichen Prozessen getrieben wurde, auszuräumen. Eine Unterkommission beschäftigte sich des weiteren mit diesen Anregungen. In der Mittwochssitzung erstattete die Unterkommission Bericht und machte folgende Vorschläge: dem § 46 in Absatz 1 einen Zusatz zu geben:

„Wird die Genehmigung von der zunächst vorgesehene Behörde verweigert, so hat das Gericht, wenn es die Vernehmung im Interesse der Wahrheitsermittlung für geboten erachtet, die Entscheidung der Zentralbehörde einzuholen.“

und im Absatz 2 zu fügen:

„Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn die Vernehmung die Sicherheit oder Ordnung des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde.“

Mit diesem § 46 hängen die in erster Lesung neu geschaffenen §§ 55 Abs. 2 und 54 Abs. 2 aufs innigste zusammen. Denn weil in erster Lesung das Ausfagesverweigerungsrecht der Beamten nicht eingeschränkt wurde, wurde im Absatz 2 des § 55 gesagt, daß in politischen Prozessen auf die Angaben nicht genannter Spitzel oder agents provocateurs kein Wert gelegt werden dürfe. Und im Absatz 2 des § 54 wurde bestimmt, daß, wenn in Verleumdungsprozessen die Ermittlung des Tatbestandes oder Sachverhaltes durch die Ausfagesverweigerung beamteter Zeugen erschwert oder verhindert wird, auf Freisprechung zu erkennen oder auf Einstellung des Verfahrens zu verfügen ist.

Diesen neuen Bestimmungen gegenüber trohte die Regierung wieder mit einem „Unannehmbar“ auf. Und nachdem am Montag, dann in der Unterkommission und in der heutigen Sitzung wiederum mehrere Stunden darüber beraten worden war, klappte die Opposition des Zentrums vollständig zusammen. Zwar war man mit dem Vorschlag der Unterkommission nicht völlig einverstanden und man mußte den Ausführungen unserer Genossen, die hervorhoben, daß die Ausdrucksweise: „die Sicherheit oder Ordnung des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde“, noch viel unbestimmter und gefährlicher ist, als die bestehende Bestimmung, welche dann erst eine Ausfagesverweigerung begründe, wenn dem Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates nachteilig bereitet würde, zustimmen. Aber zu einer wirklich durchgreifenden Aenderung schied die Kommissionenwechheit die Lust, und man beschränkte sich darauf, dem zweiten Absatz des Unterkommisionsvorschlages folgende Fassung zu geben:

„Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn die Vernehmung die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates oder die ordnungsmäßige Erfüllung der Aufgaben der Organe des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde.“

Mit der Annahme des Antrages, gegen den nur die Freisinnigen, unsere Genossen und der Pole stimmten, ist durchaus keine Verbesserung in das Gesetz gegenüber dem bestehenden Zustand hineingekommen. Das Bezeichnendste an dem unverschönten Unfall der Kommissionenmehrheit ist, daß sie für diese von dem Zentrum

und von der Regierung als „wesentliches Zugeständnis“ bezeichnete Umänderung des § 46 die in erster Lesung angenommenen Verbesserungen im § 55 Abs. 2 gegen die Stimmen unserer Genossen, Freisinnigen und Polen wieder strich. Ebenso wird dann im § 54 der in erster Lesung beschlossene zweite Absatz gestrichen werden, so daß von den in der ersten Beratung mit einem, beim Zentrum ganz ungewöhnlichen Aufwand von fortschrittlicher Anwendung geschaffenen Verbesserungen kein Rest mehr übrig bleibt.

So kommt die Kommission von einem Unfall zum anderen. Der Aufgabe der Bestimmung über die Zugehörigkeit von Laien als Berufsrichtern reißt sich der heutige Beschluß der Kommissionenmehrheit würdig an und schon danach kann man sagen, daß die zweite Lesung mit einem noch größeren Defizit abschließen wird, als die erste Beratung abschloß.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober 1910.

### Intrigantenkampf im Zentrumslager.

In der Nummer 247 des „Vorwärts“ (vom 21. Oktober) berichteten wir bereits, daß der Kardinal Fischer in dem Streit mit seinem Amtsbruder, dem Fürstbischof Kopp, einen vorläufigen Sieg errungen hätte, denn der letztere sei von Rom aus angewiesen worden, seinen Eifer zu äugeln und von weiteren Angriffen gegen den Kölner Erzbischof abzusehen.

Diese nicht mißzuverstehenden Mahnungen aus dem Vatikan scheinen gewirkt zu haben, denn wie aus einer Neuheftung des Kardinals Fischer in einer Versammlung des katholischen Frauenbundes in Düsseldorf deutlich hervorgeht, hat Kardinal Kopp an Fischer einen Entschuldigungsbrief geschrieben, in welchem er bedauert, in seinem bekannten Brief an Fräulein v. Schalscha scharfe Ausdrücke über das katholische Leben in der Kölner Diözese gebraucht zu haben.

Diese Stellungnahme des Vatikans hat aber noch eine andere Folge gehabt. Auch der Reichstagsabgeordnete Kooren hat, so schwer es ihm wurde, sich herbeilassen müssen, öffentlich Abbitte zu leisten. Nachdem Rom gesprochen hatte, wurden sofort von der Zentrumsleitung die Mitglieder des Landesauschusses der preussischen Zentrumsparlei, die nichtpreussischen Mitglieder des Vorstandes der Zentrums-Reichstagsfraktion sowie mehrere Vertreter der größeren Zentrumsblätter zu einer gemeinsamen Konferenz nach Berlin berufen und in dieser Sitzung, die am 24. d. M. im Reichstagsgebäude stattgefunden hat, dem Reichstagsabgeordneten Kooren auferlegt, folgende, gestern zugleich in der „Germania“ und in der „Köln. Volksztg.“ erschienene öffentliche Erklärung abzugeben:

1. Ich trete nunmehr unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Landesauschusses vom 23. November 1909 und werde alle weitere direkte und indirekte Vertretung in anderer Formulierung unterlassen.

2. Nachdem sich gezeigt hat, daß die Schöpfensche Broschüre „Köln eine innere Gefahr“ die Einigkeit in der Zentrumsparlei gefährden kann, will ich die frühere Empfehlung derselben nicht mehr aufrechterhalten.

3. Ich hoffe und wünsche, daß der ganze Streit, der sich an die fogen. Osterdienstag-Konferenz geknüpft hat, auf Seiten der Teilnehmer der Konferenz wie ihrer Gegner weder in der Presse, noch in den Versammlungen fortgesetzt wird.

Damit noch nicht genug, auch der vielgenannte Dr. Kaufmann in Köln, einer der widerlichsten unter den Ganzkommenen, der noch kürzlich von dem Verlagsbuchhändler Dr. Dieckhoff als der eigentliche Macher der Schöpfenschen Schrift „Köln eine innere Gefahr“ und als Informant der „Kölnischen Zeitung“ bezeichnet wurde, hat sich zur Veröffentlichung einer fogen. Erklärung gezwungen gesehen. Er erklärt in katholischen Blättern folgende Nichtigstellung:

1. Ich stehe zu der Veröffentlichung des Briefes des Herrn Kardinals Kopp an Fräulein von Schalscha in keinerlei Beziehung und weis nicht, wie dieser Brief in die Öffentlichkeit gekommen ist.

2. Es ist nicht wahr, daß ich Herrn Schöpen zur Herausgabe seines Buches „Köln eine innere Gefahr“ veranlaßt habe. Schöpen hat mir dies soeben selbst bestätigt. Ich hatte von dem Buch vor dessen Erscheinen nicht die geringste Kenntnis.

3. Ich habe niemals Informationen über Zentrumszwistigkeiten, oder den Brief des Herrn Kardinals Kopp, weder direkt noch indirekt, in die liberale Presse gebracht, auch nicht in die „Kölnische Zeitung“.

Dr. Kaufmann-Köln.

Die „Köln. Volksztg.“ und ihr Protektor, der Kardinal Fischer, haben demnach vorläufig auf der ganzen Linie gestigt — aber auf wie lange? Die Gegensätze im Zentrumslager und im deutschen Episkopat sind durch das Nachwort des Vatikans nicht aufgehoben, und bei erster bester Gelegenheit werden sie weiter hervorzubrechen.

### Der Fall Arnspurger.

Die Mahregelung des nationalliberalen Oberamtmanns, der für den Großblock eingetreten ist, durch das verzärtelte Dieblichskind dieses Großblocks, den Minister v. Bodman, wird nun offiziell bestätigt. Herrn Arnspurger ist, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, die einstlich eröffnet worden, daß seine Verweisung nach Staußen wegen seines Auftretens in der nationalliberalen Mitgliederversammlung erfolgt sei.

Diese unerhörte Mahregelung muß allerdings den schärfsten Protest herausfordern, und man darf neugierig sein, was eigentlich die zunächst betroffenen Nationalliberalen, an deren politische Ehre dieser häßliche Gewaltakt unmittelbar rührt, unternehmen werden. Daß Sozialdemokraten einer Regierung, die solcher Straiche fähig ist, nur in allerhöchster Opposition gegenüberzutreten können, ist ja selbstverständlich. Unser Mannheimer Parteiblatt gibt sich allerdings noch die Mühe, für diesen Gewaltakt etwas wie eine Erklärung zu konstruieren. Es meint nämlich, Herr Arnspurger sei in Gegenwart von anderen nationalliberalen Beamten wie Obkircher und Rebmann, die unbeeinträchtigt blieben, vor allem wegen der Verurteilung auf die Worte des Herrn v. Bodman von der „großartigen Bewegung“ gemahregelt worden. In diesem Punkte sei Bodman von nervöser Empfindlichkeit wegen der schwarzblauen Hege und der Berliner Einflüsse.

Wir müssen gestehen, daß uns diese „Erklärung“ nur zu beweisen scheint, daß Herr v. Bodman zu seinen Worten nicht mehr stehen und sie durch Taten auf das schärfste verleugnen will. Das Charakterbild dieser „komplizierten Natur“ wird dadurch nicht gerade schöner und die „Erklärung“ unseres Mannheimer Parteiblattes ist nicht gerade schmeichelhaft. Natürlich konstatiert dann unser Blatt,

daß das Begreifen des Bodmanschen Vorgehens keinen Grund dafür abgeben kann, es zu entschuldigen. Er sagt dann:

„Der neuerliche Versuch, die staatlichen Verwaltungsbeamten unter die politische Vormühsigkeit ihres Ressortchefs zu beugen, die Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu beschränken und sie zu meinungs- und willenlosen Werkzeugen der jeweiligen Regierungspolitik zu machen, würde unser Land in badens schlimmste Zeiten, die Herr Eisenlohr, zurückwerfen, nach deren Wiederkehr es im Lande wohl keinen anständigen Politiker geküßte... Nichts ist mehr geeignet, eine Sache im Volke zu fördern und ihr Sympathien zu werden als der Versuch, sie mit den brutalen Machtmitteln der Regierungsgewalt zu unterdrücken. Wenn es den Herren in Karlsruhe belieben sollte, in die Fehler und Dummheiten der Gesamtdeutschen Wismarck und Eisenlohr zurückzufallen, — und kann's recht sein.“

Noch schärfer und klarer sagt der Karlsruher „Volksfreund“:

„Wir betrachten die Mahregelung Arnspurgers als eine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie. Der badische Minister des Innern erachtet jene Politiker, welche Staatsbeamte sind, und ein Bündnis mit uns empfehlen, als der Beamteneigenschaft unwürdig; er bestraft sie, wenn sie ihre Meinung über die Sozialdemokratie öffentlich und freimütig vertreten. Damit sagt er, die Sozialdemokratie ist keine gleichberechtigte Partei, mit ihr darf sich eine bürgerliche, eine staatsreue Partei nicht verbinden. Er stellt uns außerhalb der bürgerlichen Gleichberechtigung und schafft für uns ein besonderes Recht. Dagegen erheben wir schärfsten Protest.“

Als wir gelegentlich die Mahregelung Bodmans in der „Karlsruh. Ztg.“ als solche kennzeichneten und der Meinung Ausdruck gaben, daß die politische Konstellation in Baden kaum für die Zukunft bestehen dürfte, attestierte uns der „Volksfreund“ in seiner brüderlichen Weise einen „trotzlosen Mangel an politischem Verständnis“. Wir können unseren Karlsruher Freunden jetzt nur sagen, daß wir mit ihrer heutigen Haltung vollkommen einverstanden sind und uns nicht einmal etwas darauf einbilden, die Notwendigkeit ihrer jetzigen Stellungnahme etwas früher erkannt zu haben.

### Zur Fleischencrung.

Wie aus München gemeldet wird, hat sich der bayerische Landwirtschaftsrat in seiner in München abgehaltenen Sitzung, die sich in der Hauptsache mit der Beratung der Fleischverjüngungsfrage beschäftigte, mit einer vorübergehenden Kontingentierten ausländischen Fleischzufuhr einverstanden erklärt. Dagegen aber jede Erleichterung der Vieheinfuhr abgelehnt. Ferner schlägt er zur Vinderung der Fleischnot die Errichtung von Schweinemast-Genossenschaften und Viehverwertungsgenossenschaften mit „weitgehendster staatlicher Unterstützung“ vor.

Wie sich die bayerische Regierung zu diesen Vorschlägen stellt, ist noch nicht bekannt.

Der Beschluß des Landwirtschaftsrates, nur Fleisch, nicht aber Vieh aus dem Ausland hereinzulassen, hat zunächst eine Spitze gegen die Fleischer, die umgekehrt verlangen, daß Vieh, nicht aber Fleisch eingeführt werden soll. Der Bevölkerung kann es natürlich gleichgültig sein, ob die Einfuhr von Fleisch oder von Vieh gestattet wird. Die Hauptsache ist, daß eine Befreiung der Fleischnot erzielt wird.

### Merikal-konservative Verbrüderung in Baden.

Der erweiterte Landesauschuss der badischen Konservativen hielt gestern in Karlsruhe eine Sitzung ab, die namentlich der Taktik für die nächsten Reichstagswahlen galt. Nach einer Mitteilung des „Karlsruher Tageblattes“ soll dabei, nachdem das Zentrum die Abgabe einiger Sitze an die Konservativen zugestanden hat, beschlossen worden sein, bei den kommenden Reichstagswahlen mit dem Zentrum Hand in Hand zu gehen.

### Es tagt im dunkelsten Westen.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Im Rheinlande gibt es einige Wahlkreise, von denen die Genossen schonzweifellos sagen, daß sie erst im Zukunftsstaate erobert werden. Zu diesen Wahlkreisen, die natürlich dem Zentrum gehören, zählt auch der Wahlkreis Heinsberg-Geilenkirchen im gelegenen badener Lande. Von 23 118 abgegebenen Stimmen erhielt bei der letzten Reichstagswahl der Ultramontane 22 026, der Nationalliberale 972 und der Sozialdemokrat ganze 73 Stimmen. Sie hatten wir hier irgendwelche Verbindungen; nie ist hier eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten, nie ein sozialdemokratisches Flugblatt verbreitet worden. Hier gab's überhaupt kein politisches Leben; die Bevölkerung war dem Zentrum „aufgeklärt“ genug, folgte sie doch getreulich am Tage der Wahl Mann für Mann dem Rufe des Herrn Pfarrer und wählte den Kandidaten des Zentrums, den Hochwürden als den wahren Freund des Volkes, der Kirche und der Religion bezeichneten. In dieses weltentrückte Idyll ist nun doch endlich die Sozialdemokratie hineingefahren. Ein Bürger in Erlenz, den mancherlei trübe Erfahrungen bezüglich unseres „Rechtsstaates“ ins Lager der Unzufriedenen geführt haben, hat der Sozialdemokratie einen als Kinematographentheater benutzten Saal zu Verfügung gestellt und so geschah denn das Unerwartete und Unerhörte: in Erlenz, im ländlichen Zentrumswahlkreise Heinsberg-Geilenkirchen, fand eine sozialdemokratische Versammlung statt. Der Saal und die Nebenräume waren dicht gefüllt, die Orte der Umgegend waren ebenfalls zahlreich vertreten. Genosse Dr. Erdmann-Köln gab in längerer Rede ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse im Reich, Staat und Gemeinde, das etwas anders ausfiel, als es der Herr Pfarrer und das Kreisblättchen zu entwerfen liebten. Kein Laut der Ironie oder des Widerspruches kam aus der Versammlung, dafür gab's, namentlich wenn die Rede aufs Zentrum kam, lebhafteste Zustimmungsrufe und zum Schluß großen Beifall, der auch Genossen Hofrichter-Köln zuteil wurde, als er die Kritik des Zentrums mit einigen scharfen Strichen ergangte. So ist auch ein Strahl des Lichts in diese dunkle Ecke des Westens gefallen und damit ein Licht entzündet, das die schwarzen Dunkelmannen nicht wieder zum Erlöschen bringen werden.

### Unser Wahlsieg in Offenbach.

Der Sieg der Sozialdemokratie bei der Stadterordnetenwahl in Offenbach, den wir am Dienstag telegraphisch meldeten, hat unseren Genossen wieder die Mehrheit in der Stadtvertretung gebracht. Trotz gerodeter wäster Anstrengungen haben die verbündeten Nationalliberalen, Schwarzen und Konsorten eine vernichtende Niederlage erlitten. Von 12 946 Wahlberechtigten haben 11 087 abgestimmt; nicht viel weniger als 1000 waren durch Steuerrückstände an der Stimmabgabe verhindert; darunter befanden sich Arbeiter, kleine Geschäfts- und Gewerbetreibende und besonders viele Wirte. Die Wahlbeteiligung betrug 85,84 Prozent gegen 86,51 Prozent bei der vorausgegangenen Wahl. Die Sozialdemokratie wurde von der keinen Gruppe der Nationalliberalen unterstützt, der unter den 16 Kandidaten zwei eingeräumt waren. Durchschnittlich entfielen auf jeden Kandidaten der sozialdemokratisch-freisinnigen Liste 5004 Stimmen gegen 3188, auf die es im Durchschnitt die Kandidaten der nationalliberal-ultramontanen Liste brachten.

Das Kollegium wird künftig wie folgt zusammengesetzt sein: 23 Sozialdemokraten (dazu ein Beigeordneter), 9 Nationalliberale



(Dazu zwei Beigeordnete), 6 Zentrumsvertreter (dazu ein Beigeordneter), 2 Linksliberale (dazu der Bürgermeister).

Die Sozialdemokraten haben also drei Stimmen Mehrheit gegen sämtliche Bürgerliche — die Sozialdemokratie mit den Linksliberalen sind um 9 Sitze stärker als die übrigen Parteien. Vor zwei Jahren wurde unseren Genossen die Mehrheit entzogen — die Herrlichkeit ihrer Gegner hat aber nicht lange gedauert.

### Sozialdemokratischer Landtagswahltag.

Frankenhäuser (Hoffhäuser), 26. Oktober.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Bei der heutigen Landtagswahl für Frankenhäuser wurde Genosse Friede als Abgeordneter in den Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt gewählt. Er erhielt 561, der bürgerliche Gegenkandidat 238 Stimmen.

### Das Landtagsmandat für Girschberg.

Bürste den Girschberger des verloren gehen. Abg. Wagner war nur mit 190 gegen 189 Wahlmännerstimmen gewählt; jetzt wird nun gemeldet, daß sich Konserwativen und Nationalliberale auf den früheren nationalliberalen Abgeordneten Seidel geeinigt haben. — Die Verbrüderung zwischen Konserwativen und Nationalliberalen ist in Niederschlesien nichts Neues. Infolge solchen Zusammenschlüssen hielten sich beide Parteien 1908 auch die drei Mandate des Wahlkreises Wörth-Lauban.

### Frankreich.

#### Die Streitdebatte.

Den Schluß der Rede Briand bildete die ödste Scharfmacherei. Der elende Neugeist führte unter andauerndem Lärm unserer enttäuschten Genossen aus, die Freiheit, die die Sozialisten verteidigten, sei nichts als ein häßliches Bild von Zwietracht und anarchisierender Freibeuterei. (Beifall auf der Linken und im Zentrum.) Die Freiheit der Syndikate bestehe nicht in Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiter. Die politische Freiheit bestehe nicht in einer Haltung, wie sie die äußerste Linke gegenwärtig einnehme. (Lärm auf der äußersten Linken.) Er sei auf der Seite der Freiheit gewesen, als die Sozialisten, wie das Land gesehen habe, für Sklaverei und Tyrannie eintraten. (Beifall im ganzen Hause, außer bei der äußersten Linken.) Unter ersten Umständen, fuhr Briand fort, die das Land einem Bürgerkrieg aussetzen, muß eine Regierung, die dieses Namens würdig ist, das tun, was wir getan haben. Die Regierung hat untersucht, welche Mittel das Land vor ähnlichen Attentaten schützen können, ohne der Freiheit der Syndikate zu nahe zu treten. Sie werden erklären, ob sie Vertrauen zu diesem Vorhaben der Regierung haben. (Beifall auf fast allen Bänken, außer denen der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident wurde, als er die Tribüne verließ, von seinen Freunden herzlich begrüßt. Die Weiterberatung der Interpellation wurde auf nächsten Donnerstag vertagt und die Sitzung alsdann geschlossen.

### Bedrohung des Koalitionsrechtes?

Paris, 25. Oktober. In seiner heutigen Rede in der Kammer hatte der Ministerpräsident auch geäußert, daß es unmöglich sei, schon jetzt die Verantwortlichkeit seiner Kollegen zu binden bezüglich gesetzgeberischer Maßnahmen, die bestimmt sind, eine Wiederkehr der heute in der Kammer verhandelten Vorkommnisse zu verhindern. Die Neuherung wurde in den Wandelgängen der Kammer lebhaft besprochen. Man glaubte in dieser Neuherung ein stillschweigendes Zugeständnis zu sehen, daß Meinungsverschiedenheiten im Ministerium bestehen und daß eventuell mit einer Umbildung des Kabinetts zu rechnen ist. Diese Ansicht wurde aber von Personen aus der Umgebung der bedeutendsten Mitglieder des Kabinetts mit dem Bemerkten für unrichtig erklärt, daß es verfehlt sei, von Meinungsverschiedenheiten über Projekte zu sprechen, die im einzelnen erst in dem am Sonnabend stattfindenden Ministerrat beraten werden sollen. Minister Viviani erklärte auf Befragen, daß er nicht daran denke, zurückzutreten.

In einer Unterredung erklärte Ministerpräsident Briand heute abend, er habe die heute in den Wandelgängen der Kammer besprochene Neuherung in voller Erkenntnis ihrer Tragweite getan. Bis jetzt seien die Minister einmütig darin gewesen, die Verantwortlichkeit für die Maßregeln zu übernehmen, die angesichts der Ereignisse nötig gewesen seien. Er wollte aber nicht, daß das Kabinett inmitten einer Krise weitere Entschlüsse in Erwägung ziehe. Dadurch, daß er jedem Minister seine Ansicht vorbehalten habe, habe er die Möglichkeit eines Zwischenfalles während der Sitzung der Kammer beseitigt und gleichzeitig die Kammer wissen lassen, daß die Regierung nicht willens sei, eine improvisierte Maßregel zu unterzeichnen, zu der man sie mit Hilfe einer Tagesordnung hätte zwingen wollen. Der Ministerpräsident fügte hinzu, der Ministerrat werde erst nach Schluß der Debatte über die Interpellationen zu einer Sitzung zusammentreten, wahrscheinlich am Sonnabend.

### Ein Schiedsgericht?

Paris, 26. Oktober. Die in der Presse lebhaft besprochene Schlußbemerkung des Ministerpräsidenten Briand in seiner gestrigen Rede wird allgemein als Beweis dafür angesehen, daß im Kabinett ernste Meinungsverschiedenheiten obwalten, die leicht zu einer Krise führen könnten. Es heißt, die Meinungsverschiedenheiten seien hauptsächlich durch den vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Errichtung eines Eisenbahnerschiedsgerichts verursacht worden. Mehrere Minister sollen erklärt haben, der Gesetzentwurf genüge nicht, um in Zukunft Eisenbahnerausfälle hintanzuhalten, die Vorlage müsse vielmehr zu diesem Zweck noch besondere Bestimmungen enthalten. Der Arbeitsminister Viviani soll den Gesetzentwurf scharf kritisiert haben. Man hält in parlamentarischen Kreisen sein Urteil für sehr richtig.

### Rücktritt Vivianis?

Paris, 26. Oktober. Ministerpräsident Briand hat auf eine Anfrage bezüglich des Gerüchts, daß der Arbeitsminister Viviani wegen Meinungsverschiedenheiten sein Amt niederlegen wolle, dem Fragenden erklärt, er habe nur das Abschiedsgesuch des Eisenbahnministers Ruau erhalten. Briand fügte hinzu, über die allgemeine Politik hätten nie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern bestanden, und das Kabinett übernehme bei der Interpellation über den Eisenbahnerausfall und umbelegt die gemeinschaftliche Verantwortung für die in völliger Uebereinstimmung getroffenen Maßnahmen.

### Eine Polizeifare.

Paris, 25. Oktober. (Sig. Ver.) Die Briand'sche Polizei hat bekanntlich eine „Verfälschung“ entdeckt. Es fehlen ihr nur noch die Verfälscher. Wie sie sie finden will, illustriert eine Geschichte, die sich in injurientialen Kreisen zugetragen hat. Ein anarchi-

stischer Schriftsteller, de Marmande (so lautet sein Schriftstellernamen, sein bürgerlicher ist der einer alten feudalen Familie), der u. a. auch an der „Querre Sociale“ hervorragend mitgearbeitet hat, aber in der neuesten Zeit nach heftigen Streitigkeiten dort kassiert worden ist, erhielt am Sonntag einen Nachpostbrief, worin er zu einer wichtigen Unterredung in ein Café eingeladen wurde. Der Brief war mit dem ihm unbekanntem Namen Laboupi unterzeichnet. Marmande fand sich zur bestimmten Stunde ein und fand dort einen Herrn, der ihm sofort den Vorschlag machte, Berichte über die Tätigkeit der Revolutionäre zu liefern. Marmande erzählt, daß er darauf zum Schein eingegangen sei und den Ueberbringer des Angebots zur angeblichen Festsetzung der Details für gestern in seine Wohnung eingeladen habe. Im Nebenzimmer waren vier seiner Freunde, darunter der Rechtsanwalt Douzon, versammelt, die das Gespräch belauschen konnten. Der Besucher bot Marmande zunächst 300, dann 500 Frank monatlich an, wofür dieser das Ministerium des Innern über folgende Gegenstände auf dem Laufenden halten sollte: 1. die „Querre Sociale“, 2. die Sabotage und ihre Organisation, 3. über die Stimmung in den royalistischen Kreisen, denen Marmande entkam. Die Berichte sollten anonym, in Maschinenschrift an die Adresse Alfred Miller, 62 rue Ranelagh, geklärt werden. Miller — so nannte sich diesmal der Besucher — erklärte, im Auftrage des Ministeriums des Innern zu handeln. Pöblich ließ aber Marmande seine Freunde eintreten, und der Besucher wurde, seiner Drohungen ungeachtet, gestungen, in Begleitung eines inzwischen herbeigekehrten Schutzmannes nach dem nächsten Kommissariat zu gehen, wo de Marmande eine Klage gegen ihn zu Protokoll gab. — Die Polizei erklärt, ein Miller sei ihr gänzlich unbekannt. Festgestellt ist aber, daß ein Mann dieses Namens an der von ihm angegebenen Adresse ein kleines Absteigequartier hat, in das er indes nur selten kommt. — Die ganze Geschichte scheint noch mancher Aufklärung zu bedürfen. So sehr man an die professionelle Dummheit der Polizei gewöhnt ist, diesmal scheint die Sache, wie sie de Marmande darstellt, gar zu lächerlich angefaßt. Daß aber die Polizei ihre Hände in dieser Schmutzaffäre hat, ist offenbar.

### Portugal.

#### Die Republik und die Ehescheidung.

Eine der ersten Reformen der neuen Republik wird die Ehescheidung sein. Bis jetzt war Portugal neben Italien und Spanien das einzige Land in Europa, wo die Ehescheidung nicht existierte, weil die katholische Kirche sie verbietet. Die Einführung der Ehescheidung wird viele Tausende von den Leiden befreien, die ihnen das veraltete kirchliche Dogma auferlegt hat.

### Spanien.

#### Zunehmende Reaktion.

Madrid, 24. Oktober. (Sig. Ver.) Trotz der überströmenden Beredsamkeit des Ministerpräsidenten, der nach Art des Herrn Briand fortwährend das Lob der Freiheit und der Friedsamkeit im Munde führt, wird die Politik der spanischen Regierung von Tag zu Tag reaktionärer. Nach der Proklamation der portugiesischen Republik gab Herr Canalejas wieder einmal sehr liberale Erklärungen ab, denen aber nichts weniger als freundschaftliche Taten folgten. Statt den Versuch zu machen, die schmachvolle Vergangenheit durch Gewährung einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Verurteilten in Vergessenheit zu bringen, hat der Ministerpräsident nur eine ganz geringe Anzahl begnadigt. Statt seine antiklerikalen Theorien in Taten umzusetzen, läßt sich der Ministerpräsident durch die hinterlistige Diplomatie des Vatikans an der Nase herumführen. Und die politischen Rechte waren nie so mißachtet wie gegenwärtig. Zeitungen werden konfisziert, Versammlungen verboten und Demonstrationen verhindert, ganz wie zu den Zeiten des Herrn Maura. So wollten vorige Woche die Sozialistische Jugend und die Frauenvereine ein Meeting gegen die Erneuerung des Krieges in Marokko abhalten. Doch bei Eröffnung der Versammlung verhinderte der Vertreter der Polizei die Abhaltung und ließ die Einberufer arretieren. Und was noch schlimmer, eine Genossin, welche die Versammlungseinladung verteilt hatte, wurde gleichfalls in Haft genommen. Der Unterschied gegen das Regime Maura's besteht nur darin, daß damals die Medien gegen den Krieg nach der Versammlung verhaftet wurden, während Canalejas sie schon vor der Versammlung festnehmen läßt. Ebenso wurde unser Genosse Perezagua, einer der Führer des Streiks von Bilbao, verhaftet und von seinem Amte eines Gemeinderats suspendiert. Er wird wegen einer Rede, die er nach dem Streik gehalten hat, angeklagt werden. Pablo Iglesias, der alte Führer der spanischen Sozialdemokratie, kann neuerdings keinen Schritt machen, ohne daß Polizeispitzel ihn beobachten. So sieht es unter der sich liberal nennenden Regierung des Herrn Canalejas aus. Diese Politik der Reaktion aber kann bei der Stimmung, die in Spanien herrscht, nur das schließliche Ende der Monarchie beschleunigen.

### Griechenland.

#### Die Auflösung der Kammer.

Athen, 26. Oktober. Die meisten Zeitungen billigen die Auflösung der griechischen Nationalversammlung. Die Parteiführer erklären sie für einen Staatsstreik; sie würden beim Volke dagegen protestieren. Die Truppen sind in den Kasernen zusammengedrängt. Hier und in der Provinz herrscht völlige Ruhe.

### Persien.

#### Eingreifen der Türkei?

Konstantinopel, 26. Oktober. Angesichts der Entwicklung der persischen Wirren wird hier erwogen, ob es angezeigt sei, türkische Truppen in annähernd gleicher Stärke wie die Russen und Engländer in Persien einzulassen zu lassen. Dabei wird zunächst beabsichtigt, die türkischen Staatsangehörigen zu schützen, es wird aber auch die Erwägung mit, daß das türkisch-mohammedanische Interesse eine Aufteilung Persiens durch Rußland und England nicht dulden dürfe.

### Die russischen Truppen.

Teheran, 26. Oktober. Um die Zurückziehung der russischen Truppen zu sichern, ist das Kabinett bereit, den Wünschen der russischen Regierung, betreffend die Anerkennung des Status quo in bezug auf die Automobile, zu entsprechen, welche die Russen vor einigen Monaten auf der Straße Julfa-Läbris eingeführt haben, ohne die Einfuhrzölle zu bezahlen, wogegen der gegenwärtige Finanzminister später energisch Protest erhoben hat. Die Anerkennung des Status quo hängt jedoch, wie es heißt, von gewissen wichtigen Bedingungen ab, von denen folgende die hauptsächlichsten sind, erstens: Rußland soll sofort nach der formellen Anerkennung des Status quo alle Truppen zurückziehen, zweitens: die persischen Interzonen müssen auf der Straße Julfa-Läbris für Automobile dieselben Rechte haben wie die Russen, drittens: der den Verkehr regelnde Tarif muß nach Beratung mit der persischen Regierung aufgestellt werden und darf nachher ohne Zustimmung Persiens nicht verändert werden. Ferner ist die per-

sische Regierung geneigt, die Konzeption der Kupferminen bei Sarajabad um drei Jahre zu verlängern, wenn die russischen Truppen das persische Gebiet verlassen haben und Garantie geboten wird, daß sie nicht zurückkehren.

### China.

#### Die konstitutionelle Bewegung.

Peking, 26. Oktober. Die Konstitutionskommission hat fast einstimmig beschlossen, dem Thron eine Denkschrift zu unterbreiten, in der um eine möglichst baldige Eröffnung des Parlaments gebeten wird. Ein Antrag, der sich für eine Eröffnung des Parlaments in drei Jahren aussprach, wurde abgelehnt. Der Präsident versprach, seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen, um den Thron zu überzeugen, daß die ganze Welt der Bewegung für die Schaffung eines Parlaments sympathisch gegenüberstehe.

### Aus der Partei.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Mecklenburgs fand am Sonntag und Montag in Wismar statt. Vertreten waren 41 Orte durch 55 Delegierte sowie Genosse Müller vom Parteivorstand, die Reichstagskandidaten und einige Gewerkschaftsbeamte. Den Bericht über das Geschäftsjahr 1909/10 erstattete der Parteisekretär Genosse W. Kröger. Das vergangene Jahr stand noch im Zeichen der Krise. Ganz besonders machte sich in dem industriearmen Lande die Bauarbeiterausperrung bemerkbar. Es war deshalb auch nicht möglich, die Mitgliederzahl zu halten. Am Schlusse des Geschäftsjahres war eine Abnahme von 2 Proz. zu verzeichnen. (Bei Fertigstellung des Berichts war allerdings die alte Mitgliederzahl nicht nur wieder erreicht, sondern sogar überzogen.) Die Zahl der Ortsvereine hat sich im Berichtsjahre um 4 vermehrt und beträgt jetzt 33. Orte von einiger Bedeutung, die noch keine örtliche Organisation haben, sind jetzt nur noch drei vorhanden: Blau, Warlow und Krakow. Der Monatsbeitrag wurde von 20 auf 30 Pf. erhöht. Die von manchen Seiten als Folge der Beitragserhöhung befürchtete Massenflucht ist erfreulicherweise nicht eingetreten. 142 öffentliche Volksversammlungen haben sich mit den verschiedensten politischen Tagesfragen beschäftigt, Mitgliederversammlungen haben 416 stattgefunden. Die schriftliche Agitation gestaltete sich folgendermaßen: Der Mecklenburgische Volkskalender ist in 100 000 Exemplaren verbreitet worden; ein Flugblatt „Das Werk des Schussablocks“ in 150 000 Exemplaren. Bei allen Hausagitationen ist ferner die Mecklenburgische Volkszeitung zur Verteilung gelangt sowie ein Flugblatt „Warum müssen wir uns politisch organisieren?“. Die räumliche Ausdehnung der Bezirke in dem dünnbesiedelten Lande bereitet der schriftlichen Agitation große Schwierigkeiten. Für Betätigung auf kommunalem Gebiete bereiteten die in den meisten Orten ungläublich rückständigen Kommunalwahlsysteme erhebliche Hindernisse. In Wismar befinden sich sämtliche Mandate der dritten Wählerklasse im Besitz von Sozialdemokraten. Aus Angst davor, daß unsere Partei auch in die zweite Klasse eindringen könnte, hat der Rat das Wahlrecht erheblich verkleinert. Die Ratvorlage wurde am 14. Juni angenommen. Die Ratseier wies in diesem Jahre eine noch nie dagewesene Beteiligung auf. Jugendausschüsse bestehen in Rostock, Wismar, Ahstrow und Barchim. Trotz der Bemühungen der Gegner, dieser Bewegung zu schaden, macht sie stetige Fortschritte. In Rostock ist im Parteilokal ein Jugendheim mit einem Zimmer für Gesellschaftsspiele und einem gut ausgestatteten Lesezimmer eingerichtet worden. Als besonders erfreuliches Moment muß die gedeihliche Entwicklung des Landarbeiterverbandes bezeichnet werden. Seit dem 1. März ist ein besoldeter Beamter angestellt worden. Seitdem hat die Bewegung nichtige Fortschritte gemacht. Die Bemühungen der Behörden und Gutbesitzer, die Bewegung nicht hochkommen zu lassen, haben das gerade Gegenteil erzielt. Eine ganze Reihe von selbständigen Ortsgruppen ist entstanden, wo Landarbeiter die Verbandsgeschäfte vollständig regeln. Das Parteiblatt, die Mecklenburgische Volkszeitung, konnte trotz der unglücklichen wirtschaftlichen Konjunktur seinen Abonnentenstand halten. Der finanzielle Stand des Blattes ist der günstigste, über den jemals zu berichten war.

Die Berichte der Vertrauensleute der sieben mecklenburgischen Wahlkreise besagen ungefähr daselbe.

In der Diskussion warnte Genosse Müller vom Parteivorstand davor, sich bezüglich der bevorstehenden Wahlen in allzu großer Sicherheit zu wiegen. (Zustimmung.) Starosten-Rostock berichtet über den internationalen Kongress in Kopenhagen, ebenso berichtet er über die mecklenburgische Verfassungsfrage. Vogenhardt-Karlsbrunn berichtet über den Stand der Landarbeiterbewegung Gutes zu berichten. Herzlich-Werlin sprach in einem wirkungsvollen Referat über die politische Lage und die kommenden Reichstagswahlen.

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Kröger-Kostock ging der Parteitag auseinander.

### Die Organisationen zum Parteitag.

#### Eiderfeld-Barmen.

In der gemeinsamen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Eiderfeld-Barmen erstatteten Genosse Dröner und Genossin Ullr. Geyer Bericht vom Parteitag. Der erstere ratheserte die Haltung der Parteimehrheit in der Budgetfrage, Genossin Geyer erklärte, so wie die Behandlung der Genossenschaftsfrage wie der Reichsversicherungsordnung allgemein befriedige, so befriedige auch die Debatte über die Wahlrechtsfrage. Die Delegierten seien mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen, daß bald mit der Erörterung des Massenstreiks begonnen wird. Das Verbot, das z. B. die Hagener Metallarbeiter gegeben haben, verdiente Nachahmung.

Die Diskussion war fast durchweg zustimmend, nur ein Redner meinte, die Budgetfrage sei noch lange nicht erledigt. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Radeburger Parteitages voll und ganz einverstanden; insbesondere mit denen, betreffend der dadrübergehenden Einigung, welche das mindeste dessen zum Ausdruck bringen, was notwendig ist, um die Einheit der Partei zu fördern und die Disziplin hochzuhalten.“

Die Versammlung erklärt sich ferner mit der Haltung der „Freien Presse“ in dieser Angelegenheit, sowie mit ihrer prinzipiellen Stellungnahme im Verleumdungskampfe der Arbeiterklasse vollständig einverstanden.“

#### Redakteur „Freuden“.

Wegen Verleumdung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Tag-Beschäftigten Max Langhammer war Genosse Partels, der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, zu sechs Wochen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er hat am Dienstag diese Strafe angetreten.

### Die Schule der belgischen Arbeiterpartei

wird an den Sonntagsvormittagen vom 23. Oktober bis zum 21. Mai gehalten. Es unterrichten: Jules Bourquin; Nationalökonomie und Sozialismus (6 Stunden); Bertrand, Serwé, Vandervelde; Genossenschaftswesen (3 St.); Jos. Wanter; Landwirtschaft und Sozialismus (2); E. Vind; Gemeindefortschritt (4); M. Gallet; Arbeitererziehung (4); Dussmans und Vind; Gewerkschaftswesen und Kollektivvertrag (4); D. Lafontaine; Sozialistische Literatur (2); L. de Groudre; Nationalökonomie und Sozialismus (4 Stunden). Für den Kursus wird ein Beitrag von 10 Centimes erhoben, von dem Väter für die ausdauernden Kursteilnehmer angeschafft werden. Den auswärtigen Teilnehmern wird auf der Eisenbahn die Vergünstigung der Schülerfahrkarte zuteil.



# Gewerkschaftliches.

## „Christliche“ Heuchelei.

Die „Westf. Arbeiter-Ztg.“ (Nr. 43) entrüstet sich wieder einmal über den angeblichen Terrorismus, der von den freien Gewerkschaften angeblich dadurch geübt wird, daß diese Tarifverträge von Organisation zu Organisation abschließen. Die unorganisierten katholischen Arbeitervereine werden unter Hinweis darauf vor den freien Gewerkschaften gewarnt und zum Eintritt in die an Mitgliederarmut leidenden „Christlichen“ Organisationen aufgefordert. Da dieses Argument in der christlichen Agitation eine große Rolle spielt, so muß doch wieder einmal darauf hingewiesen werden, daß die christlichen Gewerkschaften da, wo sie die Macht haben, genau denselben „Terrorismus“ üben, den sie bei den freien Gewerkschaften verurteilen. In Allenstein i. Ostpr. wurde am 15. März 1907 von dem christlichen Gewerkschaftsverein der Bauhandwerker ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen, dessen § 9 folgenden Wortlaut hat:

„Die Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Allenstein verpflichten sich, in erster Linie nur christlich organisierte Maurer, Zimmerer oder Arbeiter zu beschäftigen. Werden Nichtmitglieder der christlichen Organisation beschäftigt, so sind diese unter dem tarifmäßigen Lohne zu entlohnen. Wieviel diesen Nichtmitgliedern gelohnt werden kann, steht jedem Arbeitgeber frei, jedoch muß der Lohnsatz mindestens drei Pfennig weniger betragen, wie im Tarif festgelegt.“

Wohlgemerkt: In der ersten Linie nur christlich organisierte Arbeiter! Zu einer solchen Bestimmung hat noch keine freie Gewerkschaft einen Unternehmer gezwungen. Aber „Christliche“ Arbeiter bringen einen solchen Terrorismus fertig.

Obige Bestimmung ist doppelt schamlos, weil sie sich gegen ebenfalls „Christliche“ Arbeiter richtet, nämlich gegen katholische Facharbeiter! Also Christen gegen Christen! Wui Feusel über solches Gewerkschaftschriftentum. Und hinterher stellen sich die Leute noch hin und entrüsten sich über den von den freien Gewerkschaften ausgeübten „Organisationszwang“!

### Berlin und Umgegend.

**Käufung, Fleischergehilfen!** Wegen Maßregelung streifen sämtliche Gesellen bei der Firma Ernst Morgenstern, Wolfstraße 18, Ecke Schererstraße. Die Firma versucht es hier mit einer Krastprobe. Sie will den mit der Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag brechen. Die älteren Gesellen sollen nach und nach entlassen werden. Herr Morgenstern erklärte den Organisationsvertretern, er nehme die Maßregelung nicht zurück, seine Parole sei: „Wiegen oder brechen!“

Wir richten an alle Fleischergehilfen das Ersuchen, bei Morgenstern keine Arbeit anzunehmen, ferner auf das Streikbrechervermittlungsbureau der Fleischerinnung in der Ralndstraße Obacht zu geben. Zentralverband der Fleischer.

### Deutsches Reich.

Die Klavierarbeiter haben in Peitz eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt und einen Vertrag bis zum 1. April 1914 abgeschlossen. Die Arbeitszeit dieser Branche war im Verhältnis zu den anderen Orten noch verhältnismäßig lang; sie betrug noch 57 Stunden pro Woche. Da in Peitz rund 300 Klavierarbeiter beschäftigt werden, bedeutete dieses den anderen Pianofortefabriken gegenüber eine erhebliche Konkurrenz, über welche sich die Unternehmer anderer Orte oft mit Recht beschwerten, und die dadurch noch schärfer wurde, daß die Löhne sehr niedrig waren. Während der Vertragsdauer, und zwar bis zum Jahre 1912, soll nun die Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche verkürzt werden. Die Stundenlöhne werden neben dem Lohnausgleich um 4 Pf. insgesamt um 7 Pf. erhöht. Die Arbeiter erhalten sofort 5 und am 1. April 1912 3 Proz. Lohnaufschlag. Der Mindeststundenlohn wurde auf 44 Pf. festgesetzt. Weiter wurde die Sicherung des Lohnes bei nichtklarifizierten Arbeiten zugesichert und die sonst üblichen Zuschläge im Verträge festgelegt. Für die Pianofortebestandteilebranche, die für Deutschland ihren Hauptsitz in Peitz hat, wurde der gleiche Vertrag mit geringen Änderungen ebenfalls abgeschlossen. — Zum Abschluß gebracht werden konnte nunmehr auch die Lohnbewegung in der Hofpianofortefabrik von Gebr. Georgina in Schwerin. Dort wurde vor wenigen Jahren ein monatelanger Streik geführt, der mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter endete; der ganze Betrieb wurde von Arbeitswilligen besetzt. Die Firma hat mit diesen Leuten jedoch derzeit schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie es diesmal auf einen Kampf nicht wieder ankommen ließ. Sie glaubte, ihren Betrieb dauernd von Verbändlern rein zu halten, mußte aber jetzt erfahren, daß die Arbeiter dem Holzarbeiterverbande angehören. Sie bewilligte die Forderungen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden pro Woche und eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenverdienstes von 3 M. pro Arbeiter bedeuten. — In der Rhein-Pianofortefabrik (vorm. Rand) in Koblenz dauert der Kampf unverändert fort; deshalb wird dringend um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

### Der Streik in der Wiesfelder Wäscheindustrie

nimmt an Ausdehnung zu, da nun auch eine Anzahl Kleinbetriebe in die Bewegung hineingezogen werden. Es wird versucht, in den Kleinbetrieben Streikfortschritt zu lassen, was eine Arbeitsniederlegung der in diesen Betrieben Beschäftigten zur Folge hat. Auch haben weitere 30 Zuschneider die Arbeit niedergelegt. Von den etwa 2000 am Streik beteiligten Personen sind noch nicht 100 Arbeiter, die übergroße Mehrzahl sind Arbeiterinnen.

Die Fabrikanten haben an ihre Kundenschaft bereits am 22. Oktober ein Rundschreiben geschickt, in dem sie um Verlängerung der Lieferungsfristen ersuchen. Das Schriftstück lautet:

„Die unterzeichneten Firmen der Wiesfelder Wäscheindustrie machen Ihnen hierdurch die Mitteilung, daß eine allgemeine Arbeitseinstellung unter Vertragsbruch seitens ihrer Arbeiterschaft stattgefunden hat.“

Aus diesem Grunde müssen wir Sie höflich bitten, die Lieferzeiten der erteilten Aufträge um die Dauer der Arbeitseinstellung zu verlängern und uns durch weitgehende Rücksicht in dem uns aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen.“

Folgen 13 Unterschriften.

### Die siegreiche Beendigung des Straßenbahnerstreiks in Bremen.

Wie schon kurz telegraphisch mitgeteilt, hat der Streik mit einem vollen Erfolge der Angestellten geendet. Nachdem die Verhandlungen am Sonntag vollständig abgebrochen waren und die Direktion sich der Öffentlichkeit gegenüber darauf festgelegt hatte, nicht mit der Organisation zu verhandeln, mußte eine neue Basis zu Verhandlungen geschaffen werden. Die Genossen und Bürgerlichkeitsmitglieder Rhein und Lieder mann leiteten nun neue Verhandlungen in der Weise ein, daß sowohl die Direktion, als auch die Verbandsvertreter eingeschaltet wurden, indem die genannten Genossen mit der Aufsichtsbehörde verhandelten. Das Ergebnis der Konferenz war aber zunächst so, daß die Organisationsvertreter erklärten, es den Streikenden nicht zur Annahme empfehlen zu können. Am Dienstagmorgen verhandelten dann die beiden Vermittlungsparteien wieder, und das Ergebnis dieser neuen Verhandlungen wurde nun von den Streikenden auch angenommen. Der Lohn steigt für Fahrer, Schaffner und Depotarbeiter sofort um 10 M. bzw. 15 M. Das Höchstgehalt wird im 24. Dienstjahr mit 135 M. erreicht.

Fahrer erhalten fleißig 10 M. mehr; außerdem tritt für diese eine Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Januar 1911 um eine halbe Stunde ein. Die für die Angestellten am meisten in Frage kommenden Punkte sind die unter § 2 und 3 des Abkommens aufgeführten, die folgenden Wortlaut haben:

2. Maßregelungen wegen des Eintritts in den jetzigen Streik finden keinen der Angestellten statt, ebensowenig jetzt oder in Zukunft gegen die jetzigen oder die zukünftigen Angestellten wegen des Beitritts oder der Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiter-Verbande oder einem anderen Verbande.

3. Die Angestellten der Straßenbahn wählen aus ihrer Mitte einen aus 7 oder 9 Personen bestehenden Ausschuss, der an die Direktion Anträge richten kann, und mit dem diese bei eintretenden Meinungsverschiedenheiten verhandelt. Von der Entlassung eines Angestellten wird die Direktion der Straßenbahn unter Mitteilung der Gründe dem Ausschusse der Angestellten Kenntnis geben.

Damit erkennt die Direktion mehr an und gewährt mehr Rechte, als die Streikenden ursprünglich gefordert haben. Die Straßenbahngesellschaft hätte sich Kampf und Verluste sparen können, wenn sie sich gleich auf diesen vernünftigen Standpunkt stellte. — Da aus technischen Gründen eine sofortige Inbetriebnahme aller Linien nicht möglich ist, wird der Betrieb wohl erst am 28. Oktober in vollem Umfange wieder aufgenommen sein. Nicht unerwähnt wollen wir es lassen, daß die Aufsichtsbehörde sich für strikte Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen von Seiten der Direktion den Angestellten gegenüber verbürgte.

### München-Madbacher Erziehung.

Die christliche Gewerkschaftspresse zeigt wieder einmal an der demagogischen Ausschaltung einer Bagatelldache gegen und ihre christliche Erziehung. — Vor kurzem erhielt der Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Köln ein Strafmandat in Höhe von 10 M., weil im Bäderbetriebe der „Hoffnung“ die Sonntagsruhebestimmungen des Kölner Regierungspräsidenten nicht eingehalten wurden. Tatsächlich hat die Verwaltung der „Hoffnung“, wie alle übrigen Großfabrikanten von Köln und Umgebung bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß für Bäderbetriebe nicht die Verordnung des Kölner Regierungspräsidenten, sondern eine Verfügung des preussischen Handelsministers aus dem Jahre 1895, die für Bäderzeiten lediglich eine 14stündige Sonntagsruhe bestimmt, Geltung hat, da in diesen Bäderbetriebe sowie nur an sechs Tagen der Woche gearbeitet wird und die Ruhezeit für die Bäder in die Zeit vom Sonnabend auf Sonntag fällt. Wollte 15 Jahre hat diese Ansicht auch gegolten, ja, selbst die aufsichtführenden Behörden scheinen derselben Meinung gewesen zu sein, da in der ganzen Zeit in gleicher Weise in den Großfabriken gearbeitet wurde. Als nun die Konsumbäder ihren Betrieb eröffneten und ihre Arbeit in gleicher Art wie die übrigen Großfabrikanten einstellten, hatten die Mittelhändler nichts Eiligeres zu tun, als die Behörde darauf aufmerksam zu machen.

Alles das und noch mehr verschweigt nun die christliche Presse. Zunächst ist festzustellen, daß nicht die „Hoffnung“ allein, sondern sämtliche Kölner Großfabrikanten wegen des fraglichen Delikts Strafmandate erhielten. Weiter unterschlägt die christliche Presse, daß auch die christliche Konsumgenossenschaft „Eintracht“ an Sonntagen nachmittags die Arbeit beginnen ließ und daß auch die christliche „Eintracht“ deswegen ein Strafmandat erhielt! Selbstverständlich ist nach alledem, daß von den „christlichen“ Blättern ferner die Tatsache verschwiegen wird, daß in der Bäderzeit der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ die achtstündige Arbeitszeit und ein wöchentliches Ruhetag von 28 Stunden für die Bäderzeit eingeführt ist, denn sonst liege sich ja kein „Sozialdemokrat als Arbeitgeber“ für sie konstruieren. Die Reichsverbandspresse hat den „Fall“ nicht behandelt. Die christliche Presse steck somit noch unter dieser.

### Rusland.

Der Lohnkampf in der Webelindustrie zu Ralmsd dauert fort. Der Schlichtungsbeamte des Distrikts hat dieser Tage wiederum einen Vermittlungsversuch gemacht, dieser ist jedoch, da er Verschlechterungen der bisher geltenden Arbeitsbedingungen enthielt, von den Arbeitern abgelehnt worden. Nach diesem Vorschlage sollte die Arbeitszeit für 8 Monate des Jahres auf 56 Stunden verlängert werden und für die übrige Zeit des Jahres auf 54 Stunden bestehen bleiben, wogegen die Unternehmer eine allgemeine Verlängerung auf 57 Stunden verlangt hatten. Da es sich offenbar um einen Versuch der Schwedischen Arbeitgebervereingung handelt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse allgemein und auch in anderen Berufen zu verschlechtern, hat die Arbeiterschaft um so größeres Interesse daran, in diesem Kampfe nicht zurückzuweichen.

### Der Kampf gegen die Gewerkschaften in Rußland.

Die Drohung des Generals Kurlow, daß die Regierung den Kampf gegen die „Erzesse“ der Gewerkschaften noch energischer führen werde als zuvor, will die Regierung nun in Wirklichkeit umsetzen. Sie begnügt sich nicht damit, daß die Gewerkschaftsbewegung auf Grund des temporären Gesetzes vom 4./17. März 1906 wie mit Hilfe verschiedener geheimer Rundschreiben und administrativer Verfügungen in der brutalsten Weise vernichtet wurde. Sie will nun auch die beschränkte gesetzliche Grundlage, auf welcher die Gewerkschaften bestehen, noch mehr einengen, um einem eventuellen Aufschwung der legalen Gewerkschaften schon jetzt einen Niegel vorzulegen. Wie aus Regierungskreisen berichtet wird, hat das Ministerium des Innern ein Projekt neuer Regeln über gewerkschaftliche Vereine fertig gestellt, das in den nächsten Tagen im Ministerrate eingebracht werden soll. Nach diesem Projekt, das den Stempel der kurlowischen Regierungslust an der Stirn trägt, sollen nur solche gewerkschaftliche Vereinigungen legalisiert werden, die sich ausschließlich die Verteidigung der wirklichen (!) gewerkschaftlichen Interessen zur Aufgabe stellen, wie z. B. die Auszahlung von Unterstufungen an die Mitglieder während der Arbeitslosigkeit oder bei nichtstrafbaren (!) Streiks, die Unterstützung bei Stellenvermittlung, die juristische und medizinische Hilfe, die Eröffnung von Reserven usw. Ferner dürfen die gewerkschaftlichen Vereinigungen bei Konsultationen die Vermittlungsfunktionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern übernehmen. Der Wirkungsbereich der gewerkschaftlichen Vereinigungen darf sich nicht über die Grenzen des Gouvernements oder der Stadthauptmannschaft erstrecken, und nur in diesen Grenzen wird die Eröffnung von Filialabteilungen des Verbandes gestattet. Die Vereinnahmung der gewerkschaftlichen Vereine zu einem Verband wird nicht gestattet. Mitglieder dieser Vereine dürfen entweder die Arbeiter und Angestellten auf einem bestimmten Betriebe oder Personen sein, die ein und denselben Beruf ausüben. Die Besitzer der industriellen Betriebe können analoge Vereine bilden, in denen sie ihnen auch gestattet, in die von den Arbeitern gebildeten Vereine einzutreten. Personen unter 21 Jahren werden als Mitglieder aufgenommen, dürfen aber an den Generalversammlungen nicht teilnehmen und in den Vorstand nicht gewählt werden. Ein Arbeiter, der seine Stellung auf dem Betriebe verloren hat, hört gleichzeitig auf, Mitglied des gewerkschaftlichen Vereins zu sein! Nur bei „gelegentlichem“ Streiks und bei Aussparungen wird diese Bestimmung nicht angewendet.

Aus der kurzen Inhaltsangabe des Regierungsprojektes ergibt es sich von selbst, daß jede produktive Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich gemacht wird. Es ist kaum anzunehmen, daß selbst die dritte Duma, die in ihrer Mehrzahl aus den ärgsten Arbeiterfeinden

besteht, der Regierungsvorlage in dieser Form ihre Zustimmung erteilen wird. Schon bei der erwähnten Debatte über die Verfolgungen der Gewerkschaften hat es sich gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien den Widerstand und die Schlagkraft der Arbeiterklasse nicht völlig zu ignorieren wagen. Sie werden es darum auch in diesem Falle nicht wagen, Zuhälterdienste zu leisten bei einem Unternehmen, das gleichbedeutend wäre mit einer ungeheuren Provokation der Arbeiterklasse Rußlands.

## Verfammlungen.

**Fünfter Wahlkreis.** Die am Dienstag abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins eröffnete der Vorsitzende Friedländer mit einem Nachruf für die verstorbenen Genossen August Krause und Bernhard Jost. — Dann nahm Dr. Max Schütte das Wort zu einem Vortrage über Portugal. Der Redner schilderte Land und Leute, er gab ein Bild von den politischen Verhältnissen des Landes und zeigte, wie die Republikanische Bewegung des Hofes sowie die diktatorischen Bestrebungen des vorigen Königs den Boden bereiteten, in dem die republikanische Propaganda seit Jahren so weit Wurzeln fassen konnte, daß die republikanische Organisation selbst im Meer und in der Flotte starken Anhang fand. Wenn jetzt gesagt werde, bei den Kämpfen in Lissabon hätten die royalistischen Truppen schwere taktische Fehler gemacht, so möge das darauf zurückzuführen sein, daß selbst diese Truppen nicht mehr begeistert gewesen seien für den Royalismus. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Republik dauernden Bestand haben werde. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Schließlich brachte der Vorsitzende noch einige Vereinsangelegenheiten zur Sprache. Unter anderem wies er auf die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen hin und erinnerte die Parteigenossen an ihre Pflicht, sich vollzählig an den Wahlen zu beteiligen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Montagabend in den „Musterfäden“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Die bevorstehende Gewerkschaftswahl behandelte Henschel in einem kurzen Vortrage, in dem er die Notwendigkeit betonte, daß die Liste der freien Gewerkschaften mit einer erdrückenden Majorität gewählt werde. Die bei den Innungsmeistern arbeitenden Schmiede scheiden als Wähler aus, weil für diese das Innungsschiedsgericht besteht. Die übrigen können durch die Vertrauensleute die erforderlichen Legitimationsformulare für die Wahl erhalten.

Der Vorsitzende Siering forderte in einer Ansprache zu einer eifrigen Agitation für den Verband auf; keine Mühe dürfe zu groß sein, um die unorganisierten heranzuziehen. Der Kassierer Henschel legte einen Bericht vor. Die Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1910 zeigt an Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 44 946,51 M. Die Ausgaben für Unterstufungen betragen unter anderem an Arbeitslose 2714 M., an Kranke 3379,56 M., an Streikende 23 078,65 M., an Gemahregelte 4509,95 M., in Sterbefällen 105 M., bei Umzügen 75 M. Für Rechtschutz wurde 157,70 M. ausgegeben. Die Abrechnung der Lokalkasse zeigt eine Einnahme von 44 661,84 M., eine Ausgabe von 44 248,96 M., somit verbleibt ein Bestand von 413,18 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet: Für Streik- und Maßregelungsunterstützung (Nebenzuschüsse eingeschlossen) 23 737,65 M. Das Vermögen der Lokalkasse am Schluß des 3. Quartals 1910 betrug 21 813,18 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassenericht der Delegierten vom Verbandstag in München, die dann von der Versammlung aufgenommen wurde, fürbete manche scharfe Kritik zutage und führte zu einigen hitzigen Auseinandersetzungen.

Die Tager nahmen in ihrer Generalversammlung am Mittwoch den Kassenericht für das dritte Quartal entgegen. Derselbe weist für die Lokalkasse einschließlich des alten Bestandes von 56 915,88 M. eine Einnahme von 61 229,90 M. und eine Ausgabe von 3889,83 M. auf, so daß ein Bestand von 57 540,07 M. bleibt. Die Mitgliederzahl der Subsektion betrug am Quartalschluß 1748. — Hinsichtlich der Unterstützung derjenigen Mitglieder, die durch den Streik der Röhre betroffen wurden, beschloß die Versammlung, daß nur diejenigen Streikunterstützung zu beanspruchen haben, welche zur Zeit des Röhrestreiks in Arbeit standen und wegen dieses Streiks die Arbeit liegen lassen mußten.

## Gegen die Bildungsbestrebungen.

Nachdem die Dichtenberger Polizei im Auftrage der Potsdamer Regierung das Abhalten von Unterrichtskursen an jugendliche Arbeiter entgegen Gesetz und Recht verboten hatte, hat gestern Abend die Polizei auch den für Vohagen-Rummelsburg arrangierten Vortragsabend untersagt.

Dem Leiter der Vortragsabende ist vom Polizeipräsidenten zu Dichtenberg gestern folgendes Schreiben zugegangen:

Im Auftrage der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Potsdam untersage ich Ihnen hierdurch die Fortsetzung des begonnenen Unterrichtskurses für jugendliche über Naturerkenntnis unter Androhung einer Geldstrafe von 100 M. für jede begonnene Unterrichtsstunde.

(Unterschrift unleserlich.)

An Herrn Otto Glöckner zu Vohagen-Rummelsburg Gabriel-Weg-Str. 18.

Bemerkt sei, daß die Vorträge im Vohagen Rummelsburger Jugendheim abgehalten wurden. Gestern Abend erschien ein Polizeileutnant mit einem Polizeiergeanten, um das Abhalten des dritten Vortrages zu verhindern. Es wird selbstverständlich gegen dieses ungesetzliche Verbot der Beschränkung bestritten.

## Letzte Nachrichten.

### Hundert Menschen getötet.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Addis Abeba (Abyssinien), Ras Wolke, der Bruder der Kaiserin, den die Regierung eine Heilung mißtraute und eine Beobachtungsarmee von 3000 Mann auf den Hals schickte, da er sich weigerte, nach Addis Abeba zu kommen, befindet sich, nachdem er der Regierung Treue gelobt, mit 300 Begleitern auf dem Wege nach Addis Abeba. An der Grenze der Provinzen wolle und jedoch kam es infolge eines Mißverständnisses zu einem Gefecht zwischen den aus Wolke's Land heimkehrenden 3000 Mann Regierungstruppen und Ras Mitse's Grenztruppen. Wie es heißt, wurden bei dem Massaker gegen hundert Menschen getötet.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Addis Abeba sind bei dem Gefecht zwischen den Grenztruppen Ras Mitse's und den aus Ras Wolke's Land heimkehrenden Regierungstruppen mehrere hundert Mann auf beiden Seiten gefallen.



Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Dienstag, den 25. Oktober.

Einspruch gegen den Vorbescheid der Berufsgenossenschaft.

In dem Entwurf war vorgeschlagen worden, daß der nach dem geltenden Gesetz vorgeschriebene Vorbescheid fortfällt, also gleich der berufungsfähige Bescheid erlassen wird und dagegen Berufung an das Versicherungsamt zulässig sein soll.

Erhebt der Berechtigten Einspruch gegen den Vorbescheid, dann muß er nach seiner Wahl entweder vom Vorstände der Berufsgenossenschaft oder vom Versicherungsamt gehört werden.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß auf Wunsch des Verletzten ein Gutachten des von ihm benannten Arztes eingeholt werden muß, wenn der Verletzte die Kosten im voraus entrichtet hat.

Das Zentrum trat dieser Anregung bei, wollte aber auch dem Verletzten in gewissen Fällen das Recht sichern, daß, auch ohne Kosten für ihn ein Gutachten des von ihm benannten Arztes gegen das Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft eingeholt wird.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn der Anspruch eines Versicherten an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt wird, von dem Gutachten und Unterlagen, die für die Ablehnung maßgebend sind, auf Verlangen Abschriften beigegeben sind, soweit dies mit Rücksicht auf den Wertenberwerb zulässig erscheint.

Änderung der Unfallrente.

Diese Bestimmungen gelten auch für den Fall, daß eine Unfallrente wegen Änderung der Verhältnisse geändert werden soll. Nach dem geltenden Recht erfolgt die anderweitige Feststellung der Unfallrente nach Ablauf der ersten 5 Jahre von der Rechtskraft des Bescheides oder der Entscheidung ab, durch den die Entschädigung zuerst endgültig festgestellt worden ist.

Diese Bestimmungen haben die Regierungen aus dem Entwurf fortgelassen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde sie in den Entwurf eingefügt.

Schwer geschädigt wurden Verunglückte nach dem geltenden Gesetz in dem folgenden Falle: Die Berufsgenossenschaft hatte ihnen eine Rente — sagen wir von 30 Proz. — bewilligt. Sie glaubten, eine höhere Rente beanspruchen zu können.

Kleines feuilleton.

Spätherbstliches Wetter hat sich seit einigen Tagen in Deutschland eingestellt. Ende voriger Woche gelangte aus der Polarregion ein hohes Maximum nach dem Norden Europas, und bei Winden aus östlichen und nordöstlichen Richtungen sank infolgedessen die Temperatur im ganzen Lande erheblich unter die normalen Werte.

Aus der Geschichte der Insel Ischia. Von den Inseln, die um den Golf von Neapel gelagert sind, ist Ischia die größte. Während der Neapolitaner sie ihrer heißen Quellen wegen sogar Capri vorzieht, wird sie von Ausländern weniger besucht; viel zu wenig, denn die landschaftlichen Reize dieses großen Inselgebietes, zu dessen Füßen die weißen, ganz orientalisches anmutenden Häuser mit ihren gewölbten Dächern liegen, sind sehr eigenartig.

rufungsinstanz Einspruch gegen den letzten Bescheid erheben, dann wird der neue Bescheid rechtskräftig, die Verunglückten bekommen in unserem Beispiel nur noch 20 Proz. und ihre Berufung gegen den ersten Bescheid — 30 Proz. — gilt als zurückgezogen.

Diese Bestimmung war wieder in dem Entwurf vorgeschlagen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde sie so geändert, daß in diesen Fällen der Einspruch gegen den ersten Bescheid bestehen bleibt und zugleich als Einspruch auch gegen den zweiten Bescheid gilt.

Vorverfahren für die Bewilligung der Invalidenrente.

Hier wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, daß ebenfalls wie bei der Unfallrente auf Antrag des Versicherten das Gutachten eines vom Versicherten bestimmten Arztes eingeholt werden muß, wenn der Versicherte die Kosten vorher bezahlt.

Nach Abschluß der Erhebung durch den Vorsitzenden soll die Streitsache nach dem Entwurf vor dem Spruchauschusse des Versicherungsamtes in mündlicher Verhandlung erörtert werden. Dazu wurde auf Antrag der Konservativen hinzugefügt, daß diese Erörterung nicht nötig ist, wenn vorher eine Verständigung der Versicherungskasse mit dem Versicherten erreicht wird.

Sitzung vom Mittwoch, den 26. Oktober.

Mitteilung der Beweise.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn der Anspruch eines Versicherten an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt wird, von dem Gutachten und Unterlagen, die für die Ablehnung maßgebend sind, auf Verlangen Abschriften beigegeben sind, soweit dies mit Rücksicht auf den Wertenberwerb zulässig erscheint.

Wiederholung von Anträgen.

Ist ein Antrag auf Invalidenrente oder auf Zahlung der Witwenrente endgültig abgelehnt worden, weil dauernde Invalidität nicht nachweisbar war, so kann er erst ein Jahr, nachdem die Entscheidung zugestellt worden ist, vorher aber nur dann wiederholt werden, wenn glaubhaft bezeugt wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, die den Nachweis liefern.

Auf Antrag der Konservativen wurde diese Bestimmung auf die Fälle ausgedehnt, in denen eine Invalidenrente oder Waisenrente rechtskräftig entzogen worden ist, weil die Invalidität nicht mehr vorlag.

Ferner wurde auf Antrag der Sozialdemokraten auch hier der Zusatz gemacht, daß auf Antrag des Versicherten das Gutachten eines von ihm benannten Arztes eingeholt ist, wenn der Versicherte die Kosten vorher bezahlt.

Nach den Beschlüssen der Kommission hat das Versicherungsamt als Berufungsinstanz nur in Krankenversicherungssachen zu entscheiden.

Arbeitssekretäre als Arbeitervertreter vor dem Versicherungsamt.

Nach dem Entwurf kann das Versicherungsamt Bevollmächtigte und Beistände zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Dies soll aber für Rechtsanwälte und solche Personen nicht gelten, denen das Verhandeln vor Gericht gestattet ist.

Dazu hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß hier die Sekretäre gemeinnütziger oder Berufsvereine den Rechtsanwältinnen gleichgestellt sein sollen, also ebenfalls nicht zurückgewiesen werden können. Das Zentrum brachte dazu den Abänderungsantrag ein: Ueber die Zulassung der im Hauptberuf Angestellten gemeinnütziger oder beruflicher Vereine entscheidet das Oberversicherungsamt, auf Beschwerde des Reichsversicherungsamtes. Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit der Angestellten in bezug auf die Rechtsvertretung dargetun.

Welche Anträge wurden abgelehnt. Gegen den Zentrumsantrag geben den Ausschlag die Zentrumsabgeordneten Jrl und Göring, die sich auf die Seite der Konservativen und Nationalliberalen schlugen.

Darauf wurde ein Antrag der Konservativen angenommen, der zwar zunächst auch das Oberversicherungsamt über die Zulassung von Personen zur geschäftsmäßigen Rechtsvertretung vor den Spruchbehörden der Reichsversicherung entscheiden läßt. Wird aber eine solche Person abgewiesen, dann kann sie sich

in der Folge blieb Ischia Jahrzehnte hindurch von Bewohnern fast ganz verlassen. Andere Eruptionen ereigneten sich in den Jahren 300 und 92 vor Christus, ferner unter dem Kaiser Titus, Antoninus Pius und Diocletian. Nach der antiken Psychologie sollte der Riese Typhoeus, vom Oly Jupiter durchbohrt, unter dem Berg Epomeo begraben liegen; sein Grollen in dem Jellengefüßnis ließ die Erde von Zeit zu Zeit erbeben, sein Atem hauchte Feuerfluten aus dem Berg heraus. Der letzte historische glaubwürdige Ausbruch fand im Jahre 1302 statt. In aller Erinnerung ist noch das fürchterliche Erdbeben von 1883, das die Stadt Casamicciola zerstörte. Aber nicht nur durch elementare Katastrophen wurde die Insel oft heimgesucht, sondern fast ebenso oft durch Feuer und Schwert der jeweiligen Herren Italiens. 813 und 847 brachen die Saragenen, 1135 die Bisaner ein, und die deutschen Kaiser Heinrich VI. und Friedrich II. richteten große Verwüstungen an. Mit Sizilien erhob sich die Insel 1282 gegen die Dynastie Anjou, wurde jedoch 1299 von Karl II. von Neapel unterworfen und blieb seither mit Neapel vereint, dessen Schicksal politisch auch das der Insel blieb.

Die chinesische Examenburg. Der französische Gelehrte Prof. Danelongue gibt in der „Revue scientifique“ einen Bericht über seine Reise, die er soeben durch China gemacht hat. Unter den sonderbaren Einrichtungen, die er da beschreibt, befindet sich auch die Hochburg der chinesischen Examenwelt, jenes Scharredensgebäude zu Nanking, das der chinesische Student mit holzerneinem Haupt nach glücklich überstandener Prüfung verläßt, aus dem aber der Zurückgefallene mit gebrochenem Mut traurig herausschleicht. Drohend und gewaltig ist der Anblick dieser Festerkammer des Geistes. Ein riesiges Rechteck von 8—10 Hektar Umfang, von hohen Mauern umschlossen. Eine mächtige Bforte, auf der wohl so mancher im Geiste die Inschrift von Dantes Hölle gelesen haben mag, läßt ein, und nun steht er vor einer Art Triumphbogen, über dem sich eine Pagode mit drei Etagen und elegant geschwungenen Dachern erhebt, dahinter ein zweiter Triumphbogen, und endlich das Gebäude, das als Prüfungssaal dient. Zur Rechten und Linken flankieren ihn kleine Pavillons, die zur Verbrechung von Papier dienen, Sinnbilder der Einfälligkeit und Vergänglichkeit aller menschlichen Arbeit. Vom Zentrum gehen in parallelen Linien, in endloser Zahl sich aneinanderreihend, die kleinen Zellen aus, in denen die Examenkandidaten ihre Prüfungsarbeiten zu erledigen haben. In der langen Flucht enger Korridore erscheinen diese Zellen, die 120 Meter Tiefe, 1 Meter Länge und 2 Meter Höhe haben, unter den kleinen, schiefen Dächern als die Reiter eines seltsamen Gesängnisses. 17 000 Zellen für 17 000 unglückliche Kandidaten! Drei Tage und drei Nächte müssen sie zwischen diesen engen Wänden aushalten, wo sich nur ein Stuhl und ein Tisch zur Arbeit darbieten, aber keine Möglichkeit des Ruhens gegeben ist. Ihr Essen erhalten sie aus den Küchen, die im Untergeschoß der Examenburg liegen. Scharfsichtige Posten promentieren in den Korridoren, spähen mit Argusaugen umher und fordern nach Ablauf der bestimmten Zeit den Prüflingen ihre Arbeiten ab. Freilich sind die Tage dieses Instituts, das ein halbes Jahrhundert lang so viele Seufzer gehört, nunmehr gezählt. Die Schulreform, die

nach diesem Antrag nur bei der obersten Verwaltungsbehörde beschweren. Die Zulassung darf nicht aus Gründen versagt werden, die sich auf die religiöse oder politische Betätigung des Antragstellers stützen.

Die anderen Bestimmungen über das Verfahren vor dem Versicherungsamt werden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Der italienische Parteitag.

Mailand, den 23. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Genosse Verba als Präsident bringt ein Begrüßungstelegramm der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten Österreichs zur Verlesung, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird.

Dann setzt der Kongress die Beratung über

Die allgemeinen Leitsätze der politischen Aktion

fort. Als erster Redner spricht Genosse Reina für die Reformisten. Gegen Salvemini gewendet, weist er dann den Vorwurf zurück, daß in den Gewerkschaften und Genossenschaften ein egoistischer Geist herrsche. Redner gibt dann einen Ueberblick über das, was Partei und Konföderation der Arbeit für die Agitation in Südtalien getan haben. Wenn das nichts gefruchtet hat, so liegt das eben daran, daß Wort und Propaganda die Verhältnisse nicht zu ändern vermögen: das muß die industrielle Entwicklung tun. Wenn man heute sagt, man müsse vor allem den elendesten Schichten helfen, so muß man sich wohl hüten, der Philanthropie zu verfallen. Für diese sind andere Parteien geeigneter, vor allem die Merikale. Wir wollen keine Wohltätigkeitspartei sein. Gerade in Südtalien sei die Intransigenz unangebracht, weil man dort noch im vorparlamentarischen Stadium ist. Dort müsse erst eine demokratische Partei geschaffen werden, es sei dort noch nicht die Zeit für sozialistische Bewegung. Salvemini kennt die Gewerkschaften nicht und ihren sozialistischen Opfergeist, der die Sache der ganzen Arbeiterklasse im Auge hat und für die ganze arbeitet. Ist es vielleicht Egoismus, wenn der einzelne zur Schaffung einer Produktionsgenossenschaft Opfer bringt, um das Joch des Kapitalisten abzuschütteln, und dann seine Gefährten teilhaben läßt an den Früchten dieser Opfer? Reina vermisst bei Salvemini jeden praktischen Vorschlag. Uns wird vorgeworfen, daß wir für Herrere gestreift haben, aber auch dahinter stand eine wahre Klassenaktion, insofern wir durch Brandmarkung des Vorgehens der Merikalen die Aufmerksamkeit der Massen auf die Schmach der Merikalen lenkten, die beständig die Freiheit und Gerechtigkeit im Munde führten und sich nicht scheuten, einen Menschen wegen seiner Ansichten zu ermorden. Reina verteidigt dann die Haltung der Parlamentsfraktion dem Ministerium Luzzatti gegenüber und schildert die Folgen, die von dem Kabinett verheißene Ausdehnung des Wahlrechts, auf alle, die lesen und schreiben können, haben würde. In Noritalien würden dadurch alle Arbeiter und Landarbeiter Wähler werden, da hier die meisten lesen und schreiben können, obwohl viele nicht die Möglichkeit hatten, als Kind die vier Schuljahre zu absolvieren, die heute die Vorbedingung des Wahlrechts sind.

Was sind die Ursachen der Krise unserer Partei? Cicotti sagt, sie liegen in den Leitsätzen. Nein, sie liegen in den Dingen, d. h. in den Menschen und in den Mitteln. Uns fehlt es an Menschen. Wer zu uns kommt, muß den Rühlichkeitsfingern drauhen lassen. (Beifall.) Ist uns eine theoretische Propaganda und die Vertretung idealistischer Auffassung zum Hemmnis geworden, weil der Idealismus nicht im Einklang stand mit der Praxis. Man gebe der Parlamentsfraktion keine Schuld. Als Geschichtsmaterialist darf man nicht vergessen, was es heute bedeutet, Deputierter zu sein: arbeiten, sich abplagen, umsonst Tage und Nächte verbringen, um dann Tag für Tag als Verräter, als Opportunist, als käuflich beschimpft zu werden. (Beifall.)

Ueber den Antimilitarismus meint Reina, daß Chiesa recht getan hat, in der Kammer die ihm vorgeworfene Verhörung zu tun, daß er selbst noch zu den Waffen zur Verteidigung seines Vaterlandes greifen würde. Welch besseren Antimilitarismus gibt es, als den, der aus diesen Worten spricht? Kann nicht ein sozialistischer Staat von einem anderen noch nicht sozialistischen bedroht werden? (Widerspruch.) Müssen wir nicht auch gemeinsam mit dem Boden des Vaterlandes oder mit dem Boden des Kapitalisten

in China immer mehr Fortschritte macht, beginnt auch mit dem rückständigen Rodus der Examina aufzuräumen. Die 17 000 Zellen sollen verschwinden.

Humor und Satire.

Deputation.

Hochgeehrter Herr und Gönner, Friedrich Hinge zubenannt! Ich und diese Widerbänner sind zu Ihnen abgefand.

Obenburg, so ist mein Name, aus der Hauptstadt Janusbau; dort gedeiht und quiekt mein Same zwischen Dack und Schaf und Sau.

Und der Grund zu unserm Kommen ist: wir brauchen einen Mann, dessen Energie aus frommen und das Land erretten kann.

Der nicht philosophisch sabbelt, nicht nach Gott und Teufel frägt, der nicht lange schwankt und schwabbelt, der mit Sawung dazwischen schlägt.

Also, Hinge, Freund und Bruder — bitte, nennen wir uns du! — komm und sei kein dummes Luder . . . Ja, ich seh's, du stimmst mir zu!

Komm und werde unser Retter, Deutschlands Schirm und treuer Hort, hilf uns aus dem roten Wetter, auf zu Totschlag und zu Mord!

Als verwandte Seele gräß' ich dich und zieh' vor dir den Hut; wettten möchte ich, auch physisch bist du Blut von unserm Blut!

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Dr. Max Laurendrecher spricht am Montag, den 31. Oktober, im Bürgeraal des Rathhauses in der Gesellschaft für ethische Kultur über die religiösen Elemente des modernen Sozialismus. Gaststarke 75 Wf.

— Elsa Wiesenthal veranstaltet in den Sommerferien am 4. November eine Vorstellung, in der sie mit ihrer Schwester Verta neue Länze aufführen wird, u. a. Offenbach-Länze, einen Walsen von Joseph Strauß. Der Abend wird eingeleitet durch das Kanzenpiel „Scherzo“ von Rud. Huber.

— Im Seminar für orientalische Sprachen wird dieses Wintersemester zum erstenmal „Islamkunde“ behandelt werden und zwar wird Professor Dr. Martin Hartmann Vorträge halten über „Staat und Gesellschaft der islamischen Länder“ und über „die Religion des Islams“.



Die Rechte des Proletariats verteidigen? (Große Unruhe. Widerspruch. Zwischenruf: „Schwarzer!“ Lebhafter allseitiger Protest.) Endlich zehnt es dem Präsidenten Verda, den Tumult zu überwinden und im Namen der revolutionären Richtung gegen die gegenwärtige geschändete Verleumdung zu protestieren. Redner fährt dann fort, seinen Gedanken zu vollenden: Wie konnte Chiefa besser den Antimilitarismus vertreten, als indem er sagte: Ihr schließt die Garde für das Vaterland vor, um Millionen für Militäraufstellungen zu erzielen. Seid nur unbesorgt. Wir können ohne eure Millionen das Vaterland verteidigen. Dazu sind wir selbst auch noch da.

Zum Schluß polemisiert Verda gegen einen Satz der intransigenten Resolution, der der Partei zur Pflicht macht, jeden Streik zu unterstützen. Wir müssen den Mut haben, auch gegen einen Streik aufzutreten. Der Streik an sich ist nichts Heiliges und durchaus nicht immer etwas Sozialistisches: es gibt Ausstände, die dem traffen Egoismus entspringen. Wir haben zwei große Feinde zu bekämpfen: die herrschende Klasse, die die Macht hat, und den Egoismus in den eigenen Reihen. (Lebhafter Beifall bei den Reformisten.)

Mussolini, ein Delegierter der Romagna, nimmt für die Revolutionäre das Wort. Er hat die revolutionäre Resolution nicht unterzeichnet, weil sie ihm nicht scharf und klar genug ist. In der Romagna hat man durch die Praxis gesehen, was wir an den sogenannten verwandten Parteien haben. Dort ist durchaus kein Frieden. Das Abkommen mit den Republikanern, von dem man gestern Kunde gegeben hat, bedeutet nur einen zeitweiligen Waffenstillstand. Die von Madonna, die sich den Reformisten anschließen, haben das nicht verstanden. Mit ihrer weinerlichen Solidarität ist uns nicht gedient.

Der Redner kommt dann auf die Parlamentsfraktion zu sprechen und meint, wir wollen keine Vertreter in der Kammer, die die Sportfestarrangieren, für die sie den König um eine Medaille bitten (Zwischenruf: Canepa), keine, die zu offiziellen Banquets gehen (Sammoggia), keine, die in Interviews bürgerlicher Blätter gegen die kämpfenden Arbeiter Stellung nehmen (Graziadei). Neulich war in dem Pariser „Tempo“ zu lesen, wie hoch die Bourgeoisie unsere Reformisten einschätzt. Dieses Hauptorgan der französischen Bourgeoisie schrieb bei Gelegenheit des Eisenbahnerstreiks, daß wenn man in Frankreich anstatt Jaures die italienischen Reformisten hätte, so brauchte man bei diesem Streik keine Polizei, denn die Reformisten selbst würden ihm ein Ende gemacht haben. Diesem guten Dienstzeugnis der französischen Bourgeoisie werden die italienischen Reformisten bald ein zweites antreiben können: das des italienischen Bürgerturns. (Beifall bei den Revolutionären.)

Cabrini als Vorkämpfer der Reformisten will sich begnügen, einen Teil der Anschuldigungen gegen die Parlamentsfraktion zu untersuchen. Was ist denn seit 1908 anders geworden, daß man uns heute vorwerfen kann, das getan zu haben, was der Kongreß uns zur Pflicht gemacht hatte? Was sind denn die privilegierten Schichten des Proletariats anders als eben der Teil der Arbeiterschaft, der das ausgeführt hat, was wir forderten? Ja, was wollt ihr denn? Daß die Gewerkschaften und Genossenschaften sich nicht mehr der Parlamentsfraktion und des „Avanti“ bedienen, und diese ganz den rückständigen Elementen zur Verfügung stellen? Das ist unmöglich. Es ist gewiß wirkungsvoll, wenn ein Salvemini hier von den Arbeitern spricht, die unter den Regeln der Soldaten gefallen sind. Aber wir wollen doch nicht vergessen, daß es nicht weniger Beachtung verdient, wenn in Süditalien, wie die heutigen Blätter melden, zwei Proletarier erschossen wurden, deren Unwissenheit sich gewaltsam der Desinfektion einer Kirche widersetzte. Deshalb habe er, Redner, den Kampf für die Volksschulbildung an erster Stelle setzen wollen, und war deshalb bereit, selbst für das Kabinett Sonnino zu stimmen.

Cabrini vertritt dann die Möglichkeit der einzelnen Reformen, so des Verbots des weißen Phosphors, der Mutterschaftsversicherungen, der Gewerbegerichte, und legt dar, daß alle diese Reformen sowohl einer Schicht als dem Ganzen nützen. Wir haben auch für Süditalien die Arbeiterversicherung gefordert. In Deutschland hat kein Mensch davon geträumt, die Forderung aufzustellen, man müsse mit den Reformen für das Proletariat einhalten, bis die ostbayerischen Landarbeiter nachgekommen sind. Ihr könnt die soziale Gesetzgebung nicht aufhalten, ohne unsere ganze Bewegung aufzuhalten. Denn wenn die Sozialisten zurücktreten, wird sich so fort Ersatz für sie finden. In dem Tage, wo ihr der Partei die Hände bindet, werden andere unsere Arbeit übernehmen: die Anarchisten. Wenn der Kongreß eine Tagesordnung in diesem Sinne annehmen würde, so bliebe das letzte Wort nicht der Partei, sondern der Konföderation der Arbeit. Wenn ihr warten wollt, bis die Rückständigen im Süden unsere Organisationen eingeholt haben, dann könnt ihr uns unsere Mandate abnehmen. Das ist euer Recht. Aber unsere Heberzeugung werden wir uns lassen müssen. (Beifall.) In diesem Falle wird eine Partei der Arbeit entstehen, nicht als normale Abfüllung der sozialistischen, sondern als ein Protest gegen diese. Die Sozialreform hat nicht an der Grenze der Klasse Halt zu machen. Wir werden aber nie dahin kommen, die Gesetze für die ganze Bevölkerung denken, die dem Proletariat zum Vorteil gereichen, vorzustellen. Wir stellen die Arbeiterversicherung höher als die Agitation für die Verbilligung der Lebensmittel. Wäre dem nicht so, so würden wir wirklich aus einer sozialistischen zu einer demokratischen Partei.

Man wirft uns die Wingigkeit der Reformen vor. Der Reformismus verwirklicht sich eben durch die kleinen Reformen, wie die Revolution durch die Reformen verwirklicht wird. Wir müssen die alte Phrase aufgeben, die auch Verda vertreten hat, daß nur die Reformen nützlich sind, die das Proletariat erzwingt. Die deutsche Arbeiterversicherung bietet den wichtigsten Gegenbeweis. Um als Sozialisten für ein Ministerium zu stimmen, bedarf es eines hohen Gefühls der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, das nur der bewahren kann, der nie für seinen Wahlkreis und nie für sich selbst etwas von einem Ministerium erbeten hat. Dann kann ihm keine noch so sehr von Verdacht geschwängerte Atmosphäre zum Schaden gereichen.

Viel von dem, was früher der Partei zusiel, ist heute der Gewerkschaft übergeben worden. Der Partei bleibt die Aufgabe, die Fäden des Ideals hochzuhalten. Unsere Bewegung besteht aus zwei Teilen: einem vergänglichem und einem unvergänglichen. Unvergänglich ist der Glaube und das Ideal, vergänglich ist die Form des Tageskampfes, das Gerüst der praktischen Aktion. In bezug auf den zweiten Teil stehen wir heute vor dem Problem: ihn zu erneuern oder zugrunde zu gehen. (Anhaltender, lebhafter Beifall.) Der Kongreß tritt dann in seine Mittagspause ein.

#### (Nachmittagsführung.)

Die Nachmittagsführung beginnt mit einer persönlichen Bemerkung Canepas, der erklärt, die Behauptung Mussolinis, er habe eine Medaille vom König erbeten, beruhe auf Unrichtigkeit. Das ist durch ein Sporkomitee gesehen, mit dem er, Canepa, nichts zu tun hatte.

Leformine-Vari (Revolutionär): So lange man die süditalienische Forderung haben werde, müsse man darauf gefaßt sein, in der Kammer die ewig ministeriellen Abgeordneten dieser Verda zu haben. Die Bemerkung des Redners, daß die Abgeordneten des Nordens sich nicht um armen, zerlumpten Pöbel des Südens kümmern könnten, ruft lebhaften Protest hervor.

In bezug auf die Reformen sind wir, fährt er fort, alle eines Sinnes, aber wir misstrauen den Methoden, durch die sie erreicht werden. Wir glauben an die Reformen, die das Proletariat erzwingt, weil es für sie reif ist. Seit Jahren haben wir obligatorische Volksschulen in Italien, und der Analphabetismus besteht weiter.

Den Reformisten sagt der Redner: Ihr seid noch nicht einmal Reformisten, ihr seid Demokraten, ihr seid der fortgeschrittenen Teil der Bourgeoisie. Seit Jahren entfaltet ihr keine sozialistische Wirksamkeit mehr. Das Parlament ist Euch alles, während es für

und nur ein Kampfplatz von vielen ist. Die Reformen sind sehr oft nichts weiter als Mittel zur Stärkung der jetzigen Gesellschaft. Die herrschende Klasse wirft sie dem Proletariat hin, wie man einem hungrigen Hunde, der uns zu zerreißen droht, ein Stück Fleisch hinwirft. Die Bank der Arbeit, die die Reformisten so verberberlichen, scheint dem Redner ein mächtiges Werkzeug politischer Korruption zu sein.

Allseitiger Beifall begrüßt Bissolati, als er die Rednertribüne betritt. Nach einer kurzen Pause der Verwirrung erklärt er, daß er diesen Beifall als der Offenheit gepollt ansehe, mit der er reden werde. Dann fährt er fort: In dreifacher Weise bin ich Gegenstand allgemeiner Kritik: Ich war Chefredakteur des „Avanti“, war Mitglied des Parteivorstandes und bin Abgeordneter. Im Gegensatz zu Turati halte ich dafür, daß man die Verantwortlichkeit nicht den Verhältnissen zur Last legen, sondern auf die Personen zurückgehen müsse.

Ueber vier Hauptfragen soll der Kongreß entscheiden: über die Selbstständigkeit der Wahlkreise bei den Wahlen, über die Selbstständigkeit der Parlamentsfraktion, über das Recht, ein Ministerium zu unterstützen, und viertens soll er ein Urteil fällen über das Vertrauensvotum, das die Parlamentsfraktion Luzzatti gewährt hat.

Zur Frage der Selbstständigkeit der einzelnen Wahlkreise gibt es nur zwei Stellungen: Selbstständigkeit oder nicht. Zu Zwischenformen mit Kontrolle des Parteivorstandes habe ich kein Vertrauen.

Wer die Selbstständigkeit der Fraktion nicht will, der unterwirft sie der Kontrolle des Parteivorstandes. Ich verziehe nur nicht, warum man den Menschen, die man zu einer gegebenen Aufgabe ausdrücklich beruft, die Entscheidungsfreiheit bestreitet, um diese anderen Menschen zu übergeben. (Beifall.)

Ueber die Unterstützung eines Ministeriums bemerkt Bissolati, daß der Kongreß sie wahrscheinlich nicht gewähren werde. Gültig Euch aber davor, dadurch Eurer parlamentarischen Aktion die Wirksamkeit zu nehmen. Eine Fraktion, die immer und Kraft eines Parteitagbeschlusses in der Opposition sein muß, verliert jeden parlamentarischen Einfluß, sie möge nun aus 40 oder 80 Mitgliedern bestehen. Wenn doch nichts anderes als Protest herauskommt, dann ist es gleichgültig, ob man eine mehr oder weniger große Zahl in die Kammer schickt. Aus dieser Forderung besänftigender Protestes folgt logischerweise der Antiparlamentarismus, die direkte Aktion und der Generalstreik. Wenn dagegen die Fraktion die Möglichkeit hat, von der Opposition zur Unterstützung eines Kabinetts überzugehen, dann kann wirklich ein Druck ausgeübt werden. Der Ministerialismus bedeutet wahrhaftig nicht, daß wir immer ein Kabinett unterstützen müssen. Wenn aber z. B. die Agrarier morgen das Kabinett Luzzatti zu stürzen drohen, weil es ihnen nicht willfährig ist, so könnte sich dieselbe Situation wiederholen, in der wir für das Kabinett Zanardelli/Giolitti gestimmt haben.

Was sind die Vorteile, die die Reformisten erzielt haben? Wir könnten den Spiel umdrehen und sagen: Was habt ihr mit Eurer Intransigenz erzielt. (Unterbrechung: Wir haben sie nicht praktisch erproben können.) Freilich habt ihr sie erprobt! Erzielt habt ihr, daß der Teil der Bourgeoisie, der früher zu uns gekommen war, sich den Reaktionen in die Arme geworfen hat. Wir dagegen haben z. B. unter dem ersten Ministerium Sonnino an der Aufhebung der Zensur mitgewirkt. Wir haben Luzzatti eine antiklerikale Politik aufgedrängt, die den aus Portugal ausgewiesenen Orden die Grenzen schließt. Wir werden ihn weiter führen, so lange er sein Versprechen hält, das Wahlrecht zu erweitern. (Zwischenruf Salvemini: Das ist keine große Sache!) Ja, es ist eine große Sache. Luzzatti will das Wahlrecht, das heute an die Abfolvierung der ersten vier Volksschulklassen gebunden ist, all denen verleihen, die lesen und schreiben können. Dadurch vermehrt sich die Zahl der Wähler um rund 2 Millionen. Der Kampf um das Wahlrecht kann als solcher nicht jene Massenbewegung auslösen, einfach deshalb, weil die Arbeiterschaft, die heute das Wahlrecht genießt, fürchtet, daß die Verleihung des Wahlrechts an die Analphabeten eine Verstärkung der Anarchisten herbeiführen müsse, und weil den Landarbeitern des Südens schwer die Bedeutung des politischen Wahlrechts klar gemacht werden kann. Anders ist es im Norden, wo die Gewerkschaftsbewegung der politischen Erkenntnis die Wege gewiesen hat. (Widerspruch Salvemini.) Um eine lebhafte Massenbewegung für das Wahlrecht zu erwecken, müßte man diesem sofort einen Inhalt geben, wie etwa den der Altersversicherung. Wie können wir aber im guten Glauben dem Süden versprechen, daß sein Proletariat durch das Stimmrecht in kurzer Zeit die Altersversicherung erlangen werde?

Wenn ihr eine Resolution annehmt, die den Ministerialismus der Fraktion desavouiert, so bedeutet das, daß ihr das Wahlrecht gering achtet, daß Euch nichts daran liegt, zwei Millionen proletarischer Wähler mehr zu haben. Wer hier gegen uns stimmt, stimmt gegen die schrittweise Verwirklichung der Reformen. Dann habt ihr aber nicht mehr das Recht, Euch zu beklagen, wenn sich das nicht verwirklicht, was Luzzatti versprochen hat. Ihr habt zuviel Achtung vor uns, um anzunehmen, daß wir eure Marionetten werden könnten, und heute geröteten, was wir gestern taten. Ueber, als daß wir durch unser Votum dazu beitragen, zwei Millionen Proletariern das Wahlrecht vorzuenthalten, lieber lassen wir uns die Hände abschneiden.

Wenn das Ministerium seine Pflicht nicht täte, so würden wir die ersten sein, es zu stürzen. Keineswegs dürfte man es aber als Bankrott unserer Methode deuten, wenn Luzzatti sein Versprechen nicht einlöst. Es wäre der Bankrott, wenn wir trotzdem fortführen, weiter für das Kabinett zu stimmen. (Widerspruch. Unruhe.)

Was die Krise in unserer Partei betrifft, so liegt kein solcher Verfall vor, daß unsere Partei der Erregung durch eine andere bedürfte. Ich glaube aber, daß in der Folge eine direkte Vertretung der Arbeiterorganisationen und abzulösen muß. Heute schreibt sich jeder, der unserer Partei beitreibt, das Recht zu, das Proletariat zu vertreten. Hier mag wohl der Grund sein für die unvertennbare Dehabenz unserer Partei. Es muß eine Verschiebung der Funktionen auf die Arbeiterorganisationen stattfinden. Diese Organisation ist heute noch schwach. Darum hat die Partei heute noch eine Funktion, aber mit dem Vorgefühl der Notwendigkeit dieser Verschiebung fängt auch schon das Schwanken und die Unsicherheit unserer Politik an. Und es muß der Moment kommen, in dem das Proletariat selbst seine Bedürfnisse formuliert und sich selbst direkt mit eigenem Denken und eigenem Willen die Wege seines Geschicks zeichnet. (Langandauernder Beifall.)

Salvemini spricht der vorhergehenden Wahlreform jeden demokratischen Charakter ab. Italien hat sechs Millionen Nichtwähler, von denen vier Millionen Analphabeten sind. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf die übrigen zwei Millionen würde in Süditalien, wo bis zu 80 Proz. der Arbeiter Analphabeten sind, nur einen Zuwachs kleinbürgerlicher Wähler bringen. Wenn man dann zu dieser Ausdehnung des Stimmrechts noch das obligatorische Votum hinzufügt, das alle tragen und gleichgültigen Bourgeois an die Urnen schleppt, so wird man die Reaktion verstärkt haben.

Vor ziemlich ungeduldigem und übermüdetem Kongreß nimmt als letzter Redner die Genossin Balabanoff das Wort. Was vor allem nottut, sind feste, klare Leitlinien. Wenn unsere Partei diese hätte, so wäre eine Situation, wie die heutige, unmöglich. Als Marxistin protestiert sie dagegen, daß das Eintreten für Reformen ein Charakteristikum des Reformismus sei. Aber wir wollen die Reform nicht Herrn Luzzatti danken, sondern der Kraft des Proletariats. Der sozialistischen Bewegung und dem Proletariat sind ihre Wege von der Geschichte vorgezeichnet. Wenn heute die sozialistische Partei zugrunde gehen sollte, so würde sie morgen durch die Macht der Verhältnisse wieder aufstehen. (Beifall.)

Der Kongreß vertagt sich auf morgen.

Milano, den 24. Oktober 1910.

#### Vierter Verhandlungstag.

#### (Vormittagsführung.)

Man hat sich dahin geeinigt, daß von jeder der drei während des Kongresses zutage getretenen Richtungen noch je zwei Redner

zu Worte kommen sollen; diese drei Richtungen sind die der Turatiener, eine mittlere Tendenz Morgari-Salvemini-Rodigliani und die der Revolutionäre.

Mussolini glaubt nicht an den Verfall einer Partei, die noch so viel zu leisten vermag wie die unsere. Wir scheiden uns von den Revolutionären aus all den Gründen, aus denen ihr Reformisten Euch von ihnen scheidet. Cabrini hat hier gesagt, wenn wir die heutige Taktik nicht wollten, so sollten wir unsere Vertreter aus dem Arbeiterrat zurückziehen. Das sind Advokatenstücke. Cabrini sagt, daß eine Reform nicht einzig dadurch fruchtbar wird, daß das Proletariat sie erzwingt. Aber eine Reform nützt nur denen, die sie zu erkämpfen vermögen. Als Beweis diene das Gesetz über die Gewerbegerichte, das seit Jahrzehnten besteht und erst in jüngster Zeit dem Proletariat etwas nützt. Ihr sagt weiter, die Partei hätte nichts für den Wahlrechtskampf getan. Das ist nicht wahr. Wahr ist aber, daß die Parlamentsfraktion unserer Aktion einen Riegel vorgeschoben hat, indem sie sich mit einem beschränkten Wahlrecht begnügte.

Die Arbeitspartei, von der hier die Rede war, ist kein Zukunftsgedanke, sie ist heute schon da: Ihr Reformisten seid diese Partei. Die Arbeiterorganisationen drängen gewaltig nach vorwärts zu neuen Eroberungen. Die Partei hat zu entscheiden, ob sie diese Bewegung annehmen und hingehen lassen soll so wie sie ist, oder ob es ihre Aufgabe bleibt, sie mit klassenpolitischem und sozialistischem Geiste zu beleben. Wir wollen eine klare Antwort über diese Frage und werden deshalb eine Tagesordnung vorlegen, die uns erlaubt, die Anhänger unserer Auffassung zu zählen. (Beifall.)

Verda (Revolutionär): Wir glauben nicht, daß die Verhältnisse allein es sind, durch die der Sozialismus seinen Weg findet. Die sozialistische Partei ist mehr als die Anerkennung der Wirklichkeit der Dinge. Sie ist eine Kritik der Wirklichkeit. Als wir zusammen ausgingen, Turati, Cabrini und andere von uns Alten, da habt ihr in dem Sozialismus mehr gesehen als die kleinen Reformen, die ihr heute anstrebt. Wir wollten die ganze Gesellschaft umgestalten, aber dazu brauchten wir die sozialistische Propaganda. Was habt ihr diese nicht verstanden, was habt ihr und Revolutionäre nicht als Herrscher der Barricaden und als Anhänger der Katastrophentheorie verspottet! Unsere revolutionäre Auffassung ist nicht die der Barricaden, aber sie will eine Veränderung des Wesens der Gesellschaft, während ihr nur eine solche der Form wollt.

Redner erklärt dann, daß ihm kurz vor dem Betreten der Tribüne vom Genossen Pazzoni mitgeteilt worden sei, daß nicht nur die Abgeordneten, wie schon Bissolati gesagt hat, ihr Mandat niederlegen würden, falls die revolutionäre Fraktion siegte, sondern daß auch die Organisationen von Reggio Emilia, von Ravenna und Genua sofort aus der Partei austreten würden. Wenn ihr diese Erpressungsversuche macht (Lebhafter Beifall), dann sage ich Euch, daß wir Euch um solche Mittel, den Sieg zu erzwingen, wahrlich nicht beneiden. Wir antworten Euch, daß wir immer der Kongreß entscheiden möge, wie in der Partei bleiben, um die Würde unserer Bewegung aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Wir sind nicht Gegner der Reformen, aber wir wollen, daß auch sozialistische Arbeit geleistet werde. Meine Fraktion hat keinerlei Hoffnung auf Sieg, aber wenn wir siegen, so würden wir der Partei eine andere Richtung geben: wir würden die Propaganda ausbreiten und würden die Parteifraktion einer Kontrolle unterwerfen, die es verhindert, daß man weiter für ein Zinsengericht Eure ideale Erbschaft verkauft. (Beifall.)

Es kommt nun Genosse Rigola zum Wort, der im Namen der Konföderation der Arbeit, und nicht als Redner einer der drei Richtungen spricht. Er erklärt, seine Angst vor der Verzeichnung eines Trade Unionisten zu haben; er halte es mit Bestimmtheit, der vom Realen zum Idealen schreiten will. Was die Frage der Arbeiterorganisationen betrifft, so sei die organisatorische Bewegung heute nicht mehr auf das Proletariat beschränkt. Aber wie verschieden ist die Stellung der proletarischen Organisationen von der der Mittelschullehrer, der Metzger usw.! Der Staat organisiert sich nicht zum Widerstand gegen diese bürgerlichen Organisationen, wohl aber organisieren sich die Unternehmer gegen die Arbeiter. Ihr habt nicht beachtet, daß der Hauptfeind nicht mehr der Staat ist, sondern die organisierte Unternehmerschaft.

Als Vorkämpfer der Konföderation der Arbeit liegt mir natürlich daran, daß hier die von den Gewerkschaften gewünschte Taktik durchdringe. In bezug auf die Autonomie der Parlamentsfraktion bin ich mit Bissolati einverstanden, obwohl ich freilich das alljährliche Zagen des Parteitages zur Rechenschaftsablage wünschte. Nicht einverstanden bin ich in bezug auf die Autonomie der Taktik. Wir glauben, daß die Taktik, die der Kongreß festsetzt, einer Kontrolle des Parteivorstandes unterstehen müsse. Für die absolute Abschaffung von Wahlkompromissen bin ich nicht, vor allem deshalb, weil uns bei kommunalen Wahlen in kleinen Orten oft in der Partei die Persönlichkeiten fehlen, um ausschließlich aus Genossen eine Stadterwaltung zu bilden. In bezug auf die Unterstützung eines Ministeriums meine ich, daß sie um kleine Reformen nicht gewährt werden dürfe. Was uns interessiert, sind die großen und großartigen Reformen. Das Proletariat braucht eine Atmosphäre der Freiheit und der Demokratie. Nicht die Regierung, die Unternehmerorganisationen sind unsere Feinde. Partei des nächsten Frühjahrs ab, und ihr werdet den Vorstoß des Agrarierverbandes und der industriellen Unternehmerorganisation erleben. Wenn wir dann nicht eine Atmosphäre der Freiheit haben, wenn wir nicht in der Regierung einen besseren Verbündeten haben werden als heute, so werden wir den allerschwersten Stand gegen die Reaktion haben.

Redner geht dann auf die Frage der Gründung einer Arbeitspartei ein. Diese besteht heute schon. Kein Mensch kann eine Partei schaffen. Für mich ist die politische Organisation noch kein darrer Zweck, aber sie ist doch im Werden. Nur ist der neue Zweck der wirtschaftlichen Organisation noch nicht stark genug, um an seine Stelle zu treten. Nicht der Partei ist, für seine Stärkung zu arbeiten. Redner setzt hinzu, daß keineswegs sein Ideal sich in der Bildung starker Gewerkschaften erschöpfe. Wie wir den Frieden zwischen den Nationen wollen, so wollen wir ihn zwischen den einzelnen Teilen der Gesellschaft. Wenn auch die Gesellschaft noch in Gruppen geteilt bleibt, so wollen wir zwischen diesen einen menschlichen und zivilen Kampf, nicht die heutige Härte und Brutalität. Dies ist unser Ideal. Ihr müßt urteilen, ob wir weit sind, weiter mit Euch zusammenzuarbeiten. (Anhaltender Beifall.)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Mittagspause ein.

## Die Radboder Katastrophe vor Gericht

### Siebenter Verhandlungstag.

Zu der heutigen Verhandlung sind vom Nebenkläger Bergwerksdirektor Andreo und von der Verteidigung des Angeklagten noch etwa 12 Zeugen geladen. Als erster Zeuge wird der Direktor des Allgemeinen Knappschäfersvereins Adonnes vernommen. Er bekräftigt über die Hinzuziehung der Arbeitervertreter zu den Aufklärungsarbeiten auf Radboder. Wir erhielten eine Aufforderung von dem Bergwerksbeamten aus Gamm. Ich hatte die Auffassung, daß die Bergbehörde erwägen sollte, ob sie zu den Vergunungsarbeiten auch Vertreter der Arbeiter hinzuziehen sollte. Deshalb habe ich den Vorschlag gemacht und die Knappschäfersvereins vorgeschlagen, die sonst bei solchen Gelegenheiten schon einmal in Vorschlag gebracht waren. Wenn Herr Dehler dann sofort nach Radboder gefahren ist, so ist das ein Mißverständnis gewesen. — Vorsitzender: Herr Dehler hat es aber so aufgefaßt, als ob er bei der Vergung der Leichen dabei sein sollte. — Zeuge: Ich persönlich wollte und konnte gar keine Stellung nehmen. Herr Dehler hat es mißverständlich aufgefaßt. — Vorsitzender: Es sind aber dann noch später Korrespondenzen erfolgt. Der Bergwerksbeamte von Gamm hat



an Sie geschrieben. Was geschah dann? — Zeuge: Ich habe diese Korrespondenzen dem Vorsitzenden vorgelegt. Er hat gesagt, es ist kein Antrag; ein solcher Antrag müßte vom Oberbergamt ausgehen. Der Instanzenweg ist nicht eingehalten. — Verteidiger R.-A. Heine: Das ist aber noch nicht alles. Es ist auch vom Oberbergamt ein Bescheid erfolgt, aus dem deutlich hervorgeht, daß das Oberbergamt der Meinung gewesen ist, daß Arbeitervertreter hinzugezogen werden sollen. Anstatt also einen Bescheid herbeizuführen, hat der Vorsitzende einfach gesagt: Wir haben keine Veranlassung, hierzu Stellung zu nehmen, weil der Instanzenweg nicht eingehalten ist. So ist die Sache also gemacht worden. Wissen Sie denn nicht, daß der Minister im Landtag bedauert hat, daß nicht nach seiner Angabe verfahren ist? — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. Auch der Brief des Oberbergamts ist mir nicht bekannt. — Verteidiger R.-A. Heine: Es hätte doch etwas geschrieben müssen. — Zeuge: Das muß ich bestritten. An allen Verhandlungen des Knappschaftsvereins nimmt ein Kommissar des Oberbergamts teil. Dieser hätte mit ihm seine Wünsche eventuell vorbringen können. — Verteidiger R.-A. Heine: Aber es wurde doch Herrn Oehler mitgeteilt, daß Sie außerstande seien, irgend etwas zu tun. Das bedeutet doch eine Widerlegung dessen, was Sie eben gesagt haben. — Zeuge: Der Herr Verteidiger verwechselt offenbar die Verwaltung des Allgemeinen Knappschaftsvereins und die Leitung desselben. Ich bin nur Direktor der Verwaltung und gehöre auch dem Vorstand gar nicht an. — Verteidiger R.-A. Heine: Ich will Ihnen ja auch persönlich keinen Vorwurf machen. Aber ich bemerke doch, daß Sie nicht richtig informiert sind. Ich bitte deshalb alles,

#### was in den Akten steht,

vorzutragen. — Vorsitzender: Wo kommen wir dann aber hin? — Verteidiger R.-A. Heine: Ich habe das Gefühl, daß der Zeuge mit der Wahrheit zurückhält. — Vorsitzender (unterbrechend): Ich bitte dringend, sich nicht in dieser Weise über den Zeugen zu äußern. — Verteidiger R.-A. Heine: Ich habe aber doch das Recht, die Glaubwürdigkeit eines Zeugen anzuzweifeln. — Vorsitzender: Das kann aber doch in anderer Weise geschehen. — Verteidiger R.-A. Heine legt dann das Schreiben des Knappschaftsältesten Oehler vor und bemerkt dazu: Wenn das kein Antrag ist, dann gibt es überhaupt keinen Antrag; es ist so klar und deutlich gesagt. Das Schreiben des Bergrevierbeamten lautet doch auch: „Wir bitten, Vertreter der Arbeiter zu entsenden und uns die Namen der Beauftragten mitzuteilen.“ In den Akten ist a tempo an den Rand geschrieben: Oehler und Schäfer, die Namen der Knappschaftsältesten. Dem Bergrevierbeamten sind diese Namen mitgeteilt worden. Dem Knappschaftsältesten wurde ein Expreßbrief geschickt, daß am 10. die Leichen geborgen werden sollen. Am 11. ist allerdings ein Schreiben von Generaldirektor Janssen eingegangen, und dann hat sich die Situation plötzlich geändert. — Zeuge Köhnen: Ich kann nur betonen, daß ich die Auffassung gehabt habe, daß der Bergrevierbeamte wünschte, wir möchten Leute vorschlagen, die eventuell hinzugezogen werden könnten. Deshalb sind die Genannten in Vorschlag gebracht worden. — Verteidiger R.-A. Heine: Im Schreiben heißt es aber nicht „vorschlagen“, sondern „Arbeitervertreter zu entsenden“. Das ist doch eine deutliche Aufforderung. Der Brief ist klar und nicht mißzuverstehen. — R.-A. Dr. Köttgen: Sind Schritte getan, um zu verhindern, daß der Vertreter entsendet wurde? — Zeuge: Nein, das nicht; wenn Sie nicht das Schreiben so auffassen wollen. — Verteidiger R.-A. Heine: Es steht aber auch in dem Schreiben etwas anderes drin. Allerdings in höflicher Form ist gesagt, daß man nicht damit einverstanden sei, daß Arbeitervertreter entsendet würden. Das ist doch zum Ausdruck gebracht. — Zeuge: In dem Schreiben wendet sich die Gewerkschaft nur dagegen, daß zwei Vertreter der Organisation entsendet werden. — Verteidiger R.-A. Heine: Wenn der Knappschaftsverein zwei Knappschaftsälteste entsendet, sind das doch Vertreter der Knappschaft und nicht etwa der Organisation. Wie kommt es aber, daß die Aktenstücke erst an so spätem Datum vom Vorstand veröffentlicht sind. Schließlich handelt es sich hier doch nicht um eine nebensächliche Angelegenheit. Ich weise nur auf die Katastrophe und auf den Ausspruch des Ministers hin. Dann hätte doch auch die Fahrt des Knappschaftsältesten Oehler darüber Klarheit bringen müssen, daß eine irrige Auffassung besteht. Deshalb hat der Vorstand befragt werden müssen. Aber ich vermute, daß die geschäftlichen Leiter solche Sachen persönlich veranlassen. Haben Sie dies vielleicht auch getan und die Sache nicht für so wichtig gehalten? — Zeuge: Nein, ich habe die Sache dem Vorstand unterbreitet. — Verteidiger R.-A. Heine: Sie haben die Antwort entworfen. Ich möchte darüber Auskunft haben, ob Sie, als Sie dies taten, das Schreiben des Generaldirektors Janssen gekannt haben. — Zeuge: Ja. — Bergwerksdirektor Andree: Ich bitte den Zeugen zu fragen, ob nicht die Mitglieder des Arbeiterausschusses der Zeche Raddob zu den Bergungsarbeiten hinzugezogen worden sind. — Zeuge: Ja, das ist mir bekannt. — Bergwerksdirektor Andree: Von welchem Termin ab? — Zeuge: Vom 12. März ab.

Als nächster Zeuge wird Sanitätsrat Lindemann, der Oberarzt des Allgemeinen Knappschaftsvereins aufgerufen. — Verteidiger R.-A. Heine: Ich habe gestern gesagt, daß die Verwaltung vor den Betriebsunternehmern

#### ins Maulschloß gestochen

sel. Das wurde mir sehr verübelt. Es wird gesagt, das sei ganz und gar unmöglich. Ich habe nun gehört, daß Sanitätsrat Lindemann ein Gutachten über die Burtmännlichkeit auf Veranlassung des Herrn Köhnen in einer nicht den Tatsachen entsprechenden Weise im Interesse der Betriebsverwaltung abgeändert hat. Ich lege diese Frage zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Direktors Köhnen vor und muß noch hinzufügen, daß Direktor Köhnen eine Besprechung dieser Angelegenheit im Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins hintertrieben hat.

Das Gericht lehnt den Antrag der Verteidigung nach längerer Beratung ab, weil das Beweisthema außer allem Zusammenhang zum Gegenstand der Anklage steht. Der Vorsitzende führt weiter begründend aus: Die Vernehmung des Direktors Köhnen sei lediglich erfolgt, um die Aussage des Knappschaftsältesten Köhner auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Diese Glaubwürdigkeit ist von Köhnen in keiner Weise in Frage gestellt worden. Im übrigen ergibt sich der Sachverhalt in der in Frage stehenden Angelegenheit aus der dem Gericht vorgelegten Korrespondenz. Es kam deshalb auf die Glaubwürdigkeit Köhners nicht ankommen. Mit dem Gegenstand steht auch in Zusammenhang, ob Köhnen seine Amtspflichten verletzt oder sich durch die Interessen der Bergwerksbesitzer habe bestimmen lassen.

Die Vernehmung einer Anzahl weiterer Zeugen, die nicht wesentliches bekunden, geht sehr schnell vonstatten. Als letzter Zeuge führt auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Köttgen Bergwerksdirektor Andree über die Verhältnisse auf der Zeche Raddob folgendes aus: Ich habe dreimal wöchentlich die Grube besichtigt. Es ist häufig vorgekommen, daß sie vor Ort trocken war und daß nicht betrieftelt war. Aber mir ist nie die Antwort gekommen, man hätte nicht betrieftelt können. Allerdings bin ich immer vormittags gefahren. Wir sind weiter niemals Wetter gemeldet worden. Von größeren Wetteransammlungen ist mir nichts gemeldet worden. Ich darf auch wohl sagen, daß ich die ganze Grube konnte. Die Wasserkosten waren gering. Für die Entnahme des Wassers aus der Lippe zahlten wir 40 M. jährlich. Außerdem hatten wir fünf Senkbrunnen. Die Neanten der Aufsichtsbefehle kamen sehr oft unangemeldet. Ich habe nie einen meiner Steiger darüber in Zweifel gelassen, daß ich jeder unangemessenen und brutalen Behandlung der Arbeiter energig entgegenzutreten würde. Alle schriftlichen Beschwerden habe ich persönlich erledigt. Es ist nie vorgekommen, daß jemand wegen einer Beschwerde entlassen worden ist. Sogar ich mich darum kümmerte, welche Zeitung die Leute lesen, ebenso wenig habe ich mich um die Organisationsangelegenheiten der Leute gekümmert. Für den Betrieb ist geschicklich zwar der Betriebsführer verantwortlich; aber wenn ein großer Verlust vorgekommen wäre, wenn Material oder dergleichen in großem Umfang gefehlt hätte, dann würde ich mich selbstverständlich moralisch für mitverantwortlich halten.

#### Hierauf begann die Erstattung der

#### Gutachten der Sachverständigen.

Als erster Sachverständiger wurde der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, vernommen. Er ist ein Jahr Jahrgang, ein Jahr Hilfssteiger und fünf Jahre Reviersteiger gewesen. Er äußert sich zunächst eingehend über die besondere Art der Betriebserteilung und die sonstigen besonderen Verhältnisse auf Raddob und schildert dann das Prämiensystem: Alles Tun und Handeln ist in den Grubenbetrieben von der Frage der Erhöhung der Selbstkosten beherrscht. Der ganze Betrieb ist zu einem Rechenexempel geworden. Die Steiger haben die Arbeiter ganz und gar in der Hand; sie können sie beherrschen und das Bedingte beliebig festsetzen. Besonders schlecht sind die Verhältnisse natürlich auf neuen Zechen. Die Arbeiter sind neu, die Neanten sind neu und die Gefahren größer. Dazu kommt noch ein wichtiger Faktor. Man muß auch mit der Vergabe arbeiten. Die Beobachtung der bergbaupolizeilichen Vorschriften kostet aber viel Geld; andererseits sollen aber auch Kohlen gefördert werden. Es ist deshalb für die Steiger von großer Wichtigkeit, zu wissen, ob Befehl kommt, damit da alles in Ordnung ist. Wenn die Bergbehörde etwas findet, wird der Steiger von der Zechenverwaltung gedrückt. Beim Abteufen ist nun auf der Zeche Raddob geradezu eine Reformleistung geschaffen worden, die meines Wissens nicht wieder erreicht wurde. Auch bei der Kohlenförderung wollte man offenbar auf Raddob eine Reformleistung aufstellen. Dafür spricht das starke Belegen der Grube und der einzelnen Strecken. Die Leute werden in dieser Weise sehr zusammengepreßt. Je mehr Kohlen gefördert werden, um so mehr Gase und Staub werden sich auch entwickeln. Die gesamte Bewetterung auf Raddob ist aber wohl gut gewesen. Auf den Mann kommen pro Kopf 15 Kubikmeter Luft. Der Wettersteiger ist auch wohl überall hingekommen. Es sind aber in der Verhandlung einige Sachen vorgebracht worden, die zeigen, daß sich Wetter angeammelt haben. Mann kann aber nicht sagen, daß es in dieser Beziehung auf Raddob schlechter stünde als anderswo. In einzelnen Revieren sind verhältnismäßig wenige Wetter gefunden worden, in anderen sehr viele. Dazu kommt das große Mißtrauen, das die Leute gegen Wetter an sich haben. Ein Steiger hat hier angegeben, daß hinter einem Verschlag gearbeitet wurde. Dies ist ein Ausnahmefall. Es kommt wohl vor, daß wegen der Aufsichtsbehörde hinter Verschlägen gearbeitet wird. Ich halte das für außerordentlich gefährlich. Vergessen ist nur vorgekommen, wo Strecken unter Kanälen liegen. Es ist erlaubt, die Räume hoch zu lassen. Bei schlechtem Wetter wird aber auch die Strecke schlecht. Es ist dann hier darüber gestritten worden, ob man auf Raddob viele Hohlräume hat. Ich muß sagen, daß das schon der Betrieb mit sich bringt. Es ist stets schwierig, den Vergewerkschaftsordnungsmäßig auszuführen. Der Steiger sieht in der Regel darauf, daß gute Mauern gebaut werden. Hohlräume sind aber zweifellos auf Raddob gewesen, weil es an manchen Orten an Steinen fehlte. Es kommt hinzu, daß, während Steine verpackt werden, naturgemäß keine Kohlen gefördert werden können. Die Steingeführung muß deshalb so geregelt werden, daß diese durch den ganzen Betrieb selbst geregelt wird. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß die Steingeführung auf Raddob besonders gut war. Was den Kohlenstaub anlangt, ist es noch nicht lange her, daß man Kohlenstaub für nicht gefährlich hielt. Es steht jedoch zweifellos fest, daß jeder Kohlenstaub explosivieren kann. Besonders gefährlich ist er dort, wo Schlagwetter sind. Durch den starken Betrieb auf Raddob und den Luftzug entwickelte sich zweifellos Kohlenstaub. Bezüglich der Verriegelung muß doch gesagt werden, daß diese in Raddob den Anforderungen nicht genügte. Die Verriegelung muß immer Wasser haben. Es ist wichtig, daß die Arbeiter keinen Aufenthalt haben. Man muß auch den Arbeitern gerecht werden. Die große Frage ist nun die, ob Wasser dazugegeben ist. Da zunächst war das Wasser zu klein. Es dauerte eine halbe Stunde, bis Wasser kam, wenn das Ventil geöffnet wurde. Ich vermute, daß die Neanten selbst dafür gesorgt haben, daß nicht zu viel Wasser in die Grube käme, weil die Gefahr bestände, daß dann die Pumpe auf der letzten Sohle versoffen wäre, und das würde für die Zeche einen großen Schaden bedeuten haben. In einer halben Stunde war wohl stets Wasser da. Wenn man aber den Betrieb kennt, weiß man, daß es sicher eine Stunde dauert, ehe eine Beschwerde wegen mangelnden Wassers abgestellt wird. Wohl ist meist Wasser dazugegeben, aber kein Druck. Zweifellos ist aber auch nicht soviel Wasser vorhanden gewesen, wie angesichts des Kohlenstaubes und Schlagwetters nötig sei. Es ist nun richtig, daß die bergpolizeilichen Vorschriften annähernd 350 Paragraphen enthalten. Und dieser Umstand führe wohl dazu, daß sie nicht immer alle beachtet werden können. Ob es sich auf Raddob um eine Schlagwetterexplosion handelte, zweifellos ist es etwas anderes, wenn ich eine Dynamitpatrone in einem Koffer oder in der freien Luft zur Explosion bringe. Meiner Meinung nach hat es sich auf Raddob um keine sehr große Explosion gehandelt. Bei solchen Explosionen würde man sonst 20—30 Tote haben. Durch die große Hitzewirkung auf Raddob und die geringe Ausdehnung der Grube wurde der große Umfang der Katastrophe veranlaßt. Sowohl durch Nachschwadern wie durch die Diffusion ist die große Ausdehnung des Unglücks herbeigeführt worden. Zu der Frage, ob noch Lebende in der Grube gewesen sind, möchte ich mich dahin äußern, daß unter den obwaltenden Verhältnissen, selbst wenn in der Grube noch Lebende gewesen wären, die Zechenverwaltung doch richtig gehandelt hat. Es hätte sonst eine noch viel größere Explosion entziehen können und der dazugehörigen Rettungsmannschaften unmöglich ausgeführt werden. Der Prozeß geht morgen (Donnerstag) zu Ende.

#### Soziales.

#### Zur Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen.

Das Chemnitzer Landgericht hat im Gegensatz zum dortigen Kaufmannsgericht dieser Tage eine auffallend falsche Entscheidung zugunsten der Handlungsgehilfen getroffen. § 66 des Handelsgesetzbuches besagt: „Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen kann, wenn es für unbestimmte Zeit eingegangen ist, von jedem Teile für den Schluß eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden.“ § 67 lautet: „Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Teile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen. Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.“ Danach gilt also, falls eine kürzere als eine einmonatliche Kündigungsfrist vereinbart ist, da diese Vereinbarung nichtig ist, die sechs wöchentliche zum Schluß des Quartals. So war auch die Praxis des Chemnitzer Kaufmannsgerichts, die mit der wohl aller, auch der gelehrten Gerichte übereinstimmt. In einer berufsungsfähigen Sache hat nun aber das Landgericht entschieden: Die einmonatige Kündigungsfrist habe, als die kürzeste, die das Gesetz zuläßt, zu gelten. Es begründete das Urteil mit folgender Ausführung. Die Parteien, die eine kürzere Kündigungsfrist, als die im Gesetz vorgesehene kürzeste vereinbart haben, wollten zu erkennen geben, daß sie die Kündigung so kurz wie möglich haben wollten. Dem sei nachzugehen gewesen. Es erscheine unbillig, nach der Richtigkeitsklärung der kurzfristigeren Kündigung, die vereinbart war, die langfristige des Gesetzes an ihre Stelle zu setzen.

Diese Entscheidung beruht auf einem klaren Verstoß gegen Wortlaut und Zweck des § 67 des Handelsgesetzbuches wie nicht minder gegen die auf der Anwendung von Treu und Glauben beruhenden Auslegungsregeln. Erläutert ein Gesetz

eine Vereinbarung für nichtig, so existiert diese Vereinbarung rechtlich nach keiner Richtung hin: an ihre Stelle tritt also die Regelung, die für den Fall des Mangels einer Vereinbarung getroffen ist. Das bringt der Gesetzgeber klar zum Ausdruck. Dieses Ergebnis wollte der Gesetzgeber auch herbeiführen. Es liegt hier ebenso wie bei § 122 der Gewerbeordnung: Ist etwa eine achtstägige Kündigungsfrist für den Arbeitgeber und eine zehntägige für den Arbeiter vereinbart, so ist diese Vereinbarung nichtig. An Stelle der richtigen Vorschrift tritt die für den Fall des Fehlens einer Vereinbarung im Gesetz festgelegte vierzehntägige Kündigung der Gewerbeordnung, aber keineswegs etwa aus „Billigkeitsrücksichten“ eine achtstägige. Darüber herrscht nirgends in der reichhaltigen Literatur und Rechtsprechung der geringste Meinungsstreit.

Die stärkste Verfehlung in der landgerichtlichen Urteilsbegründung liegt in der Bezugnahme auf den Begriff „Billigkeit“, weil ein Chef wegen ein ausdrückliches Verbotsgesetz eine Vereinbarung getroffen hat, — soll zu seinen Gunsten „aus Billigkeitsrücksichten“ die für den Handlungsgehilfen ungünstigere Vorschrift Platz greifen! Das heißt denn doch den Begriff „Billigkeit“ mißhandeln, ihn zum Sprungbrett für klare Verstöße gegen Treu und Glauben herabwürdigen. Billigkeit, Treu und Glauben fordern im Gegenteil, daß Verabredungen, die zugunsten des Arbeitgebers getroffen sind, im Zweifel zugunsten des Arbeiters zu interpretieren sind. Denn Treu und Glauben fordern eine sehr zutreffend durch das Reichsoberhandelsgericht (Vd. 17, Seite 19 der Entsch.) dargelegte Haltung, daß der Arbeitgeber das für ihn Vorteilhafteste mit zweifelsfreien Worten ausbedinge.

Die Tatsache, daß ein Landgericht so unter Abweichung vom Wortlaut und Zweck des Gesetzes und unter größtmöglicher Verkennung der Regel des § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuchs („Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“) Treu und Glauben sogar auf dem Gebiete des Handelsrechts verkehrt, ist lediglich durch die unbewusste Abneigung richterlicher Kreise gegen Arbeiterschutzvorschriften und ihrer ebenso in Fleisch und Blut übergegangen, unbewußten Vertretung der Interessen der Unternehmungsklassen erklärlich. Sie zeigt, wie berechtigt die Forderung des Erlasses gelehrter, ernannter Richter durch solche Richter ist, die aus allen Teilen der Bevölkerung von den Berufseingeweihten gewählt werden.

#### Von der Landflucht.

Der Bericht der Landesversicherungsanstalt Posen gibt uns Kenntnis von den großen Arbeitermassen, welche alljährlich ihre Heimat verlassen und in fremde Industriegebiete wandern. Wie sehen dies an einer einfachen, gewöhnlich nicht weiter beachteten Tabelle über die Quittungskarten. Da wird gemeldet, daß an fremde Versicherungsanstalten im Berichtsjahre insgesamt 83 440 Karten übersandt worden sind, hingegen von fremden Anstalten 110 701 Karten eingegangen sind.

Es sind also 110 701 Quittungskarten von ausgewanderten Arbeitern der Provinz Posen später wieder in die Versicherungsanstalt ihrer Heimat zurückgeschickt worden und wird auch auf diesem Wege uns Kunde von der ungeheuren Zahl der Landflüchtigen dieser Provinz, die doch alljährlich ungezählte Millionen verschlingt, die angeblich den preussischen „Kulturzweden“ geopfert werden.

Betrachtet man die Tabelle näher, so findet man, daß eben die Industriegebiete die meisten Flüchtigen aufgenommen hatten, während die ländlichen Provinzen sehr wenig Verkehr mit Posen hatten. Es wurden z. B. Karten:

überliefert an die	eingegangen von
1 517 Stück . . . . . Ostpreußen . . . . .	1 027 Stück
1 205 „ . . . . . Berlin . . . . .	21 096 „
4 578 „ . . . . . Brandenburg . . . . .	22 274 „
6 888 „ . . . . . Sachsen . . . . .	9 807 „
2 067 „ . . . . . Sachsen-Anhalt . . . . .	6 440 „
1 207 „ . . . . . Hannover . . . . .	5 687 „
1 043 „ . . . . . Westfalen . . . . .	9 777 „
748 „ . . . . . Rheinprovinz . . . . .	13 988 „
717 „ . . . . . Königreich Sachsen . . . . .	2 198 „
273 „ . . . . . Provinz Ostpreußen . . . . .	2 898 „

Das Hauptziel der Auswanderer war also Berlin, Brandenburg, Rheinprovinz, Westfalen.

Gegen das Vorjahr hat sich der Zustrom nach Berlin um weitere 4000 Arbeiter vermehrt, in der Provinz Rheinland um mehr als 2000.

Und daß die „Auswanderer“ zu Hause auch nicht besser als Invalide behandelt worden wären, als am neuen Wohnort, beweist uns auch der vorliegende Bericht. Es wurden im Berichtsjahre insgesamt 13 331 Rentenempfänger zur Kontrolluntersuchung bestellt und rund 17 Proz. die Rente entzogen. So kann dann der Bericht freudig mitteilen, daß die Ausgaben für die Invalidenrenten um mehr als 100 000 M. gegen das Vorjahr zurückgegangen sind. Aber auch die Zahl der Alten verringert sich von Jahr zu Jahr. Es wurden an Altersrenten 21 000 M. weniger verausgabt. Interessant ist auch eine Aufstellung des Berichts über die Kosten der Heilbehandlung. Der Verbrauch an Lebensmitteln stellte sich pro Tag auf 1,61 M. Kann sich dies nun ein Rentenempfänger mit 17 M. Rente pro Monat leisten? Während im Jahre 1903 der Pflanztag noch 1,62 M. kostete, ist der Satz im Jahre 1904 schon auf 3,66 M. gestiegen. Warum man die Volkshilfe zu Obornik gerade „Arbeits-Wilhelm-Volkshilfskaffee“ gekauft hat?

#### Aus Industrie und Handel.

#### Getreidepreise im In- und Auslande.

Im Vergleich zu anderen Ländern hat sich das Niveau der Getreidepreise in Deutschland erst wenig gesenkt. Die Weizenpreise, die vergangenes Jahr tiefer standen als z. B. in Oesterreich-Ungarn, gehen in diesem Jahre merklich über jene hinaus. Bei der Bewegung der Roggenpreise schneidet vom Standpunkt der Konsumenten Deutschland ebenfalls weniger befriedigend ab als das Ausland. Stellt man die Weizenpreise vom September 1910 denen vom Vergleichsmonat 1909 gegenüber, so zeigt sich folgende Bewegung. Eine Tonne Weizen kostete im Großhandel Mark:

	1909	1910	Gegen 1909
Berlin, guter, gefunder . . . . .	213,28	203,24	— 10,04
Wien, Weiz . . . . .	257,70	192,06	— 65,62
Wladimir, Mittelware . . . . .	240,69	178,24	— 62,45
Odesa, Ufa . . . . .	159,21	124,98	— 34,23
Antwerpen, Donau mittel . . . . .	176,41	155,67	— 20,74

Oesterreich, Ungarn, Rußland und Belgien weisen demnach eine erheblich kräftigere Preisermäßigung für Getreide als Deutschland auf. In London stellt sich der Preis für La Plata-Weizen auf 159,01 M. oder um 19,10 M. niedriger als 1909, der Mittelpreis für englischen Weizen auf 143,75 M. oder um 14,08 M. pro Tonne niedriger. In Liverpool bleibt der Preis für russischen Weizen



Zur Anwerterkatastrophe in Italien.

Die Einzelheiten über das furchtbare Unwetter, das ganze Dörfer des südlichen Italiens vernichtete, sind getadelt entschuldig. Wie schon gestern gemeldet, ist Cetara am schwersten getroffen. Der obere Teil von Cetara wurde von den Fluten überflutet und von einem Feldsturz getroffen. Die italienische Zeitung "Mattino" spricht von 300 Toten in Cetara. Ganze Familien sind dort zugrunde gegangen. So wurde beispielsweise die Villa des Kaufmanns Consiglio aus Salerno zerstört; der Kaufmann, der mit Frau und acht Kindern auf seiner Villa in der Sommerfrische weilte, erstickte mit der ganzen Familie im Schlamm. Traurig erging es auch einem Fischer, der seine Familie in Sicherheit gebracht hatte und nach seinem Hause zurückkehrte, um auch sein Reh zu retten. In diesem Augenblick stürzte das Haus ein und erschlug den Unglücklichen. Als man den Leichnam fand, hielten die Hände noch das Reh umklammert. Viele Menschen wurden in das Meer gespült. Von Zeit zu Zeit werfen die Wellen Leichen auf das Ufer. In Cetara wurde die Katastrophe dadurch vergrößert, daß der den Ort durchfließende Bach, der die Bergwässer aufammelt, über die Ufer trat. — In Amalfi zählt man 12 Tote, in Minori vier Tote und viele Verletzte. In Majori, wo die Verwüstung fast so groß ist, wie in Cetara, hat man 20 Leichen aus den Trümmern geborgen. Man glaubt, daß noch weitere 80 Personen umgekommen sind.

Die Hilfsaktion für die von dem Unwetter Betroffenen ist durch die italienische Regierung in umfassender Maße sofort unternommen worden. Vor allem macht sich die Zufuhr von Lebensmitteln notwendig, da in den vom Verleher abgeschnittenen Orten Hungernot auszubrechen droht. Der Marineminister hat sich mit einer Rettungsschwärmer nach der Insel Ischia begeben und telegraphierte von dort nach Rom, daß auf der Insel die Ortschaft Casamicciola am schwersten gelitten hat. Die Zahl der ums Leben gekommenen konnte noch nicht festgestellt werden. Auch die Stadt Ischia hat stark gelitten. In Sorio an der Westküste von Ischia sind zwölf Personen umgekommen.

Die von den Pfaffen beherrschte Bevölkerung von Ischia macht in ihrem religiösen Glauben ihren Schutzpatron San Raphael für die Katastrophe verantwortlich. Die Einwohner erklären, daß der Heilige sie für die vielen Sünden bestrafen wollte, die sie begangen hätten.

Untergang eines Kanonenbootes.

70 Personen umgekommen.

Auf dem der Republik Haiti gehörenden Kanonenboot "Liberte" kam es nach einer telegraphischen Meldung in Port de Paix, einem im nördlichen Teile der Insel Haiti gelegenen Hafenort, zu einer furchtbaren Explosion. Bald nachdem sank das Boot, so daß sich nur ein Teil der Besatzung retten konnte. Es sollen siebenzig Personen ertrunken oder durch die Explosion getötet sein, während zwanzig Personen gerettet wurden. Unter den Toten befinden sich auch zehn Generale der Republik, die auf dem Wege zu ihren Truppentorposten im Norddepartement waren. Einzelheiten über das schwere Unglück liegen noch nicht vor.

Wieder ein abgestürzter Aviatiker.

Der französische Aviatiker Blanchard unternahm gestern auf dem Flugplatz in Fisy les Moulinaux einen Heberlandflug nach Bourges. Bei seinem Wiedereintreffen auf dem Flugplatz stürzte plötzlich sein Flugapparat aus einer Höhe von 30 Metern ab und begrub den unglücklichen Flieger unter sich. Blanchard erlitt bei dem Sturze so schwere Verletzungen, daß er bereits tot war, als man ihn unter den Trümmern seines Aeroplans hervorholte.

Kleine Notizen.

Auf seiner Reise von St. Thomas nach Hamburg hat der Dampfer "Scotia" der Hamburg-Amerika-Linie einen Bruch der Schraubenwelle und sonstigen Maschinenschaden erlitten. Wie ein Telegramm aus Hamburg meldet, treibt das Schiff im atlantischen Ozean, unfähig zum Manövrieren, in südlicher Richtung. Ein Schleppdampfer ist von den Azoreninseln abgegangen, um das Schiff zu suchen und ihm Hilfe zu leisten.

Der wegen Mordes an seinem eigenen Vater zum Tode verurteilte Arbeiter Patzelt wurde gestern früh auf dem Hofe des Schweidnitzer Gefängnisses hingerichtet.

Erfolgreicher Heberlandflug. Der Aviatiker Boulain ist gestern nachmittags 3 1/2 Uhr in Halle zu einem Heberlandfluge nach Leipzig aufgestiegen. Kurz vor 5 Uhr landete Boulain bei Schkeuditz nordwestlich von Leipzig. Heute soll die Weiterfahrt nach Leipzig erfolgen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei Hafenarbeiten in Budapest. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, einen 50 Zentner schweren Quaderstein in die Donau hinabzulassen. Der Stein stürzte aus beträchtlicher Höhe herab und begrub sechs Arbeiter unter sich, die sämtlich schwer verletzt wurden.

Das letzte Luftschiff der englischen Zeitung "Morning Post" hat gestern glatt den Kanal überflogen. Das Luftschiff verließ die Halle in Rouillon bei Paris um 10 Uhr 15 Min. und ist kurz vor 4 Uhr in Widdesborough in England gelandet. — Auch das deutsche Luftschiff "Parzeval" hat gestern einen größeren Flug unternommen. Das Luftschiff stieg um 9 Uhr in Budapest auf und ist nach 5 1/2 stündiger Fahrt in der Nähe von Wien glatt gelandet.

Briefkasten der Redaktion.

Es tritt die Ehrenrunde des Lindenstraß Nr. 69, born vier Treppen — A n s t r a ß e —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Aufträge tragen man in der Ehrenrunde vor.

16 Gesundheit. 1. Klopffuß 18. Die Höhe der Kosten erfahren Sie dort. 2. Ja. — R. 9. 100. Weiter entscheiden wir nicht. — G. 5. 61. Es bestehen keine Sonderbestimmungen. — H. 5. 1. Ja. 2. Für die letzten vier Jahre. 3. Ja, soweit angemessen. — W. 7. Rein. — Stecher, Lindenstr. 89. Antrag auf gerichtliche Entscheidung erachtet nicht aussichtslos. Das Gesetz erfordert die "Gemeinwohlhaftigkeit", die nach ihrer Darlegung, insbesondere in dem Falle Ihrer Tochter, nicht vorzulegen hat. — B. 5. 118. Entsendung der Rastbrennweite. — J. 23. 1000. 1. 1893. 2. Jährlich 3000 M., zahlbar am 1. Dezember mit 200 M., am 1. Januar mit 300 M., am 1. Februar mit 400 M., am 1. März mit 500 M., am 1. April mit 600 M., der Rest zahlbar am Tage der Verlegung oder Schließung des Reichstages. Für jeden Tag des Fernbleibens der Plenarsitzung werden 20 M. abgezogen. — W. 7. 666. 1. Einen solchen Abzug können Sie nur dann machen, wenn eine dahingehende Vereinbarung getroffen ist. 2. Wir raten, sich weiter zu versichern. Es müssen aber innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Karten entwertet und die Karte muß in diesem Zeitraum umgetauscht werden. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so erlischt jede Anwartschaft. 3. Ein Anrecht besteht nicht. Die Versicherungsanstalt kann aber das Heilverfahren anordnen. — G. 5. 26. Stellen Sie selber bei dem Kommissar für Invalidenversicherung, Am Köllnischen Park 8, einen Antrag auf Fortsetzung des Heilverfahrens, für den Fall der Ablehnung einen Antrag auf Gewährung der Invalidenrente.

um 11,50, für Manitoba Nr. 2 um 17,41, für australischen um 18,60 Mark hinter dem vorjährigen zurück. Nur verschwindend wenige Sorten und ganz wenige Länder weisen einen geringeren Rückgang der Weizenpreise als Deutschland auf. In Holland hält sich die Ermäßigung so ziemlich auf gleicher Höhe wie in Deutschland, in Frankreich gehen die diesjährigen Weizenpreise noch etwas über die vorjährigen hinaus. Es macht allerdings darin von allen Ländern eine Ausnahme. Bei den Roggenpreisen ist die Entwicklung ähnlich; es kostete im September eine Tonne in Mark:

Table with 3 columns: Location (Berlin, Wien, Budapest, Odessa, Amsterdam), 1900, 1910, Gegen 1900.

Rur in Amsterdam ist demnach der Rückgang des Roggenpreises geringer als in Berlin, aber hier hält sich der Preis doch noch um 30 R. über dem Amsterdamer Niveau.

Interessengemeinschaft im Buchhandel. Zwölf der bedeutendsten deutschen Kommissionsbuchhandlungen, darunter F. Volkmann und R. Köhler, Leipzig, gingen, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten melden, eine Interessengemeinschaft ein, die sechs bis sieben Prozent des gesamten Umlages im deutschen Buchhandel umfaßt. Der Eintritt weiterer buchhändlerischer Firmen stehe bevor. Damit werde ein ungeheurer Trust im Buchhandel nahegerückt.

Aus der Brauereindustrie.

Es ist bekannt, in welchem Umfang der Schnapskonsum nachgelassen hat. Es stellt sich nun aber auch heraus, daß der Bierkonsum teilweise ebenfalls zurückgegangen ist. Der Geschäftsbericht der Victoria-Brauerei in Wochum bezeichnet das letzte Geschäftsjahr als das für die Brauindustrie schwerste seit den krieglichen Zeiten. Der von dem Publikum ausgetriebene Stillstand einestells und die allgemein ungünstige Lage andererseits verursachten überall einen Rückgang des Bierkonsums, den man nicht erwartet hatte. Besonders der Bierhandel hatte schwer zu leiden, da der Biergenuß zu Hause fast ganz aufhörte. Einzelne Bierhändler fanden nach der Bierpreiserhöhung nicht mehr ihr Viehchen und gaben das Geschäft auf. — Ähnlich lauten die Klagen im Bericht von K. u. Co., Bierbrauerei-Allianzgesellschaft, Dortmund. Diese Brauerei hatte von der Bierpreiserhöhung eine günstige Beeinflussung des Geschäftsergebnisses erwartet und sieht sich nun herbe enttäuscht. Es heißt da: Die durch die Verbrauchssteigerung bedingte Bierpreiserhöhung hatte zunächst eine Herabsetzung der Gläsergrößen im Gefolge, dazu kam der stellenweise heftige Widerstand des Publikums, der sich in Enthaltensamkeit vom Biergenuß äußerte, und schließlich trugen auch die durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse erschwerten Existenzbedingungen der Arbeiterklasse in nicht geringem Maße dazu bei, daß der Bierabsatz mit wenigen Ausnahmen in fast allen Brauereien Rheinlands und Westfalens stellenweise um 20 Proz. und sogar noch mehr zurückging. Weiter wird ein großer Teil der Schuld des Konsumrückganges auf die Antialkoholbewegung, die hier großen Umfang angenommen habe, zurückgeführt. Der Bericht begrüßt es freudig, daß sich eine Interessengemeinschaft gebildet hat, die diese unbedingten, weit über jedes vernünftige Maß hinausgehenden Angriffe gegen das Bier energisch bekämpft. Die Brauerei hat versucht, für den Absatzrückgang auswärts neue Abnehmer zu suchen, doch stellt sich hier der Erfolg nur auf 15 1/2 Proz. des Rückganges. Zudem waren diese Bemühungen auch noch mit Kosten verknüpft. Das Resultat des Geschäftsjahres ist, daß trotz der Bierpreiserhöhung keine Dividende zur Ausschüttung kommt. Tausend der Steuerkontingentierung wird das Braukapital den Verlust infolge des Konsumrückganges, durch die mittlerweile durchgeführte direkte und indirekte Preis-erhöhung doch wieder ausgleichen.

Im zweiten Vierteljahr 1910 wurden im norddeutschen Brauereigebiet in den Brauereien verbraucht 23 464 Doppelzentner Weizenmalz (davon in Preußen 23 129) und 1 643 865 Doppelzentner (1 204 649) anderes Malz. An Zuckerkstoffen 32 604 Doppelzentner (26 500) verwendet. Vergestellt wurden 1 421 544 Hektoliter (1 168 823) obergäriges und 7 907 900 Hektoliter (5 598 567) untergäriges Bier. Das steuerpflichtige Gesamtgewicht der verwendeten Braustoffe betrug 1 689 059 Doppelzentner (1 245 215). Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1910 wurden einschließlich der für das erste Vierteljahr nachträglich eingegangenen Verrechnungen 54 259 Doppelzentner Weizenmalz, 3 621 098 Doppelzentner anderes Malz und 73 705 Doppelzentner Zuckerkstoffe in den Brauereien verbraucht. Vergestellt wurden 3 091 558 Hektoliter obergäriges und 17 141 558 Hektoliter untergäriges Bier. Das steuerpflichtige Gesamtgewicht der verwendeten Braustoffe betrug im ersten Halbjahr 3 712 718 Doppelzentner.

Glänzende Aussichten — für die Aktionäre.

Die in Gränitz abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Bohringer Hüttenvereins Kameh-Friede beschloß, das Aktienkapital um 16,6 Millionen Mark — 20 750 000 Frank durch Ausgabe von 41 500 Stück neuen Aktien à 500 Frank, mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1911 zu erhöhen.

Die Verwaltung erwartet von den großen Vorteilen, welche die Angleichung der Jahre Viktor für die Gesellschaft verspricht, auf die Dauer nicht nur eine wesentliche Steigerung der Betriebsgewinne, sondern glaubt auch, daß sie bezüglich der weiteren Ausnützung der Konjunktur in der Eisengroßindustrie mit ersten Konkurrenzwerken unbedingt in Wettbewerb treten kann. Nach weiteren Mitteilungen der Verwaltung ist die Beschäftigung der Werke gut, die Spezifikationen gehen befriedigend ein. Der Vorsitzende erklärte, daß das Jahresergebnis von 1909/10 die Verwaltung berechtigt hätte, die Verteilung einer höheren Dividende als 10 Proz. vorzuschlagen, sie habe es aber für richtiger befunden, das Disagio auf die Obligationenausgabe auf einmal abzubauen und gleichzeitig die außerordentlichen Abschreibungen weitestlich zu erhöhen. Da im laufenden Geschäftsjahre derartige besondere Aufwendungen nicht vorausgesehen seien und außerdem die Ergebnisse der abgerechneten ersten drei Monate jense des Vorjahres um etwa 30 Proz. übersteigen, rechnet die Verwaltung auch für das erhöhte Aktienkapital wiederum mit einem günstigen Jahresergebnis.

Bankrott in England. Alljährlich wurde die Charing Cross Bank in London in Konkurs erklärt. Nach den letzten Meldungen betragen die Verbindlichkeiten der zusammengebrochenen Bank ungefähr 50 Millionen Mark, denen im günstigsten Falle 30 Millionen Mark an Aktiven gegenüberstehen werden.

Vom Stahlmarkt. Die Gesamteinnahmen der United States Steel Corporation im dritten Quartal betragen nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten 37 865 000 Dollar gegen 40 171 000 Dollar im zweiten Quartal 1910 und 38 247 000 Dollar im dritten Quartal 1909. Die Reineinnahmen stellten sich auf 31 049 000 Dollar gegen 33 851 000 Dollar im zweiten Quartal 1910 und 30 855 000 Dollar im dritten Quartal 1909. Das Quartalsüberschuss nach Abzug der Zinsen, Dividenden und besonderen Rückstellungen beträgt 8 578 000 Dollar gegen 6 410 000 Dollar im zweiten Quartal 1910 und 2 155 000 Dollar im dritten Quartal 1909.

Der Auftragsbestand Ende September 1910 belief sich auf 8 158 000 Tonnen gegen 4 258 000 Tonnen Ende Juni 1910 und 4 797 000 Tonnen Ende September 1909.

Aus der Frauenbewegung.

Die Kochliste als Lösung der sozialen Frage.

In der Stadt Wissa i. Posen tagte vom 10. bis 12. Oktober der Ostpreussische Frauentag. Neben Referaten über die "Anstiedelungspolitik" und über die "ländliche Fortbildungsschule" wurde auch

über "Schulspeisungen" gesprochen. Der Ostpreussische Frauenverein hatte Fröhenbogen an 612 Ortschaften geschickt. Die Einwohnerzahl der antwortenden Gemeinden (in der Provinz Posen) betrug 829 757, darunter 101 158 Schulkinder. Kein erstes Frühstück erhielten 4917 Kinder; Kaffee und Brot bilden das Mittagessen für 2071 Kinder; alkoholfreie Getränke (Bier und Schnaps) genossen 7200 Kinder. Daß ein so hoher Prozentsatz schulpflichtiger Kinder Bier und Schnaps erhält, erklärt sich aus den besonderen Verhältnissen der östlichen Provinzen. Dort spielt der Alkohol leider immer noch eine sehr große Rolle, aus Dummheit und Gewohnheit geben die Eltern auch ihren Kindern Schnaps und Bier. Anders liegen die Verhältnisse dort, wo die sozialdemokratische Aufklärung eingedrungen ist. Aufgeklärte Eltern wissen, daß ein Kind unter keiner Bedingung Alkohol erhalten darf; daß sie mit Alkohol dem Körper ihres Lieblingsschleichen Gift zuführen.

Die erschreckenden Bilder der Enquete wurden von einer Rednerin auf die Unkenntnis der unteren Volksschichten über Kinderernährung und Erziehung zurückgeführt; eine Frau von Bismark wünschte aber, daß die Kochliste mehr Eingang in den unteren Volksschichten fände, damit die Kinder ihr warmes Frühstück haben, auch wenn die Mütter frühzeitig arbeiten gehen müßten. Eine verbüßende einfache Lösung der sozialen Frage. Da zerbrechen sich die Gelehrten die Köpfe und niemand denkt an die Kochliste. Ja: Rindfleisch und Blumen ist ein schön Gericht. Doch, meine Herren, ist frugt man nicht, sagt Reuter. Die Kochliste ist wirklich etwas schönes, nur schade, daß man dazu auch etwas zum Kochen haben muß. Die 7000 Kinder, die entweder kein Frühstück oder kein Mittagessen erhalten, müssen hungern, weil in der göttlichen aller Weltordnungen die Eltern nicht einmal soviel verdienen, um ihre Familie sattmachen zu können. Ihnen ist mit schönen Redensarten und Enquetes nicht gedient. Was die armen Würmer brauchen, ist eine gutdurchgeführte Schulspeisung auf Kosten des Staates. Eine Schulspeisung für alle Kinder, damit der Eintritt nicht das Odium der Wohlthat anhaftet. In diesem Kampf werden wir aber schmerzlich auf die Mithilfe von Frauen rechnen können, die eine Lösung dieser wichtigen Frage in der Kochliste sehen. Diesen Kampf wird die Arbeitererschaft allein führen müssen und die Proletarierinnen sind dazu berufen, hier reformierend zu wirken.

Der erste deutschamerikanische sozialistische Frauentag, der in Hoboken stattfand, war von etwa 80 Delegierten besucht. Auf Antrag des Deutschen Agitationskomitees in New York, das nach kurzer Tätigkeit bereits über erhebliche Erfolge berichten konnte, wurde die Schaffung einer Frauen-Zentrale im Anschluß an das Komitee beschlossen. In der Stimmrechtsfrage wurde das Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen abgelehnt und gegen die Haltung der New Yorker Genossinnen (Teilnahme an der Maidemonstration und gleiche Absicht für die geplante Oktoberdemonstration der bürgerlichen Frauen) protestiert. Schließlich beschloß man Bestämpfung der religiösen Denkwerte durch Verbreitung von Aufklärung und Fernhaltung der Kinder von den Kirchenschulen. Die nächste Konferenz wird nächstes Jahr in Elizabeth bei New York stattfinden.

Lesende.

Wilmersdorf-Halensee. Der Lesabend der Frauen fällt der Wahl-agitation wegen in diesem Monat aus.

Gerichts-Zeitung.

Zur Rechtfertigung des Gefindes.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III stand unter der Anklage der Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Beleidigung am Montag die Bankiersfrau Helene Pollack, Fabianenstraße 32. Sie soll ihr Dienstmädchen häufig mit verfluchter Kanaille, altes Koh, Rindvieh und dergleichen Liebenswürdigkeiten aus dem Hofschaf der besseren Gesellschaft belegt haben. Am 9. Juni schlug sie das Mädchen, zerriß dabei die Bluse des Mädchens und als dies erklärte, sie wolle zur Polizei, verbot sie ein Fortgehen und schloß das Mädchen ein. Das Mädchen rief nun aus dem Fenster um Hilfe und bat, die Polizei telefonisch um Hilfe zu rufen. Der Bitte wurde stattgegeben. Ein Schutzmann erschien, befreite das Mädchen aus ihrer Gefangenschaft, hörte deren mit der Anklage übereinstimmenden Klagen an und stellte auch fest, daß nicht nur die Bluse zerrißen sondern auch der Arm des Mädchens offensbare Spuren körperlicher Mißhandlung trug. Zwei Mädchen befanden außer der Ribhandelsten die Schimpfworte und Hülserufe. Der Staatsanwalt beantragte acht Tage Gefängnis wegen Freiheitsberaubung, einen Tag wegen Körperverletzung und zehn Mark Geldstrafe wegen Beleidigung. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Seine Klientin sei eine Dame aus der besseren Gesellschaft. Ihr sei nicht zuzutrauen, daß sie die ihr zur Last gelegten Worte gebraucht habe. Die Belastungszeugen sei ungläubwürdig, zumal sie in ihrem Dienstvertragszeugen geändert habe. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Aussage des Dienstmädchens ja durch die der anderen Zeuginen und zweier Schutzleute unterstützt werde. Das Gericht kam dennoch zu einer Freisprechung. Die Sachlage halte es nicht für aufgeklärt. Beleidigungen seien freilich gefallen, es mögen auch geringe Tätlichkeiten vorgekommen sein. Hier stehe aber der Angeklagten der § 11 der Gesinnsordnung zur Seite, der besagt: "Reizt das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genug-tuung/fordern".

So von Rechts wegen! Und das, wiewohl das indirekte Schimpf- und Bückigungsrecht des § 77 der altpreussischen Gesinnsordnung spätestens durch Art. 95 des Einführungs-gesetzes zum V. G. B., zum mindesten seit dem 1. Januar 1900 beseitigt ist. Es geht doch nichts über preussische Gerechtigkeit. Vor hundert Jahren meinte Minister Suarez, eine ausdrückliche Einführung eines Prügelrechts sei nicht erforderlich, da das richterliche Ermessen doch stets zugunsten der Herrschaften ausfallen werde. Der Mann hat recht. Die aus der Zeit der Erbuntertänigkeit stammenden Gesinnsordnungen werden auch in den ausdrücklich beseitigten Vorschriften noch heute angewendet. Wer zweifelt noch daran, daß Klassenjustiz in Preußen unmöglich ist und daß die preussische Gesetzgebung an der Spitze der Kultur steht?

Die Landarbeiter "befähigt" werden.

Vor der Posener Strafkammer hatte sich der Gutspächter Johann Bickowski aus Selzer, Provinz Posen, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Dieser kleine Agrarier hat seinem Gefinde im Mai dieses Jahres das Fleisch eines verendeten Kalbes und in den Monaten Februar, März und Mai das Fleisch von drei an Rotlauf kranken Ferkeln zum Mittagessen vorgelegt. Die Anzeige erfolgte vom eigenen Personal, das das verdorbene Fleisch essen mußte. Bloß 50 Mark Strafe braudt der betriebliche Agrarier für sein Vergehen zu zahlen, da das Gericht nur "jahrslängige" Nahrungsmittelverfälschung als erwiesen an-ah.

Inseratenteil verantw.: Th. Vlodz, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Prozeß Bruhn und Genossen.

Dritter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Lampe gibt Sachverständiger Dr. Liman (geb. Sally Lippmann) zunächst sein Gutachten über die sechs Nummern der „Wahrheit“ ab, die nachträglich auf Antrag des Angeklagten Wilhelm Bruhn der Prüfung des Sachverständigen überwiesen worden sind. Das Gutachten ging im allgemeinen dahin, daß gegen die Leitartikel Theaterkritiken, und Besprechungen dieser Nummern in der Form nichts einzuwenden sei. Die „Streiflichter“ stellen teilweise kleine Pikanterien für Kenner dar. In diesen kleinen Sachen liegt eine Art künstlerischer Kraft; eine andere Frage sei es allerdings, ob sich die künstlerische Kraft nach der richtigen Seite gewandt hat. Die kleinen Artikel machen vielfach Abweisung auf das Gebiet der persönlichen Pikanterien. Der unerfreulichste Artikel sei derjenige, der die Arbeitsverhältnisse im Hause Jandorf bespricht. Im Vordergrund stehen bei diesem Artikel die persönlichen Verhältnisse des Herrn Jandorf. Bei einzelnen Artikeln habe man den Eindruck, daß die Informationen vielfach von einer Prozeßpartei gegeben sind, die einen Prozeß verloren hat bzw. zu verlieren glaubt und dann zur „Wahrheit“ rennt und ihrem beschworenen Herzen Luft macht. Unter den vielen Artikeln, die der Sachverständige in mehr als einleitender Vortrage ihrem Inhalte nach bespricht, erregt ein solcher große Heftigkeit, der die „Reichensaktionen in der Charta“ bespricht und behauptet, daß dort von Juden überhaupt nicht feziert werde. — Rechtsanwält Dr. Rederer und Angekl. Bruhn halten die abfällige Kritik des Sachverständigen über den Jandorf-Artikel doch nicht ganz gerechtfertigt. Sie weisen darauf hin, daß nicht die „Wahrheit“, sondern Leo Leipziger zuerst die Beziehungen des Hauses Jandorf zu einem Freier auf Tapet gebracht habe. — Staatsanwalt Leisering stellt noch einige Fragen an Dr. Liman. Er weist auf die verschiedenen Artikel hin, in denen doch immer persönliche Epochen sich vordrängen, auf die Pikanterien, die besonders gepflegt werden und auf den Inhalt des Briefkastens und bittet den Sachverständigen, alle diese Punkte für sein Gutachten über den Charakter der „Wahrheit“ zu bewerten. — Dr. Liman: Notizen im Briefkasten seien eigentlich für Dritte immer unverständlich und deshalb belanglos. In sich könne man aus solchen Briefkastennotizen gar nichts folgern. Was die Pikanterien für Kenner betrifft, so sei es ja doch selbstverständlich, daß jemand, der das Nachleben schildern will, auch Typen verwendet, die von den Kennern als ganz bestimmte Persönlichkeiten erkannt werden. Solche Pikanterien finde man in französischen Blättern sehr viel, ohne daß daraus able Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Heranziehung persönlicher Momente in die Artikel sei natürlich sehr übel und unerfreulich, sie sei wohl dadurch zu erklären, daß ein trockener, sachlicher Stoff interessanter gestaltet werden soll. Das Publikum hat aber auch schuld daran, weil es solchen Klatsch besonders interessant findet. Wie weit und ob dieser Klatsch den Artikeln hinzugefügt ist, um andere Zwecke zu verfolgen, wird Sache der Beweisführung sein. Er habe lediglich aus der Beketheit der Artikel diesen Eindruck nicht gewonnen. — Nach Verlesung des Artikels „Die Liebe und die Arbeitsverhältnisse im Hause Jandorf“ gibt Dr. Liman auf Eruchen des Vorsitzenden sein Gutachten zusammenfassend dahin ab: Die politischen Artikel machen einen ruhigen, objektiven Eindruck. Der Angeklagte Wilhelm Bruhn sei zweifellos bestrebt, der Politik seiner Partei gerecht zu werden. Was die Artikel aus dem sozialen Leben betrifft, so glaube er, daß der Herausgeber sein Programm darin hochhält, aber die Artikel seien vielfach zu mißbilligen, mit denen er zu seinem Ziele zu gelangen sucht. Daß die „Geschichten aus der Lebwelt“ mit Rücksicht auf Erlangung von Inseraten geschrieben seien, sei nicht anzunehmen, denn beispielsweise werde „Herr von Prittwitz“ oder „die schwarze Geste“, die darin genannt werden, kaum zu Aufgabe von Inseraten geeignet erscheinen. Im ganzen könne man sagen: Auf der einen Seite ist die in der „Wahrheit“ vertretene Politik eine national gerichtete und ernsthafte. In scharfem Gegensatz dazu steht auf der anderen Seite das Eindringen in den Sumy der Lebwelt, welches eine abschreckende Wirkung auf das Publikum nicht ausüben kann. Dieser Gegenstand läßt sich aber gar keine Gründe hinüber. Die dritte Seite sei die Korruption. Wenn ein Kampf gegen Warenhäuser und Spielhöllen geführt wird, so könne das keine übernehme, es frage sich nur, ob dieser Kampf in der richtigen Weise geführt wird. Bei vielen Artikeln kann man es bejahen, bei einzelnen müssen Bedenken aufsteigen. Weil diese Artikel vielfach einen persönlichen Einschlag haben, deswegen wird wohl das große Interesse des Publikums erregt. Die „Wahrheit“ gilt im Publikum als ein Sensationsblatt und ist es auch, weil die persönlichen Verhältnisse in den Artikeln stark hervorgehoben werden. Die Frage, ob irgendwelches Expressionsbedürfnis aus den Artikeln hervorleuchte, könne er nur verneinen. Er könne nicht sagen, daß die von ihm geprüften Artikel darauf hindeuten, daß es sich um ein Revolverblatt handelt, auch der Jandorf-Artikel nicht, denn der Inhalt müßte Herrn Jandorf doch gegen abbrechen, mit der „Wahrheit“ irgendwie in Verbindung zu treten. Von den Verteidigern wird darauf hingewiesen, daß die gesamte deutsche Presse solche Zustände aus den Nachfolgenden usw. nicht behandelt; der lokale Teil werde nur referierend behandelt, und deshalb sei ein Bedürfnis für ein Blatt wie die „Wahrheit“ vorhanden. Auf zahlreiche Kreuz- und Querfragen der Verteidiger erklärt der Sachverständige u. a., daß es Methode der „Wahrheit“ sei, lieber die

stelle. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt stellt den Antrag, den Zeitungsverleger Friedr. Worschmann, Thomafußstr. 27, als Zeugen zu laden. Zu diesem habe sich Bruhn, als er die „Wahrheit“ begründen wollte, ausdrücklich über die Tendenzen, die das Blatt verfolgen solle, ausgesprochen. — Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer I bittet, im Interesse seiner beiden Klienten, die Verhandlung lediglich darauf zu

beschränken, ob Straftaten begangen sind. Die Erregung des Angeklagten W. Bruhn sei zu begreiflich, aber es handle sich doch lediglich darum: sind Erpressungen begangen worden oder nicht? Ob die „Wahrheit“ ein Sensationsblatt ist oder nicht, sei doch ganz gleichgültig. Wir kommen ja schließlich ins Uferlose und kommen gar nicht zu Ende. — Vors.: Eine Trennung der Sachen ist natürlich nicht möglich. Ist der Hauptangeklagte Bruhn nicht schuldig, so erhebt sich die Freisprechung der Mitangeklagten von selbst. Deshalb müssen alle diese Dinge eingehend besprochen werden. Uebrigens wird der Umfang der Hauptverhandlung und was zur Sache gehört, von dem Gerichtshof bestimmt. Wir gehen nicht ins Uferlose. Das ist eine ganz unangemessene Redewendung.

Auf eine Frage des Staatsanwalts Leisering, ob es nicht unangehörig sei, daß ein Redakteur zugleich Kanoniken-Redakteur sei, erwidert Dr. Liman, daß dies bei großen Zeitungen wohl nicht vorkomme, bei kleineren Zeitungen und Wochenblättern sei dies aus Rücksichten auf den beschränkten Etat möglich. Der als Zeuge vernommene Annoncen-Akquisiteur Plagitz hat für die „Wahrheit“ Inserate gesammelt. Er bekundet, daß ihm die Weisung gegeben sei, alle möglichen Firmen und auch die Warenhäuser zu besuchen, mit Ausnahme von Rieg und Wertheim. Im allgemeinen sollten solche Firmen nicht besucht werden, gegen die Angriffe erfolgt seien.

Der Zeuge, Redakteur und Parlamentsjournalist, Phoebus Werlowitz soll darüber ausfragen.

ob die „Wahrheit“ in Journalistenkreisen als Revolverblatt bekannt sei. Er bekundet: Er sei Leiter eines parlamentarischen Bureaus, das Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen Parlamentsberichte liefert. Daher stehe er im ständigen geistigen und beruflichen Verkehr mit zahlreichen Kollegen. Daß Herr Bruhn Schmiergelder empfangen, habe er nie gehört. Dagegen habe er aus gelegentlichen Unterhaltungen mit Kollegen, auch von solchen, deren politische Gesinnung der Bruhnischen nahestehe, immer den Eindruck gewonnen, daß man die „Wahrheit“ als ernstes politisches Blatt und Bruhn als „Preßmensch“ in Verachtung ablehne. Tatsachen auf Grund deren man die „Wahrheit“ als „Revolverblatt“ bezeichne, kann der Zeuge nicht angeben. Auf Befragen erklärt der Zeuge: er verstehe unter einem Revolverblatt nicht nur ein Blatt, welches zweifellos und bewußt zu erpresserischen Zwecken begründet sei, sondern auch ein Blatt, das indirekt die Nötigung ausübt in der Weise, daß Leute, die, wie man sagt, Butter auf dem Kopfe haben, nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden wollen und glauben, es mit der „Wahrheit“ nicht verderben zu dürfen. Die Artikel und ihre ganze Anmachung seien doch nicht darauf berechnet, möglichst viele Leser heranzuziehen, sondern auf ganz bestimmte Kreise einzuzahlen. — Angekl. Bruhn hat, wie der Vorsitzende dem Zeugen vorhält, dagegen geltend gemacht, daß dieser Zeuge voreingenommen sei, weil er früher Jude gewesen und auf entgegengelegtem politischen Standpunkt wie er stehe. Der Zeuge bestreitet diese Ausführungen des Angekl. Bruhn als unzutreffend. — Auf Antrag des Angekl. Bruhn wird über dasselbe Thema der Journalist Döring vernommen. Er gibt an, daß er Bruhn seit acht Jahren kenne und Mitarbeiter der „Wahrheit“ sei. Er schreibe politische Leitartikel für das Blatt. Er gibt der „Wahrheit“ das Zeugnis, daß sie ein deutsch-nationales, regierungsfreundliches Wochenblatt sei, ein bemerkenswertes Gegengewicht gegen die demokratische und sozialdemokratische Lasterpresse. Bei dem ihm bekannten Charakter Bruhns halte er es für ausgeschlossen, daß derselbe Artikel veröffentlichte, um in erpresserischer Weise Inserate zu erlangen. Der Zeuge erklärt es ferner für unwahr, daß man aus der Journalistentribüne des Parlaments von Bruhn „abrade“.

Zwei Zwischenfälle.

Nach kurzer Pause erklärt der Vorsitzende: Es ist vorhin hier meinerseits eine Äußerung gefallen, bei welcher ich dem Herrn Rechtsanwalt Julius Meyer gegenüber den Ausdruck „unangemessen“ gebrauchte. Ich will erklären, daß dieser Ausdruck wohl etwas zu scharf war. — Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer: Ich danke für diese Erklärung und kann gleichzeitig meinerseits erklären, daß es mir völlig ferngelegen hat, die Prozeßführung des Herrn Vorsitzenden einer Kritik zu unterziehen.

Staatsanwalt Leisering: Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Redakteur Schweizer (von der „Frankfurter Zeitung“), der hier ein Kraftschreiben eingereicht hat, jeden Tag auf der Tribüne zu finden sei. Ich habe die Wichtigkeit dieser Mitteilung durch zwei Polizeibeamte feststellen lassen und beantrage nunmehr die Aufhebung des Beschlusses, nach welchem Schweizer vom Erscheinen entbunden ist, und Herrn Schweizer nochmals zu laden. — Auf einen Hinweis des Vorsitzenden, daß dem Sachverständigen das ganze in den drei Verhandlungstagen vorgebrachte Material nochmals vorgelegt werden müßte, zieht Staatsanwalt Leisering den Antrag aus Zweckmäßigkeitsgründen zurück.

Weitere Ansätze einiger Antisemiten über Bruhn.

Der hierauf vernommene Rechtsanwalt Dr. Max Hahn bekundet: Er sei Schwiegersohn des verstorbenen Redakteurs Dodo Müller und sei Besitzer von Anteilscheinen der „Staatsbürger-Zeitung“, G. m. b. H., in Höhe von 10000 M. gewesen. Als Dodo Müller sich wegen Krankheit von der Leitung zurückzog, wurde Bruhn Geschäftsführer. 1906 schied W. aus. Zwischen ihm (Zeugen) und Bruhn haben ständige Gegenstände bestanden, weil Bruhn doch nur für die verteilungssachen und kaufmännischen Dinge angestellt war und er meinte, auch politisch die Direktion geben zu können. Er habe aus diesen Gegenständen heraus schon einmal den Antrag auf Absetzung des Bruhn gestellt gehabt, weil er die „Staatsbürger-Zeitung“ in ein radikales Fahrwasser hinüberleitete. Es war kein rein sachlicher Ton mehr in der Zeitung, die ganze Tendenz war persönlich geworden. Falsch ist die Behauptung, daß die Differenzen aus finanziellen Dingen entstanden seien. Der innere Grund war, daß die früheren Gesellschafter mit dem Ton und der Haltung nicht einverstanden waren. Das Verhältnis war auf die Dauer nicht mehr zu halten, es wurde gekündigt. Ueber die „Wahrheit“ kann ich nichts sagen. — Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge, daß er keinen Anhalt dafür habe, daß Bruhn erpresserische Handlungen begangen könne. Während seiner Tätigkeit bei der „Staatsb.-Ztg.“ seien ihm solche Handlungen nicht bekannt geworden. Er könne ferner nichts ausfragen, daß seiner Meinung nach Bruhn sehr brutal und egoistisch sei.

Der nächste Zeuge ist der Schriftsteller Plad-Podgorzki. Vors.: Sind Sie derselbe Mann, der kürzlich in Magdeburg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er den Tierarzt Stieber beschuldigte, der Mörder der Hedwig Ritche zu sein? — Zeuge Plad: Derselbe bin ich. Ich habe dem Tierarzt nahe gelegt, die Sache durch Selbstmord zu lösen. (Heiterkeit.) — Vors.: Na, das ist doch eine komische Zumutung. In der Verhandlung soll doch für den Mann ein tadelloser Alibibeweis geführt worden sein. — Zeuge: Ich bin nur auf Grund des § 186 verurteilt worden und müßte ja natürlich

aus rechtlichen Gründen verurteilt werden, die Herren hier kennen ja das Strafgesetz ebenso gut wie ich. (Heiterkeit.)

Verhältnis des Ministers Miquel zu den Antisemiten.

Rechtsanw. Dr. Rederer: Von anderen Vorstrafen wollen wir hier absehen, aber ich mache darauf aufmerksam, daß der Zeuge seinerzeit wegen Verleumdung des Ministers Miquel zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. — Zeuge: Das ist so nicht richtig. Ich bin nicht wegen Verleumdung, sondern wegen Beleidigung gemäß § 186 verurteilt worden. Ich hatte damals ein Buch „Pharisäer und Heuchler“ herausgegeben, in welchem ich als Antisemit, der ich immer gewesen bin, gewisse Dinge zur Sprache brachte, durch die sich Herr Miquel beleidigt fühlte. Wenn hier dies angeführt wird, um meine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln, so betone ich hier, daß nach Verlesung meiner Strafe Miquel an mich herangetreten ist, um sich mit mir zu versöhnen. — Angeklagter Wilh. Bruhn springt empört auf und ruft mit lauter Stimme: Das ist eine Unwahrheit, eine Beleidigung und Schändung dieses Mannes. Wenn ich unter Eid stände, würde ich das Gegenteil behaupten. Ich habe Herrn von Miquel gewarnt, Ihrer Frau Unterthänigen zukommen zu lassen. Will der Zeuge dies auf seinen Eid nehmen? — Zeuge: Gewiß! Diese Entschuldigung ist von einem Manne eingeleitet worden, der schon früher Abgeordneter war wie Sie, nämlich von Herrn Videnbahl. — Bruhn (mit lauter Stimme): Was Sie sagen, ist mir höchst egal, das kann ich Ihnen sagen. — Zeuge: Umgekehrt ist's ebenso. Mich kann der Herr nicht einschüchtern. — Rechtsanwalt Dr. Rederer stellt fest, daß der Zeuge wiederholt Strafanzeigen gegen Bruhn erstattet hat, die alle ohne Erfolg geblieben sind. — Vors.: Nennen Sie den Angeklagten Bruhn näher? — Zeuge: Ich kenne ihn von der Zeit her, als er in die „Staatsbürger-Zeitung“ eintrat. Ich hatte bald herausgefunden, daß man der „Staatsb. Ztg.“ zu dieser Akquisition nicht beizustimmen konnte. — Vors.: Haben Sie Bruhn für einen Antisemiten gehalten? — Zeuge: Ja, aber mit sehr geschäftlichem Einschlag. — Vors.: Sie haben auch einmal behauptet, Bruhn habe den Oberleutnant Freitag betrügerischerweise um 88 000 Mark geschädigt. Wie kamen Sie dazu? — Zeuge: Die „Staatsb.-Ztg.“ war doch vollständig verfauldet. Wenn dann doch jemand überredet wird, als Teilhaber einzutreten, so sind doch die Voraussetzungen des Strafparagrafen gegeben. Ich habe Bruhn heftig angegriffen und beleidigt, er ist aber nie mit einer Beleidigungsklage gegen mich vorgegangen. Seinen Wählern hat er aber öffentlich versprochen, nach seiner Rückkehr nach Berlin mit mir Abrechnung zu halten. — Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß die „Wahrheit“ auf Erpressung ausgeht? — Zeuge: Positive Tatsachen kann ich nicht angeben, aber Schlässe kann ich doch ziehen. — Vors.: Wollen wir diese Erörterungen mit anhören? Allseitige Zurufe: Nein! Nein! — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Brodke: Sie haben bei Ihrer Vernehmung u. a. ausgelegt, daß das Blatt nur den Zweck habe, durch Standal Geld zu erwerben. Haben Sie hierfür Beweise? Zeuge: Direkt nicht. Aber es ist doch klar: Bruhn lag auf der Straße und mußte einen Erwerb suchen. Wenn die Situation günstig gewesen wäre, hätte Bruhn sich auch wohl besonnen, ein demokratisches Wochenblatt herauszugeben. Vors.: Wissen Sie denn, wie die Inserate der Nachfolgenden zustande gekommen sind? Zeuge: Ich weiß aus einem Spezialfall, daß Dietrich im Gespräch mit Bruhn einmal gesagt haben soll: die großen Leute müssen sich alle in der „Wahrheit“ gegen „Brandtschaden versichern“.

Es folgen dann längere und teilweise sehr heftig ausfallende Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und Wilhelm Bruhn über den Fall Israel. Es handelt sich darum, ob zu der Zeit, als dieser Fall in Rollen kam, in der „Staatsb. Ztg.“ ein Inserat Israels veröffentlicht worden ist. Eine Äußerung des Zeugen Plad geht unter anderem dahin, daß seinerzeit keine Zeitung in Berlin einen Bericht über den Straffall Dhm-Israel gebracht habe. So weit reiche der Einfluß des Hauses Israel. — Sachverst. Dr. Liman: Der Zeuge behauptete soeben: So weit reiche der Einfluß des Hauses Israel, daß die Zeitungen nichts von der Verhandlung brachten. Sie sagen also implizite, daß die gesamte Presse durch Israel gekauft sei. Halten Sie das aufrecht? — Zeuge Plad: Bestehen nicht, aber ich könnte Fälle nennen, wo — — — Sachverst.: Ich will keine Fälle wissen, sondern eine konkrete Antwort haben. — Zeuge antwortet mit lauter Stimme, indem er auf große Inserate hinweist, die in den Zeitungen erscheinen usw. — Vors.: Schreiben Sie vor allen Dingen nicht so, wie sich hier nicht taub. — Angekl. Wilhelm Bruhn: Der Zeuge hat sich die Behauptung über mich aufgestellt: Vom Lebenden hat er gefressen, und den Toten dafür noch angegriffen. Da muß ich doch beantragen, den fraglichen Artikel: „Vom toten Israel und dem lebenden Schillen“ zu verlesen. — Zeuge Plad: Meinnetwegen brauchen Sie den Artikel nicht zu verlesen. — Vors.: Nein, Jdretwegen nicht, solch wichtige Persönlichkeiten sind Sie nicht. (Heiterkeit.) — Das Gericht beschließt die Verlesung des Artikels.

Auch Ahlwardt will vernommen werden.

Landgerichtsdirektor Lampe teilt hierauf mit, daß schon wieder eine Zulassung bei dem Gericht eingegangen sei, welche diesmal von dem „Freideutschen Bund“ herrühre. Dieser teilt mit, daß in der Presse eine Notiz erschienen sei, nach welcher der Rektor Ahlwardt ebenfalls als Zeuge in dieser Sache geladen sei. Der „Freideutsche Bund“ halte sich „aus heiter vaterländischer Gesinnung“ verpflichtet, die Adresse seines „berehrten Ehrenvorsitzenden“ Ahlwardt mitzuteilen. Die Verlesung dieses Schriftstücks rufe allgemeine Heiterkeit hervor, da weder dem Gericht, noch dem Staatsanwalt oder den Verteidigern etwas von der beabsichtigten Ladung des Herrn Ahlwardt bekannt ist.

Die jüdischen Inserate in der „Wahrheit“.

Der Zeuge Inseratenakquisiteur Simon Strauß bekundet: In der „Wahrheit“ waren eine Anzahl gefälliger Artikel gegen Professor Moritz Meyer erschienen. Dieser befragte sich bei mir darüber und sagte, es würde ihm dadurch unmöglich, eine Position in Berlin zu erhalten und ob ich ihm nicht helfen könne. Ich erwiderte, daß ich einen bekannten Inseratenakquisiteur bei der „Wahrheit“ hätte, der vielleicht einmal mit Bruhn sprechen würde. Nach zwei Tagen teilte mir dieser Bekannte mit, daß ihm Bruhn gesagt habe, er habe gerade keinen Finanzschriftsteller, Prof. Meyer solle doch Finanzartikel für ihn schreiben. Ich rief Professor Meyer, er solle diese schreiben, dann würden die Angriffe schon aufhören. Ob Artikel geschrieben sind, weiß ich nicht. — Vors.: Sie haben nur einmal dem Zeugen Weinert gegenüber eine Mitteilung über die Herkunft von Inseraten gemacht? — Zeuge: Bei einer Zusammenkunft von Kollegen sagte jemand, der die „Wahrheit“ mitbrachte und auf die Inserate hinwies, es wären lauter Inserate von jüdischen Wirten und sehe aus wie ein solcherer Mittagstisch —: „Seht Kinder, so müßt Ihr arbeiten!“ Ich sagte darauf: Das können wir nicht, diese Inserate werden mit dem Bedeuten geholt. — Auf Befragen der Rechtsanwält Dr. Schwindt und Dr. Rederer erklärte der Zeuge, daß er positive Angaben, wie er zu dieser Äußerung gekommen sei, nicht mehr machen könne.

Inseratenagent Weiner bekundet im allgemeinen, daß ihm von den beiden Geschädigten Bruhn die Anweisung gegeben worden sei, solche Firmen zur Erlangung von Inseraten nicht zu besuchen, gegen welche Angriffe in der „Wahrheit“ erschienen waren. Der Zeuge entsinnt sich eines Vorfalls mit dem Professor Meyer, wie ihn der Vorgezogene geschildert, überhaupt nicht. Eine solche Äußerung, wie sie ihm Strauß in den Mund gelegt, habe er, wie er eidlich bekunde, unter keinen Umständen getan. — Der Zeuge

Tendenz der „Wahrheit“ und die Berechtigung, sie als Sensationsblatt zu bezeichnen, kommt es zu längeren Auseinandersetzungen, bei welchen der Angeklagte Wilhelm Bruhn sehr erregt wird. — R. A. Jul. Meyer I fragt den Sachverständigen Dr. Liman, ob nicht die kleinen Pikanterien einen künstlerischen Wert und auch ihre gewisse Berechtigung haben. Solche Dinge seien aus Frankreich zu uns herübergekommen, wie z. B. auch Skizzen, wie sie im Residenz-Theater gegeben werden. — Dr. Liman: Diese kleinen Artikel haben allerdings einen gewissen literarischen Wert, sie sind zum Teil sehr fein herausgearbeitet. Diese Feststellung hat aber nichts mit der unmoralischen Seite zu tun. — Angekl. Wilh. Bruhn betont, daß die Lebemannsdriebe seit dem Ausscheiden Dietrichs sich sehr abgeschwächt haben und zwar auf sein dringendes Betreiben. Im übrigen verlangt er sehr lebhaft die Verlesung eines Artikels „Küchenerinnen im Warenhause Wertheim“, den der Sachverständige unter anderem als dem Sensationsbedürfnis entspringend bezeichnet hatte. Der Angeklagte verbleibt trotz aller Vorhaltungen bei seinem Antrag, da er entschieden bestreitet, daß die „Wahrheit“ lediglich ein Sensationsblatt sei. Er müsse auf Vernehmung bestehen, denn in der Anklage werde angeführt, daß die „Wahrheit“ sich von einem Sensationsblatt zu einem Revolverblatt entwickelt habe. Da müsse er doch nachweisen, daß die Voraussetzung nicht zutrifft und er kein Sensationsblatt herausgegeben habe. — Vors.: Dann könnte man am Ende auch zu der Schlußfolgerung kommen, daß die „Wahrheit“ von Anfang an ein Revolverblatt gewesen sei. Also: eine solche Schlußfolgerung könnte sich dann vielleicht auch hervordrängen. — Der Artikel „Küchenerinnen im Warenhause Wertheim“ wird verlesen. — Rechtsanwalt Dr. Rederer sucht die Erregung des Angeklagten dadurch zu erklären, daß in den „Deutschen Nachrichten“ gestern ein Artikel erschienen habe, der den Angeklagten Bruhn schon als schamlosen Erpresser, als Mann, der in elchastischer Weise Patriotismus und Sittenlosigkeit verkappte, hin-



**Strauß** bleibt bei seiner Behauptung. Ihm tritt Angell. Bilh. **Bruch** scharf entgegen. Professor Meyer habe schon eisdlich in Abrede gestellt, daß die Dinge sich so abgepielt haben, wie der Zeuge **Strauß** behauptet. Er wisse überhaupt nicht, wie **Strauß** dazu gekommen sei, als Zeuge aufzutreten. Er habe wohl den Drang in sich gefühlt, auch etwas zu sagen, als die allgemeine Hege gegen die „Wahrheit“ losging. Wenn Professor Meyer hier vernommen werde, dann werde sich die völlige Haltlosigkeit seiner Behauptungen erweisen. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Jul. Meyer

erklärt Zeuge **Weiner**, daß der Angeklagte **Paul Bruch** ihm niemals nahegelegt habe, zu solchen Äußerungen zu gehen, die in der „Wahrheit“ angegriffen worden waren. Hieran wird die Sitzung auf heute 9 Uhr vertagt.

**Eingegangene Druckschriften.**  
**Die Mutter.** Heft 10. Monatschrift für die Verbreitung anerkannter Gesundheits- und Erziehungslehren. Verlag G. Staude, Berlin W. 35. Pro Jahr 3 M.

**Geschicht der Jugereffe.** Roman von F. Wittels. Verlag von Egon Fleischel u. Co., Berlin W. 3 M.  
**Planeten-Platte.** Von W. Poed (Humor. Bd. 1). 50 Bl. J. Kad-lauer, Nürnberg.  
**Aus der Hinf.** Ein Wagnis an deutsche Männer von Th. Lemming. Ged. 1.50 M. Buzon u. Berder, Revelaeer (RSL).  
**Das goldene Buch vom Geschichtsleben für Gesunde und Kranke.** Von H. Henning. Verlag Reform (H. Müller), Stuttgart. 2 M.  
**Das Erbe.** Ein Zukunftsroman. Offener Brief an die Regierung von G. Schillipl. G. Pielsons Verlag in Dresden. 1 M.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
 Landsberger Viertel. (Bezirk 209.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Karl Lehnhardt** Landsberger Allee 123, gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Zentralverein aller in der Hut- u. Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
 Filiale Berlin.  
 Am 24. Oktober, abends zwischen 10-11 Uhr, wurde unser Mitglied, der Kollege **Hermann Nimz** auf dem Bahnhöf Zentralviehhof vom Zuge überfahren und getötet.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Giesemanns-Richthof in Niederhohenschulzen statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlämmer **Alfred Schöneberg** am 24. Oktober gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Markus-Richthofes in Wilhelmshagen aus statt.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter **Georg Willuweit** am 20. Oktober im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Tempelhofer Friedhofes aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 Die Bezirksverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Bruder und Schwager, der **Karl Eckert** am Montag, den 24. Oktober, im Alter von 41 Jahren verstorben ist.  
 Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Hermine Eckert** geb. Ellmann.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hummelshanger Gemeindefriedhofes, Südstraße, aus statt.

Nach nur zweitägiger Krankheit raffte der unerwartliche Tod einen unserer Besten und unserer Mitte; an seinem Geburtstag, den 24. Oktober ex., starb plötzlich an Herzschlag unser lieber Kollege, der Schlichter **Adolf Coccejus** im vollendeten 54. Lebensjahre.  
 Ein dauerndes ehrenvolles Gedächtnis wird ihm stets bewahren.  
 Das Personal der Norddeutschen Buchdruckerei.  
 Die Beerdigung findet statt am Freitag, nachm. 4 Uhr, auf dem alten Hühnerhof Kirchhof, Rudowener Straße (Winkel 47, 48 u. Säbelweg).

**Dankagung.**  
 Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes **Paul Titech** sage ich allen Freunden auf diesem Wege herzlichen Dank.  
**Witwe Pauline Titech**

**Dankagung.**  
 Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Bernhard Jost** sage allen, besonders dem Herrn **Waldner** für die kostbaren Worte am Grabe, dem Gesangsverein der Buchbinder, dem Ortskrankenkasse der Buchbinder, dem Gewerkschaftsverein, dem Wahlverein, der Landesversicherung, der Buchbinderinnung, den Anhabern und dem Personal der Firma **Riefenstahl, Jumps u. Co.** meinen innigsten Dank.  
 15525  
**Frau Helene Jost.**

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau, unserer unvergesslichen Schwester und Tochter **Martha Brietzke** sage ich hiermit allen Teilnehmern, insbesondere den Kolleginnen der Firma von der Heide und dem Gesangsquartett „Süd-Ost“ unseren tiefgefühlten Dank.  
**Otto Brietzke** nebst Verwandten.

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**  
**Wanderfahrten**  
 am Sonntag, den 30. Oktober:  
 I. Spandau-Riesensprung. Abfahrt: Lehrter Fernbahn 8.12 Uhr vorm.  
 II. Waldmannslust-Nordend. Abf.: Slett. Porzellanbahn 1.40 Uhr nachm. Gänge willkommen. 3/1  
 Einjährliche Programme bei Geysle, Bogenstr. 19, zu haben.

Die beste Küche für Hochzeiten finden Sie in den **Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin**  
 C. 54. Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10  
 Tel. III. 2763. Inhaber: **Paul Baatz.** Tel. VII. 3095.  
 20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen. 50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. 14941.

**Süd-Ost**  
**Konsumgenossenschaft 9. Abteilung**  
 Sonntag, den 30. Oktober, von 12-6 Uhr:  
**Waren-Ausstellung**  
 in Graumanns Festsälen, Rammstr. 27.  
 Anschließend: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.  
 107/5 Der Abteilungsleiter.

**Opium für! auf der Lippe**

**Kownoer** aus den Tabak-Fabriken  
**J. Goldfarb Preuss. Stangard**  
 gegründet 1839.  
 Tabac russe à priser, goût de Kowno.  
 Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.  
 Mastergütig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
 BERLIN, Leipziger Straße 92.  
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Bester Schuh-Putz**  
**SERVUS**  
 Ueberall zu haben in Dosen zu 10 u. 20 Pfennig  
 Fabrik: Lubszynski & Co. Berlin NO.

**Pelz-Stola-Verkauf**  
 zu hervorragend billigen Preisen!  
**Eigene Kürschnerei.**  
 an gros Riesenhafte Auswahl detail  
 ober **1000** Stolas von 8 Mark an  
 Colliers von 1,50 M. an  
 Echte Skunks-Stolas von 35 M. an.  
**Eile zu Weile**  
 Dresden Str. 119, Oranien-Platz.  
 Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

**Lebensunterhalt**  
 oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Private auf unserer erfindlichen Strickmaschine verdienen. Wir liefern Maschine mit 50 M. Anzahlung und bezugener Teilzahlung. Unterrichten gratis. 13225\*  
 — Streng reelles Unternehmen. —  
 Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Köln.  
 Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Wallstr. 90/91.

**Möbel auf Credit**  
 in bester Ausführung.  
**Möbel auf Credit**  
 vom einfachsten bis zum elegantesten.  
**Möbel auf Credit**  
 ganze Wirtschaften sowie einzelne Stücke.  
**Möbel auf Credit**  
 sowie Waren jeder Art.  
**Herren- u. Damen-Garderoben**  
 erhält man billigst bei  
**A. Kretschmann & Co.**  
 4 Koppenstr. 4 Ecke der Madal-Strasse Am Schloß Bahnhof.  
 Nächstes Credit-Haus der stillen Vororte.  
**Lieferung frei Haus.**

**Reste**  
 Damenstiche, schwarz und farbig, Contour-Stoffe, neueste Muster, Tricot-Stoffe, Heiden-Pusch, Hammock, Bräde etc.  
**Confection**  
 Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Costumes und Costumes in großer Auswahl.  
**C. Pelz,**  
 Kottbuserstr. 5.

**Schöne freundliche Wohnungen**  
 2 große Zimmer, Balkon, Küche, wasser- auch Kamin, sowie Bad, sehr billig sofort zu vermieten. 12592\*  
**Friedrichsstraße, Winkelstr. 3, 7** u. u. Stadtbahnhof Lichtberg.  
**Achtung! Eisen-, Metall- u. Revolverdreher! Achtung!**  
 Zum Besuch des Kollegen **Gauleich** in Gesellschaft treffen sich die Teilnehmer diesen Sonntag früh 8 1/2 Uhr am „Bahnhof Friedrichs-Str.“ (Uhr). Fahrt bis Lichtberg.  
 15308  
**Großes Russen**  
 erregt die enorm billigen Preise bei Schneidermeister **Martin Katz**, Dresden Str. 76, nahe dem Thalia-Theater. Fertig- und Winter-Garderobe nach Maß, aus besten deutschen und englischen Stoffen, prima Futter, garantiert tadelloser Sitz, erstklassige Verarbeitung. — Fertige Herren-Konfektion in gediegener Ausführung in großer Auswahl am Lager. — Kleinste Wochen- oder Monatsraten gern gestattet. — Vorzuziehen dieses Ausstatt. erhält 5 Prozent Rabatt. 11392\*

**Orts-Krankenkasse Friedenau.**  
 Auf Grund der §§ 49 und 50 des Krankenversicherungsgesetzes wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Mitglieder für die Jahre 1911 bis 1912 aus der Zahl der Kassemitglieder 91 Vertreter und aus der Zahl der Arbeitgeber 44 Vertreter neu zu wählen sind.  
 Die Wahl der Vertreter der Kassemitglieder findet statt am Dienstag, den 8. November d. J., nachmittags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr, hierüber im Restaurant „Rheinisch“, Rheinstr. 60, und die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber ebenfalls am 8. November in der Zeit von 6 bis 8 Uhr im Kassentotal, Rheinstr. 9.  
 Die Wahl ist geheim und erfolgt per Stimmzettel. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
 Als Legitimation zur Ausübung der Wahl dient der Abschnitt II des Anmeldeformulars.  
 Die Herren Arbeitgeber werden daher zu diesem Zweck ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassemitgliedern die Wahlabschnitte rechtzeitig auszuhändigen. 279/3  
 Friedenau, den 25. Oktober 1910.  
 Der Vorstand.  
 Rob. Buth, Vorsitzender.  
 Rich. Hagen, Schriftführer.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Hauptplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Dr. Schönemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6612\*  
 jetzt Kronenstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße.  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin, Oranienstr. 158  
 Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettedecken etc. in allen Stilarten. **Pracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.  
 Mein Gardinen-Apparat ermöglicht in 5 Minuten Berücksichtigung von ca. 300 Original-Mustern. 6531\*

**Vorwärtsleser! Aufgepaßt!**  
**Dringen-Plandische, Dringen-tische 34.** 1 Treppe (einfach), **Monatsgarderobe** und verschiedene Pländer, für jede Figur passend, bestehend in Winterpaletots von 3-25, Anzügen von 10-25, Dolan von 2.50 an, Westen, Blüden, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Gardinen, Hüben, Kissen, Ringe, Pelz-Stolas im Verkauf, verfallen, laufend billig. **Rumoren-Vorzeiger** erhält Rabatt. **Dringen-Plandische, Dringen-tische 34.** 1 Treppe (einfach) Ritterstraße und Woytzigplatz.

**Engros-Geschäft**  
 vergibt durch Vertreter Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche und Decken. Diese Anzählung bei kleinen Monatsraten. **Kaiser-Kolleg**, **Offert O. A. 86** an „Vorwärts“, Sperition, Salzweider Str. 8.



# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 27. Oktober.

**Neues Künigl. Opern-Theater.**  
Garmen.  
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.  
Deutsches. Subtil.

Anfang 8 Uhr.  
Rammertspiele. Die Komödie der Irrungen. Die Heirat wider Willen.

Neues Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Selling. Wenn der junge Wein blüht.

Berliner. Tausend.  
Neues. Der Eifer von Olvera.  
Komische Oper. Die Bohème.  
Rehens. Noblesse oblige.  
Kleines. Die verfluchten Frauenzimmer. Erster Akt.  
Thalia. Hand und Herz.  
Schiller O. (Wagner-Theater.)  
Robert und Bertram.

Ed. Chariottendurg. Die Kreuzschreiber.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Krieg im Frieden.

Luisen. Durchgegangene Weiber.  
Westen. Die schönste Frau.  
Trianon. Geschlossen.  
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.  
Volkoper. Der Troubadour.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Modernes. Der Klotz.  
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.  
Der Derby-Sieger.

Neue. Das neue Gebot.  
Gottes Caprice. Der schwarze Schimmel. — Golle Pension.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra — Wir leben noch!

Kassino. Der schneidige Rudolf.  
Luisen. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Steiner Sänger.  
Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Overland. Spezialitäten.  
Tandouel. Au hat's geschminkt.  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Tausend. — Dr. W. Berndt: Die Fortpflanzungszellen und die Stätten ihrer Entstehung.

Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.  
Freitag 7 1/2 Uhr: Neu einstudiert: Die Frau vom Meere.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: Die trichte Jungfrau.

**Neues Theater.**  
8 Uhr (3. Sonn. a. G.):  
**Der Stier von Olvera.**  
Ferdinand Bonn als Gast.  
Freitag 3. erstmalig: Die Schanzpfeiler des Kaisers. — Abschied vom Regiment. (3. Sonn. a. G.)  
Sonnabend: Dasselbe Vorstellung.

**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die schönste Frau.**  
Sonn. 8 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

**Modernes Theater**  
(früher Hebbeltheater).  
Heute und täglich 8 Uhr:  
**Die beste der Frauen.**

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**  
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Weber.  
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**  
Sonnabend, 29. Oktober, 8. erstmalig: Der Herr von Nr. 19.  
Sonntag, 30. Okt., nachm. 3 Uhr:  
Kümmere Dich um Amalie.

**Berliner Volkoper**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 27. Okt., abends 8 Uhr:  
**Krieg im Frieden.**  
Freitag: Krieg im Frieden.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Triemühlsache. 8 Uhr: Krieg im Frieden.  
Sonntag 8 Uhr: Faust. 8 Uhr: Krieg im Frieden.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Durchgegangene Weiber.**  
Freitag Kostüm: Berlin geht zu Bett. Vorse mit Gesang und Tanz von Ernst Ritterfeldt. Musik von A. Leonhard.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr große Kinderoper: Frau Holle. 8 Uhr: Faust.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Daffodil. 8 Uhr: Berlin geht zu Bett.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater,  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.**  
Hörsaal 8 Uhr Dr. W. Berndt: Die Fortpflanzungszellen u. die Stätten ihrer Entstehung.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 102.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Zum erstenmal:  
Bei Aufgehob. Abonnement  
Die Verschönerung der Frauen.  
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Arthur Müller.  
Freitag: Das neue Gebot.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die Anna-Lise. Abends: Die Verschönerung der Frauen.

## Metropol-Theater.

**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
Große Kustallungsbrunn in 7 Bildern v. A. Brand. Musik v. S. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauschen gehalten.

## WINTERGARTEN

Letzte Vorstellungen!  
**Saharet**  
in ihren neuen Originalkreationen  
**Reynolds and Donegan**  
das amerikanische Tänzerpaar  
in vollend. Rollschuh-Meisterschaft  
**The 3 Meers**  
komischer Drahtseil-Akt  
sowie d. komisch-mimisch-groteske  
Oktober-Programm!

## Apollo Theater

Nur noch bis inkl. 31. Oktober:  
9 1/2 Uhr Schauspiel  
**Rudolf Schildkraut**  
in der Komödie  
**Capriccio mortale.**  
Komödie in 1 Akt von E. Sypert.  
Vorher 8 Uhr:  
Die großen Spezialitäten.

## Herrnsfeld Theater

Von 8-11  
**Stürmisches Leben oder Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Osterga: **Der Derby-Sieger.**  
Komödie von H. Weibhardt.  
Anf. 8 Uhr. Vorher 11-2 (Theater).

## Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrauen von Saïs.**  
Die 3 mystischen Schatten  
und die großen Attraktionen  
des Oktober-Programms.

## Passage-Panoptikum.

**Prinz Atom,**  
der kleinste Mensch aller Zeiten  
lebend!  
**Buddhas dunkles Geheimnis.**  
Der Mann mit dem eisernen Schlund!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

## Theater Sanssouci.

Hochbahnstation Potsdamer Tor.  
Das glänzende  
**Oktober-Programm.**  
Sonnabend, 29. Oktober:  
Zum ersten Male:  
**Ach die Berls!!**  
Musik von Franz Arnold und Heinz Gallenberg.  
Musik von Julius Gindshofer.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Vorse mit Gesang in 4. Abteilungen  
von Gustav Raeder. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten  
von L. Angenbruber. Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Dammkopf.**  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:  
**Götz von Berlichingen.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Sodoms Ende.**

## Grete kehre zurück!

Das schönste kinematographische Drama;  
täglich die Glanznummer im Riesen-  
Programm vom **Union-Theater,**  
Reinickendorfer Straße 14.

## Freie Volksbühne

Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus (großer Saal):  
**General-Versammlung.**  
1. Vortrag: **Eduard Bernstein**  
**Freiligrath und sein Verhältnis zur Romantik**  
und zur Revolution.  
2. Geschäftsbericht und Kassenbericht des Vorstandes, Revisionsbericht, Diskussion und Verschiedenes.  
Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Zutritt.

## Herbstfest mit Gesellschaftsabend

Sonnabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr,  
im großen Konzert-Saal der **Brauerei Hoppoldt, Hasenheide.**  
Festmarken a 60 Pf. (inkl. Programm und Tonaufnahme)  
in allen Zahlstellen erhältlich.  
Mitwirkende Rezitation: Hr. **Fritz Richard** (Deutsches Theater).  
Sprecher: Hr. **Rob. Koppel** (Wolzogen-Ensemble).  
Operetten- u. Konzertsängerin Fr. **Wette Lutz** (Stadttheater Dresden).  
Chansons: **Boxena Bradsky** (Wolzogen-Ensemble).  
Am Flügel: Herr Kapellmeister **James Rothstein.**

Extravorstellung  
im **Lessing-Theater**  
Sonntag, 20. November:  
Hartleben: **Rosenmontag.**

Nächste Serie im  
**Thalia-Theater:**  
**Die schöne Helena.**  
Operette von Jacques Offenbach.

Nächste Serie im Neuen Schauspielhaus:  
Hebbel:  
**Agnes Bernauer.**  
942/12 Der Vorstand. I. V. G. Winkler.



## CLOU

Mauerstr. 82  
Zimmerstr. 90-91

**Berliner Konzerthaus**  
Eröffnung: **Sonnabend, 29. Oktober**  
Gastspiel v. Mitgl. d.  
**Mailänder Scala-Orchesters**  
Dirig.: **Egato Tango.**  
66 Künstler. — 10 Solisten.

**Trianon-Theater.**  
Freitag zum erstenmal:  
**Der heilige Hain.**

## Volks-Lieder-Saal

Tiergartenhof a. Bahnh. Tierg.  
Morgen **Freitag 8 1/2 Uhr:**  
Zum erstenmal:  
**Anton Sisternans.**  
Vorverkauf 75 Pf. (resp. 1,20)  
Wertheim, Solo & Sock.

## Zirkus A. Schumann.

Heute **Donnerstag, 27. Oktober,**  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Die kolossale Pantomime:**  
9 1/2 Uhr:  
**Der große Coup**  
der  
**Schmuggler.**  
Auftreten des  
Direktor **Alb. Schumann.**  
Vorher:  
**Die persische Truppe**  
**Mirza Golem**  
12 Personen sowie  
die übrigen Attraktionen.

## Zirkus Busch.

Donnerstag, den 27. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Extra-Gala-Vorstellung.  
Herr Direkt. **H. E. Orlando** aus  
Stockholm mit 20 in Freiheit  
vorgeführten Vollblütern!  
**The Rapides**  
Herr Alfred Ott, Schullehrer.  
**Arbra-Trio**  
3 Gebr. Fratellinis,  
urkomische Clowns.  
**Die Fredianis!**  
Um 9 1/2 Uhr, zum 45. Male:  
**„VENEZIA“**  
Vorher das gr. Gala-Programm.

## Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 17/18.  
Donnerstag, den 27. Oktober 1910:  
**Die Bluthochzeit**  
oder: **Die Augenotten.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Adam.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

## Walhalla-Theater

Reichbergweg 19/20.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bravo! — Da capo!**  
Eine Allerwelts-Revue  
in 5 Bildern von H. Reichardt, Musik  
von H. Thiele. In Szene gesetzt vom  
Direktor **James Klein.**  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Preziosa**  
in glänzender Ausstattung.  
Ernährte Preise.

## Casino-Theater

Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Golle  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Wimpelmann: Dir. H. Berg.  
Vorher das glänzende bunte Programm.  
Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonn. 8 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
**Im Hausloch.**  
Mitt. Humor. v. Feyjfel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

# U.T.

## Sonnabend

### 6 Uhr

## Eröffnung

des 4. Theaters

## Hasenheide

(Unions-Brauerei).

# Union-Theater

## Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151

### Fünfter Tag.

## Damen-Wettbewerb.

Sonntag, 22., bis Sonnabend, 29. Oktober.  
2000 Mark in Preisen, ausgestellt in der Rollschuhbahn.

Täglich geöffnet von 11-1 Uhr vormittags und von 3 1/2-12 Uhr nachmittags. — KONZERT von 3 1/2-12 Uhr.

Promenade der gränzigsten Damen  
Promenade der elegantesten Damen  
Promenade der schönsten Damen.







### Der Berufsvormünder-Tag

fand am Dienstag seinen Abschluß mit einer öffentlichen Abendversammlung, in der vor einem weiter gezogenen Zuhörerkreis noch einmal dargelegt werden sollte was die Berufsvormundschaft ist und was sie will. Professor Spann aus Brunn, der über „Berufsvormundschaft eine neue Aufgabe der Sozialpolitik“ sprach, bezeichnete es als dringend notwendig, daß wir die alte deutsche Einrichtung der Vormundschaft „nicht mehr so wie bisher verfallen lassen.“ Angesichts der in neuerer Zeit immer deutlicher hervorgetretenen funktionellen Schwächung der Familie bedürfe die Vormundschaft, die von Anfang an als Beistandorgan für die mangelhaft funktionierende Familie gedacht war, einer Reform. Der im Ehrenamt tätige Einzelvormund vermöge in der Regel wenig oder nichts, weil es ihm nur zu oft an der nötigen Sachkenntnis und nicht selten auch am guten Willen fehle. In der modernen Großstadt mit ihrer Massenbevölkerung, wo einer dem anderen fremd bleibe, sei der alten Einzelvormundschaft ohnedies längst der Boden für ihre Wirksamkeit entzogen worden. Dagegen werde eine Persönlichkeits-, die für das Amt eines Vormunds die erforderliche Fähigkeit und Reizung mitbringt und durch berufsmäßige Ausübung von Vormundtätigkeiten eine tüchtige Schulung erwirbt, über ganz andere Nachmittel verfügen, um die Interessen der Mündel zu wahren. Der allseitige Schutz des Säuglings, wie des Schulkindes oder des schulentlassenen Jugendlichen, die Ueberwachung des verwaisten oder des unehelichen Kindes, wie des ehelichen, dem noch die Eltern leben, die Behütung vor Gesundheitschäden, wie vor Verwahrlosung in sittlicher Hinsicht, alles das werde von einem gewissenhaften und sachkundigen Berufsvormund viel erfolgreicher geleistet werden können als von einem beliebigen Vormund der bisherigen Art. Die Berufsvormundschaft könne, indem sie alle Hilfseinrichtungen für die Familie zusammenfasse, geradezu ein Zentralorgan für alle auf die Familie gerichtete Sozialpolitik werden.

Es folgten dann als Nachtrag zu den Verhandlungen des Berufsvormünder-Tages ein paar Referate über „Berufsvormundtätigkeiten“. Ueber die Tätigkeit des Berliner Verbandes für weibliche Vormundschaft, der Frauen für Uebernahme von Vormundtätigkeiten zu gewinnen sucht und sie für ihr Amt schult, berichtete Fräulein Dora Köhler. In gewissem Sinne haben wir es auch hier bereits mit Berufsvormünderinnen zu tun, die Vormundtätigkeiten in größerer Zahl übernehmen und diese Tätigkeit berufsmäßig ausüben. Die Gewinnung und Schulung von möglichst vielen Einzelvormünderinnen ist das Prinzip des Westfälischen Verbandes Katholischer Fürsorgevereine, der die Vormundtätigkeiten für die Kirche nutzbar zu machen will. Frau Amtsgerichtsrat Neuhaus (Dortmund), die darüber berichtete, meint, daß bei Vereinfachung dieser Vereinstätigkeiten durch gezielte Berufsvormundtätigkeit viele wertvolle Kräfte ausgeschaltet werden würden.

Aus der Diskussion, die sich anschloß, sei hier nur eine Mitteilung des Amtsrichters Dr. Friedeberg (Weihenstephan) wiederzugeben. Er erinnerte an eine Umfrage, die vor mehreren Jahren von einem Berliner Vormundschaftsrichter veranlaßt worden war, um die Lage der Beziehungen zwischen Vormündern und Mündeln festzustellen. Das Ergebnis war, sagt Friedeberg, geradezu niederstimmend. Viele Vormünder hatten nicht mal eine Wohnung, wo ihre Mündel wohnten, und manche — wußten überhaupt nicht mehr, daß sie vor Jahren zu Vormündern bestellt worden waren. Auch Professor Pfeiffer vom Berliner „Kinderrettungsverein“ sprach in der Diskussion. Aus der Fülle der Worte, mit denen er seine Arbeit pries, wollen wir sein letztes unterzeichnen: „Wir können nicht arbeiten, wenn wir nicht von unserem Gott gesegnet sind mit der Liebe.“

Die Sache der Vormundschaftsreform könnte nur gewinnen, wenn die Pastoren und ihr Anhang die Hände dabeinlegen.

### Partei-Angelegenheiten.

**Bierter Kreis.** Am Sonntag, den 30. Oktober findet für den vierten Kreis von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Wir erziehen die Genossen, rechtzeitig zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

**Wilmerdorfer-Halensee.** Vom Lokal des Genossen Schilling, Lauenburger Straße 20 aus erfolgt Freitag abend 7 Uhr eine Handzettelverbreitung im 8. und 9. Wahlbezirk.

Das sozialdemokratische Wahlbureau ist im Lokal von Schilling, Lauenburger Straße 20 wochenmäßig von 8 bis 10 Uhr abends geöffnet. Alle Anfragen usw. werden hier erledigt.

**Ober-Schöneweide.** Wir bringen nochmals zur Kenntnis, daß am 28., 29. und 30. Oktober von den Bezirkslokals aus die „Vorwärts“-Agitation stattfindet. Materialausgabe erfolgt abends 8 Uhr bei Barneke. Die Bezirksleitung.

**Trebbin.** Am Sonntag, den 30. Oktober 1910, mittags 12 Uhr öffentliche Versammlung unter freiem Himmel am Wälderplatz. Tagesordnung: Kaiserreden und Volksnebelung. Referent Max Croger, Rixdorf.

**Spandau.** Den Genossen und Genossinnen, die sich am Sonntag, den 30. Oktober an dem geplanten Ausflug nach Hallenhagen-Seegefeld beteiligen, zur Kenntnis, daß der Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom Lokal des Genossen Karl Gottwald, Schönwalder Straße 50 erfolgt. Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Der Kampf um das Tempelhofer Feld

geht weiter. Die Interessenten, die Besitzer des Terrains geworden sind, bemühen sich nachzuweisen, daß das Gelände in einer faum zu übertreffenden Weise bebaut werden wird, in einer Weise, wie die Stadt Berlin das nicht getan hätte. Dann aber fanden sich geschäftige Federn, die behaupten, der Reichstag habe sich mit dem Verkauf der Terrains gar nicht mehr zu befassen. Und als diese Behauptung als nicht stichhaltig nachgewiesen worden ist, wird neues Geschütz aufgeföhrt. Wie das sich von selbst versteht, ist es vornehmlich die städtefeindliche „Deutsche Tageszeitung“, die zur gezielten Ablagerungsfälle aller gegen die Stadt Berlin gerichteten Angriffe und zur Verteidigung der Maßnahmen des Kriegsministers und der Terrainspekulanten ausserkoren ist.

Jetzt glaubt das genannte Blatt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der wahren Sachlage durch die Behauptung ablenken zu können, daß die Stadt Berlin doch auch eine Bank mit der Verwertung des Geländes habe beauftragen wollen, genau so wie die Gemeinde Tempelhof und der Kreis Zeltow dies getan hätten. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert in einem längeren Artikel die Stadtverordneten auf, an den Magistrat folgende Anfrage zu richten:

„Ist es wahr, daß der Magistrat mit der Darmstädter Bank einen notariellen Vertrag abgeschlossen hat, worin der Bank die Verwertung des Tempelhofer Feldes überlassen werden sollte unter Uebernahme aller Verpflichtungen an das Reich? Und wenn das zutrifft, wie lautet der Vertrag?“

Und weiter heißt es: „Tatsächlich ist ein solcher notarieller Vertrag abgeschlossen worden (es ist sogar der Name des Notars genannt) und zwar annähernd auf derselben Grundlage, wie der Vertrag Tempelhofer mit der Deutschen Bank. Wenn wir „annähernd“ sagen, so bezieht sich das aber nur darauf, daß die Stadt Berlin der Darmstädter Bank ebenfalls die Zahlung des Kaufgeldes an den Fiskus und die Verkaufstätigkeit überlassen wollte; ob sie jedoch bei diesem Vertrage die öffentlichen Interessen in gleicher Weise gewahrt hat wie Tempelhof, das ist eine Frage, auf deren Verantwortung die Öffentlichkeit wohl ein Recht besitzt, nachdem Bürgermeister Dr. Reide in der Berliner Stadtverordnetenversammlung erklärt hat, „Berlin hätte ganz etwas anderes aus dem Terrain machen können als die kleine Gemeinde Tempelhof, die von den Banken und der Terrainspekulation abhängig ist.“

Mit dieser sogenannten Enthüllung ist es nun nicht weit her. Die „Vossische Zeitung“, die in dieser Frage näher informiert ist, bemerkt denn auch ganz ruhig zu der Lüftung dieses „Geheimnisses“:

„Im Notendruck wird diese Enthüllung gewiß als ein lustiger Zwischenfall in erster Zeit willkommen sein. Denn man hat kaum irgendwo ein Döhl daraus gemacht, daß ein Vertrag zwischen der Stadt und der Darmstädter Bank besteht; der Stadtw. Kampf seinerseits hat ganz persönlich und in aller Offenheit diese Tatsache mitgeteilt, die ihn mit seinen Pflichten als Vertreter der Bürgerchaft in keinerlei Konflikt bringt, da er nicht gegen die Interessen der Stadt, sondern im Einvernehmen mit den Gemeindebehörden zugunsten dieser Interessen arbeitet. Der Name des Notars ist auch nicht bekannt. Wenn der Vertrag geschlossen wurde, steht dahin. Aber da die „Deutsche Tageszeitung“ von ihrem Gewährsmann so vortrefflich unterrichtet wird, teilt er ihr vielleicht auch mit, wieviel Freilich in dem Tempelhofer und wieviel in dem Berliner Verträge vorgesehen ist. Und vielleicht teilt er ihr ferner mit, ob es nach dem Berliner Verträge die Stadt Berlin in der Hand hat oder nicht, über dieses Mindestmaß von Freilich, daß wir einstweilen als größer als das im Tempelhofer Verträge zu bezeichnen wagen, gegen Entgelt nach Bedarf hinauszugehen.“

Der Magistrat der Reichshauptstadt wird sicherlich keinen Anlaß sehen, den Vertrag dem Reichstag vorzulegen.

Unter der Firma „Tempelhofer Feld, Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung“ wurde gestern in den Räumen der Deutschen Bank eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 20 Millionen Mark errichtet, die ihren Sitz in Tempelhof mit einer Zweigniederlassung in Berlin hat. Das Kapital ist eingeteilt in 10 Millionen Mark Aktien Litera A, die bei der Gründung voll bezahlt wurden, und 10 Millionen Mark Aktien Litera B mit zunächst 25 Proz. Einzahlung. Bei der Gründung sind beteiligt: die Gemeinde Tempelhof, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Dem ersten Aufsichtsrat gehören die folgenden Herren an: der Landrat des Kreises Zeltow v. Achenbach, der Gemeindevorsteher von Tempelhof, Bürgermeister Ruffsch, die Bankdirektoren Kommerzienrat Schröder, Wirtl. Legationsrat Dr. Helfferich, Geh. Oberfinanzrat Müller, Herbert R. Gutmann, Geh. Oberfinanzrat v. Rißing, ferner Kommerzienrat S. Haberland, Direktor Alfred Schrobbsdorf, Direktor J. W. Hartmann. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Wirtl. Legationsrat Dr. Helfferich, stellvertretender Vorsitzender Geh. Oberfinanzrat Müller. Zum Vorstand des Unternehmens wurde der Kommerzienrat Georg Haberland bestellt.

#### Heilsarmeeemoral.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß die Heilsarmee in der letzten Nummer ihres „Kriegsruf“ einen sensationell ausgeschulten Artikel veröffentlicht hat, in welchem sie sich mit der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte. In diesem Artikel war Bezug genommen auf eine Vorlage des Magistrats, nach der der Heilsarmee 3000 Mark bewilligt werden sollten zwecks Errichtung eines Obdachs. Wir haben den Sachverhalt schon dargelegt. Die Stadtverordnetenversammlung setzte zur Prüfung der Sache einen Ausschuss ein, der die Meinung der Magistratsvorlage empfahl. Als Unterlage für diese Meinung dienten die von der Heilsarmee selbst eingereichten Finanzberichte. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auch demgemäß. Durch diese Beschlusfassung kam die Heilsarmee nicht nur um die ersuchten 3000 Mark, sondern auch — und daran war ihr noch viel mehr gelegen, um die Reklame, die im anderen Falle die Stadt Berlin für die Heilsarmee gemacht hätte. Das schmerzte. Und so verfielen die Leiter dieser Verdummungsgesellschaft auf ein neues Mittel; sie mußten Sensation um jeden Preis machen. Man ging nun wie folgt zu Werke: In den Debatten über die Heilsarmee war auch einer Broschüre mit dem Titel: „Die Wahrheit über die Heilsarmee“ von einem Herrn Carl Schröder Erwähnung getan worden. Schwere Anklagen gegen die Heilsarmee waren es, die in dieser Broschüre erhoben wurden, und die das „soziale Wirken“ dieser Gesellschaft kraft beleuchteten. Anstatt nun den Verfasser der Broschüre, wie es dieser verlangt hatte, zu verklagen, schloß man sich mit ihm ins Einvernehmen und veröffentlichte als Ergebnis dieser Verhandlungen einen regelrechten Widerruf des Herrn Schröder in der letzten Nummer des „Kriegsruf“. Die gerissenen Leiter der Heilsarmee stellten nun die Sache fälschlich so dar, als hätte die Berliner Stadtverordnetenversammlung ihr ablehnendes Votum auf die Angaben der Schröderschen Broschüre gestützt und wollten durch Veröffentlichung des Widerrufs des Herrn Schröder zeigen, welches Anrecht man an ihr verübt habe. Wir haben schon nachgewiesen, daß die Angaben dieser Broschüre bei der Beschlusfassung der Stadtverordneten keine Rolle gespielt hatten und gänzlich außer Berücksichtigung gelassen sind, was daraus hervorgeht, daß die Broschüre zu einer Zeit in die Hände der Stadtverordneten kam, da der ablehnende Beschlus längst gefaßt war.

Das Resultat der Veröffentlichung des famosen Widerrufs im „Kriegsruf“ war also nur ein gerissenes Räuber auf die Taschen derer, die nicht alle werden. Und schließlich machte man sich über den Herrn Schröder seine eigenen Gedanken. Das fühlte der Mann auch selber. Er hat einen Nachtrag zu seiner ersten Broschüre über die Heilsarmee unter dem Titel „Heilsarmeeemoral“ erscheinen lassen. Darin erzählt er unter der Ueberschrift: „Eine frivole Fälschung“ über das Zustandekommen des Widerrufes folgende Geschichte:

„Nachdem ich vor Jahresfrist meine Broschüre „Die Wahrheit über die Heilsarmee“ hatte erscheinen lassen, und nachdem die Heilsarmee und ihre Offiziere erkannt hatten, daß sie durch die unwiderlegten Tatsachen der Broschüre schwer in ihrer Vetterarbeit gestört wurden, traten wiederholt Heilsarmeeoffiziere höherer und geringerer Chargen, mit denen ich persönlich freundliche Beziehungen verbanden, an mich heran mit der Bitte, doch die Broschüre aus dem Handel zu ziehen. Diese wiederholten Bitten veranlaßten mich denn auch, in einer Zeit der Arbeitsüberbürdung und der Ueberarbeitung, ein dahingehendes Versprechen zu geben.“

Der Kommandeur der Heilsarmee persönlich trat mit mir in Verbindung und bat mich um eine Unterredung, in der ich meine Absichten ihm vortragen sollte. — Diese Unterredung fand statt, und hatte zum Resultat, daß ich das Versprechen gab, meine Broschüre aus dem Handel zu ziehen, und eine dementsprechende Erklärung zu geben, wogegen die Heilsarmee den Schaden mittragen wollte, der mir durch Zuhilfenahme des Weiterverkaufs der Broschüre entstehen würde. — Als ehrlicher Mann hielt ich in allen Stücken mein Versprechen! Die Heilsarmee nicht!

Um sich der Öffentlichkeit gegenüber zu decken, wurde mir bedeutet, daß die Zahlung der vereinbarten Entschädigung nicht durch die Heilsarmee selbst, sondern durch eine der Heilsarmee nahegehende Persönlichkeit erfolgen sollte. Ich traue der Heilsarmee, und wurde enttäuscht. Denn nachdem ich die verlangte Erklärung zugunsten der Heilsarmee abgegeben hatte, leugnete man dreist, mir irgendwelche Versprechungen gegeben zu haben, und weigerte sich, mir den Schaden zu ersetzen, der mir durch die Einziehung des Verkaufs meiner Broschüre entstanden war. —

Daß man im geschäftlichen Leben ein solches Verhalten billigt, ist mir in meiner geschäftlichen Tätigkeit bisher nicht bekannt geworden. Der Heilsarmee, der Pädlerin aller Moral, allen Christentums, aller Ehrlichkeit und guter Sitte, ist es vorbehalten worden, derartige Geschäftssitten zu pflegen!

Es ist also für jeden klar denkenden Menschen kein Zweifel, und kann kein Zweifel sein, daß die Heilsarmee meine Erklärung erschlichen hat!

Diese famose Handlungsweise der Heilsarmee wird aber noch übertroffen durch die Tatsache einer gewissenlichen und offensichtlichen Fälschung, die sie in Nr. 42 des „Kriegsruf“ begeht. — In dieser Nummer des Heilsarmeeorgans erscheinen auf Seite 8 einige Photographuren. Die eine davon soll meine der Heilsarmee gegebene notariell beglaubigte Erklärung sein. Das ist sie in Wahrheit aber nicht! Die Heilsarmee hat infolgedessen eine raffinierte und frivole Fälschung begangen, als sie ein ganz anderes Schriftstück und meinen Namenszug, sowie die notarielle Beglaubigung von der ehehen, von mir tatsächlich abgegebenen Erklärung zusammenstellte und photographierte, und diese Fälschung dann einfach der staunenden Welt als meine Erklärung servierte! — Hat man hierfür Worte? Die Fälschung ist infolgedessen klar, als meine Erklärung ein handschriftlich hergestelltes Dokument darstellt, die Heilsarmee präsentiert aber als meine Erklärung ein mit der Schreibmaschine hergestelltes Schriftstück! Die Zukunft wird auch lehren, inwieweit tegliche Änderungen vorgenommen worden sind!

Diese Fälschung wurde begangen von der Heilsarmee, die Wut und Befehung predigt, der jede Unwahrheit ein Greuel ist, die mit pharisäerhaftem Stolz auf alle Welt herabblüht! Pfui Teufel über eine solche Handlungsweise!

Die Veröffentlichung eines Briefes des Abg. Hoffmann ist ein ohne mein Wissen und Willen begangener Vertrauensbruch.

Diese Mitteilungen charakterisieren Herrn Schröder sowohl wie die Heilsarmee. Unwillkürlich denkt man an Feines Worte vom Rabbi und dem Mönch. Wir können unsere frühere Warnung vor dieser Schandergesellschaft nur wiederholen. Tösch zu vor einer Gesellschaft, die unter dem Deckmantel sozialer Fürsorge Tausende von Männern und Frauen zum systematischen Bettel erzieht und nicht davor zurückschreckt, die Armen der Armen auszubuten und das Publikum zu brandstücken. Hin aus mit den Bettelbögten aus den öffentlichen Lokalen, wo sie die Mittel für die organisierte Verblödung und Verdummung zusammensuchen!

**Warg und Lassalle als Nachlichthänder.** Wir sind es schon gewohnt, daß gerissene Geschäftsleute oft recht minderwertige Bilder von Warg, Engels, Lassalle oder auch von noch lebenden Parteigenossen dem Arbeiterpublikum zu einem unerschätzblich hohen Preis aufzuschwatzen versuchen. Nun ist es ja nicht jedermanns Geschmack, Wohnräume mit Personenbildern zu „verjeren“; es mag schließlich noch angehen, wenn die Art der bildlichen Darstellung eine genießbare ist. Die billigen Künstlerzeichnungen, wie solche häufig in der Bücheranstellung des Gemeinlichshauses gezeigt werden, dürften allerdings einen schöneren Nimmerschmuck abgeben.

Als eine Geschmacksverirrung größter Art muß es aber bezelchnet werden, wenn jetzt eine hiesige Firma Glasbüsten von Warg und Lassalle in den Handel bringt, die als Halter für Nachlichter benutzt werden sollen. Auf Wunsch werden dem Warg und Lassalle auch noch Musikwerke einmontiert. Dabei wird den Kaufliebhabern geschmeichelt, daß sie sich durch den Besitz solcher Aburteilungen als besonders „gute“ Parteigenossen auszeichnen würden. Prospekt solcher „Nachlichter“ werden nicht nur in Wohnungen, sondern auch bei Parteiveranstaltungen verbreitet. Während aber bei einem gleichzeitig angebrachten Feuerzeug ein niedriger Preis genannt ist, wird ein solcher für die Glasbüsten nicht angegeben, sondern auf die Bedingungen des „Vestellisches“ vertrieben. Es ist zu befechten, daß wieder einmal gutgläubigen Leuten minderwertiges Zeug zu hohen Preisen aufgeschwatzt werden soll. Also Vorsicht, ehe man etwas kauft oder unterschreibt.

**Vom Bau der Untergrundbahn.** Zur Ueberleitung der Kabel über die Spree wird jetzt im Flußbett zwischen Neu-Kölln a. B. und Al. Stralauer Straße ein hohes Wallengerüst errichtet. Auf dem westlichen Endgrundstück der Stralauer Straße soll ein Hilfskraftwerk für die Arbeitsmaschinen, die beim Bau der Untergrundbahn gebraucht werden, eingerichtet werden, mit dessen Bau inzwischen begonnen worden ist. Von diesem Kraftwerk muß der Arbeitsstrom nach dem gegenüberliegenden Ufer zu der Baustelle im Spreebett und in der Wallstraße geleitet werden und um die Schiffsahrt nicht zu behindern, müssen die Kabel daher schon an den beiden Ufern über hohe Masten geführt werden. Im Spreebett sind die inneren Spundwände nahezu fertig eingerichtet, so daß in nächster Woche mit den Ausschachtungsarbeiten begonnen werden kann. Zum Vordentransport von der Wallstraße her, wo jetzt auch schon eifrig gearbeitet wird, ist über den westlichen Hangebamm eine zweigleisige, elektrisch betriebene Feldbahn angelegt worden, so daß die mit Boden gefüllten Kipplörten von den Ladebühnen aus direkt in die Nähe entleert werden können. Auch im Spreebett selbst geschieht der Bodentransport schon auf Schienen, nur daß hier ein Dampfkan die Wagen aus der Tiefe heben muß. Für den Tunnelbau unter der Spree werden zurzeit noch einige zwanzig sehr tiefe Bohrburmen gebohrt und in der großen Maschinenhalle an der Uferstraße wird eine Maschine nach der andern in Tätigkeit gesetzt; von den vier mächtigen Reserve-Bohmobilien stehen zwei ständig unter Dampf, um beim Verlegen der elektrisch angetriebenen Kompressoren das Wasser, das in ganz gewaltigen Strömen abfließt, von der Baugrube fernzuhalten.

**Fahrpreis-Kuriosa auf der Wannesebahn.** Wie wunderbar mitunter die Verfügungen der königlich preussischen Eisenbahnverwaltung sind, zeigen folgende Beispiele: Eine Fahrkarte von Friedenau (Wanneseebahn) nach Rixdorf III. Klasse kostet 10 Pf. Von Rixdorf nach Friedenau aber 20 Pf. Noch größer aber ist der Fahrpreisunterschied bei den Arbeiterwochenenden. Diese kosten von Friedenau bis Rixdorf 60 Pf., in umgekehrter Richtung aber 90 Pf. Die Eisenbahndirektion begründet diese Rechnung folgendermaßen: Eine direkte Wochenkarte Rixdorf-Friedenau gibt es nicht. Es muß daher eine Wochenkarte bis zum Bahnhof Groß-Görschenstraße für 60 Pfennig und von dort eine nach Friedenau für 30 Pf. gelöst werden. — Ein merkwürdiger Betrieb herrscht auch auf der Südringstraße der Stadtbahn. Dort



man nämlich eine Bothenkarte auf Bahnhof Tiergarten nach Friedenau für 90 Pf., so kann man nur von Bahnhof Tiergarten nach Friedenau fahren, kann jedoch in umgekehrter Richtung die Karte bis Bahnhof Friedrichstraße benutzen.

Erhängen hat sich gestern der 62 Jahre alte Rittmeister a. D. von Schwabe in Tegel, Berlinerstraße wohnhaft, der ein Strafverfahren zu erwarten hatte wegen einer Revolvergeschichte, die er kürzlich in der Wohnung eines Herrn Jacobi verübte. Nach seinem ganzen Benehmen war der Mann schon damals nicht ganz richtig.

Ein empfindlicher Rohheitsakt wurde vergangene Nacht an dem 63jährigen obdachlosen Lumpensammler Richard Redtke verübt. Der alte Mann hatte auf dem Boden des Hauses Steiner Str. 2 genächtigt und wurde in schlafendem Zustande von einem Hausbesitzer aufgefunden. Da M. der Aufforderung des Wirtes schleunigst aufzustehen nicht folgte, legte ergriff ihn der Letztere und warf ihn über das Treppengeländer auf den Treppenaufgang der dritten Etage. Der bedauernswerte Mann, der einen Bruch des linken Armes sowie eine Verrenkung des Schultergelenkes davongetragen hatte, wurde von mitleidigen Hausbewohnern nach der Unfallstation in der Wadstraße und von da aus nach der Königl. Klinik übergeführt.

Für 40 000 Mark Gold- und Silbersachen erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht bei dem Juwelier Weise in dem Schause Oranienstraße 99 und Lindenstraße 37. In dem Hause stehen über dem Laden von Weise große Räume leer, die sich von der Oranienstraße bis nach der Lindenstraße erstrecken. Die Einbrecher gelangten durch den Eingang an der Lindenstraße in das Haus und in den ersten Stock hinein, bohrten durch den Rahmen von Weise mit einem Zentrumsbohrer ein metergroßes Stück aus dem Parkettboden heraus und machten dann ein nur 35 Zentimeter langes und 30 Zentimeter breites Loch in die Deckenbeplattung. Um Geräusch zu vermeiden, fingen sie Mörtelstücke in einem Regenschirm auf, den sie durch die Lücke gesteckt und aufgespannt hatten. Durch die sehr enge Öffnung ließen sie an einem Strick einen Menschen, der ungewöhnlich schmal sein muß, vielleicht einen Jungen, in den Laden hinab. Dieser band dort die Ständer aus dem Schaufenster und von den Regalen an eine Schnur, an der die Einbrecher sie hochzogen, um erst oben die Waren: Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten und dergl. herabzunehmen und in Behälter zu packen. Ständer und Auszeichnungen, die sie von den Waren entfernten, lagen gestern morgen in dem Räume im ersten Stock umher. Auch ihr Handwerkszeug, ganz neues, hatten die Einbrecher dort zurückgelassen. Den Rückweg haben sie ohne Zweifel wieder durch den Eingang an der Lindenstraße genommen. Weise schätz den Wert der ihm gestohlenen Sachen auf 40 000 Mark. Von den Einbrechern ist noch keine Spur gefunden.

Eine Revolvergeschichte im Moskauer Kriminalgericht rief gestern mittag große Erregung hervor. Der 46jährige Preußengoldarbeiter Richard Weid aus der Rionstraße 8 gab in dem Gefängnis des Hauptportals im alten Kriminalgerichtsgebäude auf den Vacker Robert Sander, wohnhaft Oberberger Straße 45, fünf Revolvergeschosse ab, von denen vier fehlgingen. Von dem fünften Schuß wurde S. in den Kopf getroffen und brach Blutüberströmung zusammen. Der Attentäter ergriff die Flucht, wurde jedoch vom Publikum eingeholt und nachdem man ihn verpöbelnd hatte, einem Schutzmann übergeben. Der Verletzte wurde nach dem Moskauer Krankenhaus geschafft. Weid hatte sich vorher vor der 129. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter der Anklage der Verleumdung der Sander'schen Eheleute, begangen durch anonyme Postkarten, zu verantworten. Schon in dem ersten Termin trat Weid im Gerichtssaal in einer Weise auf, daß er von dem Vorsitzenden in eine sofort zu vollziehende Ordnungstrafe genommen wurde. Bei seiner Abführung konnte er damals nur mit großer Mühe von dem Gerichtsdiener Krüger überwältigt werden. In der gestrigen Verhandlung tauchten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten auf, so daß das Gericht die Beobachtung des Geisteszustandes des U. durch Medizinalrat Dr. Störmer für notwendig hielt. Während S. sich zur Gerichtskasse begab, postierte sich Weid im Hauptportal und verließ dann auf den ahnungslos auf die Straße tretenden S. das Attentat.

Im Amtsgericht bestohlen. Ein dreifaches Diebstahl führte ein Warden auf dem Amtsgericht Wedding aus. Er schlich sich in das Anwaltszimmer hinein und stahl einen dem Rechtsanwalt J. gehörigen wertvollen Valetot. Der Diebstahl wurde verübt, während Rechtsanwalt J. einen Klienten vertrat. Der Dieb entkam ungehindert mit seiner Beute.

Wegen eines schweren Stillschleppens ist gestern der Ausrufer Richard von Waldowski verhaftet worden. Von W. hat früher bessere Tage gesehen. Er sank von Stufe zu Stufe und trieb sich schließlich wohnungslos in den Straßen umher. Er wurde nun Ausrufer und verdiente so kärglich sein Brot. Gestern wurde er dabei ertappt, als er sich an einem kleinen Mädchen, der Schülerin Auguste B. aus der Drontheimerstraße 19 in schwerster Weise verging. Der Verhaftete wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Zu der Wohnung der Hebamme gefahren. Das Dienstmädchen Ernestine Rippe, 34 Jahre alt, welche bei einer Herrschaft in Westend, Hildberlinerstr. 84 diente, hat sich am Sonntagmittag von dort entfernt und wurde als vermißt gemeldet. Heute ist die Leiche der p. Rippe bei der Hebamme Schitowski, Wilmersdorferstr. 162a auf Grund einer Anzeige der Staatsanwaltschaft von der Charlottenburger Kriminalpolizei abgeholt.

Die Hebamme, welche auch verhaftet ist (§ 218 des Strafgesetzbuchs), gibt an, das Mädchen sei am Sonntag zu ihr zum Besuch gekommen, sei dann erkrankt und verstorben.

Die Hebamme hat aber weder einen Arzt noch die Polizei am Sonntag hinzugezogen. Gestern hat sie erst ein Ersuchen an den Staatsanwalt ergehen lassen, eine Leiche aus ihrer Wohnung holen zu lassen.

Schildkraut im Apollo-Theater. Bei seinem ersten Auftreten im Varieté war Rudolf Schildkraut durch die Wahl des Stüdes nicht sehr begünstigt gewesen. Am Dienstag zeigte er sich in einer neuen Rolle und diesmal mit starkem Erfolge. Im „Capriccio mortale“ von Ludwig Rippert bietet sich ihm eine wirkungsvolle Gelegenheit, sein Talent zu zeigen. Er stellt in diesem in einer italienischen Pension spielenden Stüde den großen Schauspieler Magali dar, der in Teresina, die Tochter der Pensioninhaberin, leidenschaftlich verliebt ist. Er will sie zur Schauspielerin ausbilden, und das Mädchen geht aus Eigennutz gern darauf ein. Daneben aber sucht sie einen reichen Gönner zu ergattern. Magali, von Eifersucht verfolgt, stellt sie auf die Probe, indem er sich als reichen Türken verkleidet, dessen Lodungen Teresina Magali verlobt. In entscheidenden Momenten demonstriert sich der betrogene Liebhaber und sucht in einem Anfall von Raserei — ein zweiter Othello — die Ungetrene zu erdroffeln. Ihr Ruf: „Mutter“ bringt ihn zur Besinnung. Nach einer zornigen Abrechnung mit Teresina und ihrer Mutter verläßt Magali die Pension, von seiner Leidenschaft gründlich geheilt. Schildkraut konnte als Verliebter, als Betrogener und als Rächer alle Register der Leidenschaft zücken und daneben noch in der Figur des Türken eine höchst charakteristische Probe seiner vielseitigen Gestaltungskraft ablegen. Auch die übrige Besetzung war auf der Höhe.

Explosion in einer Spritzfabrik. Gestern morgen kurz nach 8 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Linienstraße 162, Ecke der Artilleriestraße, gerufen, wo in der Spritzfabrik und Dampfdestillation von J. G. Wiesena eine Explosion erfolgt war. Die Fabrikräume der Firma liegen in einem besonderen, zweistöckigen Gebäude auf dem Hofe des Grundstücks. In einem Fabrikationsraum im Erdgeschoß war ein Apparat anscheinend unbedacht geworden, so daß Spiritusdämpfe aufsteigten. Die Dämpfe drangen auch nach dem ersten Stoß und entzündeten sich dann explosionsartig an einer Gasflamme, die außerhalb der Räume am Eingang brannte. Bei der Explosion wurden mehrere Fenster

zertrümmert und Türen eingedrückt. An einer Stelle entstand auch Feuer, doch konnte die Gefahr von der Feuerwehre bald beseitigt werden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. — Fast gleichzeitig mußte in der Potsdamerstraße 39 ein Wohnungsbrand gelöscht werden, bei dem das Dienstmädchen Kartha Goldin Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt.

Von der Leitung der Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter veranstaltet ist eine Hörerversammlung, die am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des Zentralarbeitsnachweises, Eingang Bornemannstr. 13, stattfindet. In dieser Versammlung werden nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation des Unterrichtens gemacht werden. Anmeldungen werden hier noch angenommen.

Beginn des Unterrichts vom Donnerstag, den 3. November ab. Eine Warnung vor einem Schwindler, der sich in Berlin in den Vermietungsbüros herumtreibt, erläßt der Verband der Gastwirtegehilfen. Der Mann schwindelt den Stelleninhabenden vor, er sei nach Berlin gekommen, um für seinen Onkel einen Hotelbedienten zu besorgen. Sein Trick geht dahin, daß er den Restanten den Rat gibt, ein Telegramm abzusenden, in welchem die Annahme der Stellung ausgesprochen wird. Der Schwindler, nachdem er sich drei bis fünf Mark hat geben lassen, besorgt das Telegramm selbst und verschwindet auf Nummerwiedersehen. Der Trick ist ungefähr 40 Jahre alt und trägt einen grauen Pelzermantel. Die ganze Aktion ist etwas schäbig.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Bei den gestern stattgefundenen Weisigerwahlen zum Kaufmannsgericht wurden 605 gültige und 8 ungültige Stimmen abgegeben. Es entfielen auf Liste 1 (Leipziger Handlungsgehilfen-Verband): 118, Liste 2 (Verein der deutschen Kaufleute): 78, Liste 3 (Verein für Handlungsgehilfen von 1858): 78, Liste 4 (Deutsch-nationaler Verband): 128, Liste 5 (Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen): 115 und Liste 6 (Kaufmännischer Hilfsverein): 93 Stimmen. Auf jede Liste entfielen demnach zwei Weisiger. Im Jahre 1907 wurden für die Liste des Zentralverbandes deutscher Handlungsgehilfen 57 Stimmen abgegeben, auf die nur ein Weisiger entfiel.

### Mixdorf.

Welche Insammler von Geld es zu mildern und zu beseitigen gibt, zeigt eine Aufstellung, die der Magistrat bekanntgegeben hat. Bei der Staatsberatung 1910 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, eine Anzahl Freiwaren zur Lieferung von Milch zur Verfügung zu stellen und durch die Schuldlosen an bedürftige Schulkinder zur Verteilung gelangen zu lassen. Um eine Uebersicht zu gewinnen über den Umfang dieser Verteilung, ist durch Umfrage bei den Direktoren festgestellt worden, daß sich in den hiesigen Gemeindeschulen insgesamt etwa 2200 Kinder befinden, für die die unentgeltliche Verabreichung von Milch dringend wünschenswert ist. Dabei ist zu beachten, daß in die Gemeindeschulen etwa 23 000 Kinder gehen. Der Bericht hebt noch hervor, daß die häuslichen Verhältnisse vielfach derartig ungenügende sind, daß die Kinder durch die mangelhafte Ernährung in ihrer Schulfähigkeit wesentlich beeinträchtigt werden. Der größte Teil dieser Kinder kommt ohne warmes Frühstück zur Schule. Das Massenelend unter den Kindern soll dadurch gemildert werden, daß dem „Freiwilligen Erziehungsbeirat“ 3000 M. für Verabreichung von warmer Milch an bedürftige Kinder zur Verfügung gestellt werden sollen. Ueber die Verwendung soll dann der Freiwillige Erziehungsbeirat der Schuldeputation Bericht und Abrechnung erstatten. Die Verwendung eines höheren Betrages für die außerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen liegende wohlthätige Veranlassung gestattet die Finanzlage der Stadt nicht.

Die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung müssen sich mit den armeneligen Droschken begnügen, die von der Herren Tische fallen. Der Rationalreichtum wächst und die Kinder des Volkes hungern.

Heute abends 8 Uhr findet bei Hoppe der letzte Vortrag des Genossen Graf statt. Das Thema lautet: „Die Menschwerdung“. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht. Der Bildungsausschuß.

### Schöneberg.

Bei der gestern stattgefundenen Nachwahl für den 9. Kommunalwahlbezirk der dritten Abteilung wurden von 2844 Wahlberechtigten 1408 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Liberale Wismar 753, der sozialdemokratische Kandidat Mohs 655 Stimmen. Eine Stimme war zerplittert. Der Liberale Wismar ist somit mit einer Mehrheit von 98 Stimmen gewählt.

Am Sonnabend, den 29. d. Mts., veranstaltet der Wahlverein in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 122, die Aufführung des Stüdes „Kasernenluft“. Während der Vorstellung wird nicht serviert und darf nicht geraucht werden. Kinder im schulpflichtigen Alter haben keinen Zutritt. Hilferis, die von den Vegetariern nicht bis spätestens Freitag, den 28. d. Mts., bei dem Genossen Deter, Brunnenwaldstr. 30, verrechnet bezw. zurückgegeben sind, gelten als verkauft und können spätere Reklamationen nicht berücksichtigt werden.

### Wilmersdorf-Halensee.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. In einer außerordentlich gut besuchten Volksversammlung, die Dienstagabend im Gesellschaftshause abgehalten wurde, geißelte Stadtverordneter Dr. Silberstein aus Mixdorf die Sünden der reaktionären Stadtverordnetenmehrheit in einem padenden Vortrage. Von den wenigen Konservativen, die anwesend waren, nahm in der Diskussion niemand das Wort. Hingegen sprachen die Kandidaten der Demokratischen Vereinigung, Floz und Lazarus, ihr Einverständnis mit dem Referat aus und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es der vereinten Stärke von Demokratie und Sozialdemokratie gelingen werde, im Kampf mit den Rückschrittlern im Rathaus den Sieg zu erringen. Nachdem noch unser Parteigenosse Oskar Kiesel an einer Reihe von wirkungsvollen Beispielen die Arbeiterfreundlichkeit der Stadtverordnetenmehrheit geschildert hatte, schloß der Vorsitzende W. Schröder die Versammlung mit der Aufforderung durch unablässige Agitation den Sieg vorzubereiten.

Nach dem von beiden Parteien getroffenen Uebereinkommen unterstützen die Demokraten bekanntlich die von uns aufgestellten Wienerkandidaten. Es sind dies für den 8. Wahlbezirk Redakteur Wilhelm Schröder und für den 9. Bezirk Gewerkschaftssekretär Oskar Kiesel. Hingegen stimmen unsere Parteigenossen für die im 1., 9. und 10. Bezirk aufgestellten Kandidaten der Demokratischen Vereinigung, nämlich im 1. und im 10. Bezirk für den Hausbesitzer Friedrich Floz und im 9. Bezirk für den Hausbesitzer Emil Lazarus. Weiter stimmen unsere in der 2. Abteilung wahlberechtigten Parteigenossen für die auch hier von der Demokratischen Vereinigung aufgestellten Kandidaten.

Die Wahlhandlung findet statt für die 3. Abteilung am Donnerstag, den 3. November, für die 2. Abteilung am Freitag, den 4. November.

Näheres über die Wahllokale und die Wahlzeit wird in Gemeinschaft mit dem Straßenverzeichnis in diesen Tagen bekanntgegeben. Eine nicht unbedeutende Anzahl Arbeiterwähler ist am 1. Oktober verzogen. Wir machen diese Wähler, da sie in der Liste verzeichnet stehen, darauf aufmerksam, daß sie in dem Ortsteil, wo sie früher wohnten, wahlberechtigt sind und fordern sie insbesondere auf, ihre Wahlpflicht auszuüben.

Ein schwerer Baumsturz trug sich gestern mittag auf dem Grundstück Rosenthaler Str. 24 zu. Dort stürzte der Steinträger Robert Richter, der eine Mulde Steine nach dem dritten Stadtwerk importieren wollte, aus der zweiten Etage ab. Richter, der eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und innere Blutungen erlitten hatte, wurde in brennendstem Zustande nach dem Charlottenburger Krankenhaus übergeführt.

### Friedenau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete die Genossin Thiel Bericht vom Parteitag in Magdeburg. Nach der Diskussion, in der einige Genossen das Verhalten der süddeutschen Genossen verurteilten, wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Mitglieder des Wahlvereins mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklären. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes wäre zu erwähnen, daß im letzten Quartal vier Mitgliederversammlungen und sieben Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Nach dem Stassenbericht ist ein Bestand von 3082 M. vorhanden. Der Bibliothekar, Genosse Meyer, forderte die Genossen auf, mehr Bücher zu entnehmen, da die Benutzung der Bibliothek zurzeit sehr schwach sei. Vom Jugend- und Bildungsausschuß wird bekanntgegeben, daß den Mitgliedern ein gedrucktes Programm für die Veranstaltungen des Winterhalbjahres zugestellt werden soll. — Eine lange Debatte verurteilte eine Resolution, die auf das schärfste das Verhalten unserer Gemeindevorteiler im Gemeindeparlament verurteilt. Die Resolution wurde mit Majorität angenommen.

### Zehlendorf.

Die Zehlendorfer Terraingesellschaften stehen im Zeichen des Verdrüßtes. Die verdrüßten, in letzter Zeit vorgenommenen Einrichtungen, wie Kanalisation, Errichtung der Oberschule und andre, haben eine allgemeine Preissteigerung des Grund und Bodens mit sich gebracht. So waren noch vor Jahresfrist am Bahnhof Beckenstraße gelegene Parzellen laut dem an den Reklametafeln bemerkten Mitteilungen mit 185 Mark pro Quadratrate zu haben. Vor einiger Zeit hat man den Preis der Rate auf diesen Parzellen gedrückt, aber Neuanlagen noch nicht gemacht. Vermutlich, weil die Preissteigerung ihr Ende noch nicht erreicht hat. Der Preis von 185 Mark ist aber schon auf das Doppelte gestiegen, und unter 350 Mark pro Quadratrate nimmt die „Zehlendorfer-Beit-Gesellschaft“ überhaupt keine Angebote mehr entgegen. Es soll sogar vorkommen, daß sie auf Kaufangebote überhaupt nicht reagiert, vermutlich, weil sie ihre Ländereien einzuweisen noch zu Spekulationszwecken liegen lassen will. Inzwischen sorgt sie durch bald gelinderten, bald härteren Druck auf die Gemeindevorstellung, daß immer wieder Projekte auftauchen und der Verwirklichung näher gebracht werden, die fast ausschließlich den Willensbestreben und reicherer Einwohner zuzuschreiben kommen, wodurch dann ihre Weizen immer wieder aufs neue blüht.

### Reinickendorf.

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem zwei Personen lebensgefährlich verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr in Reinickendorf, dicht am Rathaus. Beim Nehmen einer Kurve stürzte dort ein Geschäftsautomobil der Firma Gebrüder Stollwerck infolge zu schnellenfahrens um und stog mit dem Vorderende gegen einen Baum. Die beiden Chauffeurs Wöhme und Lehmann wurden auf die Straße geschleudert und blieben schwerverletzt liegen. Beide haben anscheinend Schädelbrüche und andere gefährliche Verletzungen erlitten und dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Das Automobil wurde stark beschädigt.

### Bernau.

Heute abend pünktlich 1/9 Uhr beginnt der Unterrichtskursus des Genossen Jul. Gorchard in Nationalökonomie im Lokal von Wünsche, Kaiser- und Chausseestraßen-Ecke. Die Teilnehmer werden ersucht, etwas früher zu erscheinen. Der Bildungsausschuß.

### Jossen.

Das Gewerkschaftskartell veranstaltet am kommenden Sonntag abends 8 1/2 Uhr, in P. Kurgners Lokal einen Streikkonzertabend. Den vielfachen Wünschen der organisierten Arbeiterkraft, einmal einen gemüthlichen Abend zu bieten, hat das Kartell Rechnung getragen. Es ist daher zu erwarten, daß die Arbeiterkraft das Unternehmen durch zahlreichen Besuch unterstützt.

### Potsdam.

In Rindesbüten gestorben. Ein bedauernswertes Fall forderte Montag früh in einem Gasthose ein junges Menschenleben. Ein 23jähriges Mädchen D. nahm ein Zimmer, um dort zu übernachten. In der Nacht vom Sonntag zu Montag wurde das Mädchen von einem sonst freudigen Ereignis überrast. Obwohl Hilfe zur Stelle gewesen wäre, verzichtete sie auf jede fremde Inanspruchnahme und schenkte einem Mädchen das Leben. Im Hause hatte niemand von der Geburt etwas bemerkt, erst als man früh morgens die Mieterin des Zimmers vernahmte, wurde man besorgt. Als man das Zimmer betreten hatte, sah man das junge Geschöpf verblutet neben einem Eimer. Neben der Leiche des Mädchens lag das neugeborene Kind, das man schleunigst in das städtische Krankenhaus brachte, wo es bald darauf starb. Die so plötzlich ums Leben gelommene D. stammt aus Braunsdorf im Kreise Jerichow.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Prohandel in den Zentral-Markthalen. Marktlage: Fleisch, Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Getreide: Zufuhr in Grenzen reichlich, sonst genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 26. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in C.	Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in C.
Stromede	770.50	4 bedeckt	—	2	Charlottenburg	767.50	SW	heiter	-5
Spandau	770.00	4 bedeckt	0	0	Potsdam	777.25	SW	2 bedeckt	1
Berlin	770.00	1 bedeckt	3	0	Stettin	756.00	SW	bedeckt	13
Frankfurt	768.50	2 bedeckt	7	0	Breslau	770.50	SW	2 bedeckt	10
München	770.0	2 bedeckt	1	0	Wars	765.00	DRD	1 wolkenl	6
Wien	771.5	1 bedeckt	4	0					

Wetterprognose für Donnerstag, den 27. Oktober 1910. Gleichmäßig, vielfach neblig, dazwischen aufklarend und trocken bei mäßigen kühlen Winden.

### Berliner Wetterbureau

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 25.10.	am 26.10.	Wasserstand	am 25.10.	am 26.10.
Remet. Elbe	108	-2	Saale, Großh.	76	-7
Regel, Müritzer	-33	+2	Saale, Spandau	68	-4
Seehaus, Elbe	42	-4	Kathowen	—	+1
Oder, Rastow	138	-4	Bresl., Bresl.berg	86	-2
Krossen	157	-4	Bresl., Bresl.	150	-1
Franfurt	167	-5	Bresl., Wunden	-98	-1
Saale, Schramm	10	-2	Wunden	-17	0
Landenberg	-11	-1	Rein., Marienhausen	356	-6
Rega, Borkum	-15	-1	Rein., Reib.	162	-4
Elbe, Lüttenberg	16	-7	Rein., Reib.	147	-1
Dresden	-103	-5	Rein., Reibrom	47	-5
Havel	142	-2	Rein., Reibrom	115	0
Magdeburg	129	-3	Rein., Reibrom	—	—

+) + bedeutet Quatsch, — Raß. \*) Unterpaß.